

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

## Lieber reich als arm

ab Seite 8



**Interview:**  
**Reichtum braucht Verantwortung**

Vermögensforscher Thomas Druyen unterscheidet Reiche und Vermögende

8

**Sonderbeilage:**  
**90. Geburtstag Arbeit&Wirtschaft**

Klare Positionen, neue Ideen, Denkanstöße und ein Blick über die Grenzen

**Gesellschaftspolitik:**  
**Kein Ausverkauf von Wasser**

Europäische Bürgerinitiative will die Liberalisierung verhindern

44





8



18



30



36

## Schwerpunkt:

### Oft muss es Kaviar sein 12

Neben Luxusartikeln stehen bei den meisten vermögenden Menschen Wiederinvestments des Kapitals im Vordergrund.

### Schuldig 14

Viele Faktoren sind beteiligt, wenn sich Menschen verschulden. Der Beginn ist etwa ein überzogenes Konto.

### Die rohe Bürgerlichkeit – verdirbt Geld den Charakter? 16

Besserverdienende nehmen die soziale Spaltung der Gesellschaft anscheinend weniger wahr.

### Begnügt euch 18

Wo genau ist die Leistung? Ein Streifzug durch die Begriffswelt der „sozialen Gerechtigkeit“.

### Das Kapital schlägt zurück! 20

Wie immer mehr neoliberale Thinktanks auch in Österreich die Abschaffung des Sozialen vorantreiben.

### Mehr Wohlstand, aber leider nicht für alle 22

Aktuelle Entwicklungen von Armut in Österreich. Laut Sozialbericht werden die Armen ärmer, die Reichen reicher.

### Der Preis des Raumes 24

Armut heißt auch, sich nicht Raum ver- oder beschaffen und sich schlechter im Raum bewegen zu können.

### Viele haben wenig, wenige haben viel 26

Fast 90 Prozent der Menschen in Österreich sind der Meinung, dass Einkommen und Vermögen ungleich verteilt sind.

### Ein Salzstangerl am Tag 30

Armut in Österreich sieht man nicht. Und so vergisst man, dass eine Million Menschen hierzulande armutsgefährdet sind.

### Armut, Reichtum und Gesundheit 32

„Lieber reich und gesund als arm und krank“, sagt der Volksmund. Wie sich Armut und Reichtum auf die Gesundheit auswirken.

### Der Papa wird's schon richten 34

Auch ohne Studiengebühren können sich nach wie vor eher Kinder aus begüterten Haushalten ein Studium in Österreich leisten.

### Unbezahlbarer Reichtum 36

Nicht alle Rechnungen, die das Leben uns ausstellt, können mit Geld beglichen werden. Manche kosten Kraft und Gesundheit.

**Ganz nah an ganz unten** 38

Slum-Tourismus ist der neue Trend am Reisemarkt – aber so neu sind Ausflüge zu den Armen und Ausgegrenzten gar nicht.

**Gérard und Wladimir** 40

In Russland geht's den MillionärInnen gut, während die Armut wächst. Doch die ruhigen Zeiten für Putin und Co. sind vorbei.

**Armut weltweit und Chinas Einfluss** 42

Millionen von Menschen weltweit sind von extremer Armut und Hunger betroffen. Bis 2015 soll ihre Anzahl halbiert werden.

**Gesellschaftspolitik:****Wasser, Müll und Co. vor Ausverkauf** 44

Eine Europäische Bürgerinitiative soll die Liberalisierung von Wasserversorgung und -entsorgung doch noch verhindern.

**Interview:****„Konkrethik: Armut reduzieren“** 8

Vermögensforscher Thomas Druyen über die Herausforderung von Reichtum, Geld, Verantwortung und die Scheinheiligkeit.

**Sonderbeilage in der Heftmitte:**

Blick zurück zum 90. Geburtstag der Arbeit&Wirtschaft.

**Standards:**

Standpunkt: Linkswalzer 4

Veranstaltung: Demo für faire Einkommen 5

Aus AK & Gewerkschaften 6/7

Historie: Scheinlösung Charity 11

Zahlen-Daten-Fakten 28

Man kann nicht alles wissen  
Erklärungen aller grün-markierten Worte. 46

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: [www.beetag.com/downloadreader](http://www.beetag.com/downloadreader)

**Es REICHT!**

Redaktion intern

„Der gesellschaftliche Sinn der Vermögensforschung ist es auch, langfristig dazu beizutragen, Armut zu reduzieren. Nur das kann der konkrethische Sinn sein“, betont der Vorstand des gleichnamigen Instituts der Sigmund Freud Privatuniversität in Wien, Thomas Druyen, im Interview mit der „A&W“ 1/2013 mit dem Schwerpunktthema „Lieber reich als arm“.

Wir fragen uns, was die Reichen mit ihrem Geld tun (S. 12) und ob Reichtum den Charakter verdirbt (S. 16). Wir setzen uns mit dem Appell „Begnügt euch“

(S. 18) genauso auseinander wie mit neo-liberalen Thinktanks, die die Leistungsgesellschaft beschwören (S. 20).

Wenn es um Reichtum geht, ist Armut nicht weit. Über aktuelle Entwicklungen schreibt der Mitbegründer der Armutskonferenz Martin Schenk (S. 22).

Auf den Seiten 28 und 29 liefern wir Zahlen, Daten, Fakten zum Thema Reichtum und Armut in Österreich. Wie es mit Arm und Reich in Russland aussieht, lesen Sie ab Seite 40. Ab Seite 42 geht es um Armut weltweit und die Rolle Chinas bei der Vermögensverteilung.

Am 1. Jänner 1923 ist die „Arbeit&Wirtschaft“ zum ersten Mal erschienen – das feiern wir mit einer vierseitigen Sonderbeilage in der Heftmitte. Auf [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) finden Sie ab Mitte Februar 2013 die allererste Ausgabe der Arbeit&Wirtschaft zum Download.

Auf [www.facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://www.facebook.com/arbeit.wirtschaft), [twitter.com/AundW](https://twitter.com/AundW) sind wir auch vertreten. Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee



Katharina Klee  
Chefredakteurin

© ÖCB-Verlag/Paul Sturm

# Standpunkt

## Linkswalzer

**2**50 Euro kostet der Eintritt zum Wiener Opernball, etwa ein Drittel der Bedarfsgerechten Mindestsicherung. 9.000 Euro legt man für die günstigste Loge hin, eine Supermarktkassiererin arbeitet etwa ein halbes Jahr für dieses Geld.

18.500 bezahlt Baumeister Richard Lugner für seine Loge im 2. Rang, im Einzelhandel steht man zehn Monate für das Geld im Laden – z. B. in der Lugner-City, wo man vielleicht am Sonntag „Kino-Mode“ verkauft.

Die Sonntagsöffnung möchte der verhaltensoriginelle Baumeister, der sich 2011 über einen Umsatz von 143,3 Mio. Euro freuen durfte, sogar am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einklagen. Ein Menschenrecht auf Umsatzsteigerung lässt sich auch mit der Schaffung von Arbeitsplätzen begründen.

### Erschreckend schamlos

Er wird's schon brauchen, denn immerhin bewirtete er beim Opernball 2013 (nach Redaktionsschluss) nicht nur Oscar-Preisträgerin Mira Sorvino, sondern auch Filmlegende Gina Lollobrigida. Beide Damen wohnen weder in Richies Gästezimmer, noch kommen sie aus alter Freundschaft. Lugner

wird sie aber trotzdem zum Essen ausführen und mit Champagner bewirten. Das kostet – und bringt auch etwas: PR ist Mörtels Mörtel für gute Geschäfte.

Vom „diskreten Charme der Bourgeoisie“ kann man bei Lugner nicht sprechen, dafür breitet er nur allzu gerne sein Privatleben mit Katzis, Mausis, Hasis und Bambis in der Öffentlichkeit aus, getrieben von fast erschreckender Schamlosigkeit.

Doch das geschieht nicht nur der reinen Eitelkeit willen – geschicktes Product-Placement verschaffte dem Star einer eigenen Fernsehserie so manches Schnäppchen. Seine Baufirma hat der Baumeister schon 1997 an seine Söhne übergeben; so offen er ist, was Persönliches angeht, so verschlossen zeigt er sich, was Geldsachen betrifft. Und ist er auch der bekannteste „Reiche“ unseres Landes, zu den reichsten Österreichern gehört Richard Lugner nicht.

Das sind die beiden Selfmademen Dietrich Mateschitz und Johann Graf, Begründer des Glücksspielskonzerns Novomatic, mit laut Liste des Wirtschaftsmagazins Forbes je 5,3 Mrd. Dollar, knapp gefolgt vom relativ frisch verheirateten Karl Wlaschek und überflügelt von den Familien-Clans der Porsche, Piëch und Flick. Sie alle schaffen mehr oder weniger Arbeitsplätze, die

meisten von ihnen sind in diesem Land groß geworden, sind hier zur Schule gegangen, leben hier, wie laut Report des Investmenthauses Valluga 72.100 MillionärInnen, die meisten in Wien, Nieder- und Oberösterreich. Ihnen gegenüber stehen eine halbe Million Menschen, die in Österreich 2012 von Armut betroffen waren.

### Mehr Verteilungsgerechtigkeit

Fakt ist, dass die Reichen reicher werden, während Gewinne und Vermögen einen sehr geringen Beitrag zum österreichischen Steueraufkommen leisten. In Österreich stammen nur 1,3 Prozent des Steueraufkommens aus vermögensbezogenen Steuern. In der OECD sind es durchschnittlich 5,5 Prozent.

Diese Steuern endlich anzuheben, würde mehr Verteilungsgerechtigkeit bringen – für unser Land und seine Menschen. Die Reichen und Superreichen könnten sich dennoch weiter ihre Loge am Opernball leisten. Und wir uns ein paar unterhaltsame Stunden im Patschenkino beim alljährlichen Quotenhit, wo wir sehen, dass reich weder schön noch glücklich bedeuten muss – nicht einmal besonders schlau: Ein Spektakel, auf das ich wie jedes Jahr sehr gerne verzichte.



# Demo für faire Einkommen

7.000 Beschäftigte der Sozialbranche demonstrierten am 30. Jänner 2013 in Wien, St. Pölten, Linz, Graz und Klagenfurt.

Für faire Einkommen demonstrierten 7.000 Beschäftigte aus dem Sozial- und Pflegebereich am 30. Jänner in mehreren österreichischen Städten. Allein in Wien zogen über 3.000 Menschen über den Ring zur Abschlusskundgebung am Ballhausplatz. In Linz waren es 2.200, in Graz 600, in Klagenfurt 450 und in St. Pölten 400. Achtzig Prozent der Beschäftigten in der Branche sind Frauen. Die Mehrheit arbeitet Teilzeit, sehr viele Organisationen und Betriebe aus dem Sozialbereich bieten keine Vollzeitarbeit an.

30-Stunden-Jobs mit relativ niedrigen Stundenlöhnen – das führt dazu, dass immer mehr Beschäftigte mit ihrem Einkommen kaum auskommen. Neben einem Reallohnplus verlangen die Gewerkschaften auch Verbesserungen bei den arbeitsrechtlichen Bestimmungen.

Am 4. Februar 2013 um 23.00 Uhr einigten sich die VertreterInnen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften GPA-djp und vida darauf, dass die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und Mindestgrundgehälter im privaten

Gesundheits- und Sozialbereich mit 1. Februar 2013 um 2,75 Prozent steigen. Höhere Löhne und Gehälter sowie alte Lohn- und Gehaltstabellen werden um 2,7 Prozent erhöht. Damit wurde erstmals ein Kollektivvertragsabschluss der Globalrunde im Sozialbereich für Beschäftigte in der Sozialwirtschaft Österreich (vormals BAGS), der Diakonie und den karitativen Einrichtungen der katholischen Kirche erzielt.

Mehr Infos unter:  
[www.vida.at](http://www.vida.at) und [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)



vida-Vorsitzender Gottfried Winkler: „Viele Arbeitgeber aus der Branche sind in der Armutsbekämpfung aktiv. Vergesst dabei nicht auf eure Beschäftigten. Zu niedrige Einkommen machen arm.“



GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian: „Schon jetzt liegen die Einkommen im Sozial- und Pflegebereich um 18 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen.“



Nachdem die Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 120.000 Angestellten im Sozial- und Gesundheitsbereich Ende Jänner unterbrochen worden sind, gingen die Beschäftigten auf die Straße.



Vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz fand schließlich die Schlusskundgebung der Demonstration für bessere Einkommen im Pflege- und Sozialbereich statt.

## IMPRESSUM

**Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien Tel.: (01) 534 44-39263  
Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw. Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw. Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

**E-Mail:** sonja.adler@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793  
Dw. E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee:**

Markus Marterbauer (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz), Katharina Klee (Chefredakteurin), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer, Georg Feigl, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax, Karin Hinteregger, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Barbara Lavaud, Sylvia Ledwinka, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Georg Sever, Barbara Stöger, Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

**Redaktionsmitglieder:**

Katharina Klee (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat), Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Anni Bürkl, Astrid Fadler, Sophia T. Fielhauer-Resei, Daniel Flamme, Sonja Grusch, Martin Haiden, Harald Kolerus, Wilfried Leisch, Gabriele Müller, Klaus-Dieter Mulley, Brigitte Pellar, Ronald Pötzl, Eva Prenninger, Elke Radhuber, Miriam Rehm, Martin Schenk, Christa Schlager, Paul Sturm, Petra Völkerer, Markus Zahradnik, Christian Zickbauer, Josef Zuckerstätter

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw. E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-; Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-. Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

[www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung](http://www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung)

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

**EGB:**

# Seit 40 Jahren stark vertreten

## Europaweite Aktionstage im März gegen die derzeitige Sparpolitik.

**Am 9. Februar 1973** wurde der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) gegründet. Mittlerweile vertritt der EGB, der seinen Sitz in Brüssel hat, 85 Gewerkschaftsverbände in 36 EU-Staaten und zehn Branchenverbände. Der ÖGB ist seit der Gründung des EGB Mitglied.

Der EGB kämpft für ein Europa mit einer starken sozialen Dimension und ausgewogenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wobei die Hoffnungen und Bedürfnisse der EuropäerInnen an vorderster Stelle stehen müssen. Aktuell fordert der EGB einen Sozialpakt für Europa. Darin geht es um:

- » die Schaffung von Arbeitsplätzen,
- » das Ankurbeln der Wirtschaft durch Investitionen,
- » die Regulierung der Finanzmärkte,
- » eine Finanztransaktionssteuer,
- » ein Ende von Steueroasen, Steuerflucht und Steuerhinterziehung,

» leistbare und für alle zugängliche öffentliche Dienstleistungen.

Der EGB ist in die europäische Sozial- und Wirtschaftspolitik eingebunden und arbeitet mit allen europäischen Institutionen zusammen, darunter der jeweiligen Präsidentschaft (jedes halbe Jahr ein anderes EU-Mitgliedsland), dem Rat, der Kommission und dem Parlament. An der Entstehung von Richtlinien, die für ArbeitnehmerInnen von Bedeutung sind – wie jener für Europäische Betriebsräte –, war der EGB maßgeblich beteiligt.

Der EGB verleiht außerdem mit Aktionen und Kampagnen seinen Forderungen Nachdruck. Auch heuer werden wieder Aktionstage stattfinden: Am 13. und 14. März 2013 wird es in den Mitgliedsstaaten und in Brüssel Demonstrationen und Aktionen geben – Adressat der Forderungen nach einem Ende der Sparpolitik und der Umsetzung des EGB-Sozialpakts ist der zugleich tagende EU-Frühjahrgipfel.

Mehr Info: [www.etuc.org](http://www.etuc.org)

**ÖGB:**

# Die Informationsabende des ÖGB

## Mit dem Gewerkschaftsbund sind Sie bestens informiert!

**Themen im ÖGB-Catamaran Anfang 2013:**

**» Burn-out frühzeitig erkennen**

Erschöpfung, Müdigkeit, Niedergeschlagenheit, „sich ausgebrannt fühlen“ oder andere Symptome können Anzeichen eines Burn-out sein. Theoretische Grundlagen und die eigene Psychohygiene stehen im Mittelpunkt dieses ÖGB-Informationsabends.

Wann: 26. Februar 2013, 18.00 Uhr

**» Hol dir dein Geld zurück!**

Jedes Jahr schenken ArbeitnehmerInnen der Finanzministerin Millio-

nen von Euro, weil sie die ArbeitnehmerInnenveranlagung nicht machen. Tipps, wie man sich Geld zurückholt.

Wann: 26. März 2013, 18.00 Uhr

**» Arbeitsrecht – Was Sie unbedingt wissen sollten**

Was muss ich beim Abschluss eines Arbeitsvertrages beachten? Welche Rechte und Pflichten habe ich? Welche Ansprüche entstehen, wenn das Arbeitsverhältnis beendet wird? Arbeitsrecht auf Basis eines privatrechtlichen Arbeitsvertrages (kein Beamtendienstrecht).

Wann: 28. Mai 2013, 18.00 Uhr

**Arbeiterkammer:**

# Pendlerpauschale neu

## Ab 2013 gibt es einige Änderungen und Verbesserungen.

**Grundsätzlich sind die** Fahrtkosten für den Arbeitsweg mit dem Verkehrsabsatzbetrag von 291 Euro abgegolten, der in der Lohnabrechnung berücksichtigt wird. Zusätzlich können ArbeitnehmerInnen unter bestimmten Voraussetzungen aber das kleine oder das große Pendlerpauschale und ab 2013 voraussichtlich auch einen „Pendlereuro“ geltend machen. Dabei kommt es unter anderem auf die Entfernung des Wohnorts von der Arbeit und die verfügbaren Verkehrsmittel an.

### Was für PendlerInnen voraussichtlich ab 2013 gilt:

» Verbesserungen für Teilzeitbeschäftigte: Auch Teilzeitbeschäftigte können nun ab vier Arbeitstagen pro Monat das große oder das kleine Pendlerpauschale geltend machen.

Für das volle Pendlerpauschale müssen die Voraussetzungen wie bisher an mehr als der Hälfte der möglichen Arbeitstage eines Monats, zumindest an 11 von 20 Arbeitstagen, gegeben sein.

Zwei Drittel können Sie ab 2013 absetzen, wenn Sie die Voraussetzungen zwischen acht und zehn Tage in einem Kalendermonat erfüllen. Ein Drittel gibt es, wenn diese Voraussetzungen zumindest an vier, höchstens an sieben Tagen des Monats erfüllt sind.

» Der Pendlereuro: Wer einen Anspruch auf ein Pendlerpauschale hat, kann sich zusätzlich einmal im Jahr (!) einen Euro pro Kilometer des Hin- und Retour-Arbeitsweges von der Steuer abziehen lassen.

» Verbesserung bei geringem Einkommen: Wer die Voraussetzungen für Pendlerpauschalen und Pendlereuro erfüllt, aber keine Lohnsteuer zahlt, erhält bis zu 290 Euro als Pendlerzuschlag. So können zusätzlich zur Negativsteuer von 110 Euro, die es schon davor gab, nun bis zu 400 Euro an Negativsteuern entstehen, die das Finanzamt über die ArbeitnehmerInnenveranlagung ausbezahlt.

» Kein Pendlerpauschale bei Dienstfahrzeugen: Stellt der Arbeitgeber ein Dienstfahrzeug zur Verfügung, das auch privat genutzt werden kann (Sachbezug), gibt es kein Pendlerpauschale und keinen Pendlereuro.

» Das „Jobticket“: Mit dem neuen „Jobticket“ haben Arbeitgeber auf freiwilliger Basis die Möglichkeit, die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel durch ihre MitarbeiterInnen zu fördern: Sie können den Beschäftigten steuerfrei eine Jahreskarte oder ein anderes nicht übertragbares Ticket zur Verfügung stellen, damit diese öffentliche Verkehrsmittel kostenfrei für den Arbeitsweg benutzen können. Die Kosten für das Jobticket sind für die Unternehmen vollständig von ihrer Steuer absetzbar. Das Jobticket kann auch ArbeitnehmerInnen, die keinen Anspruch auf das Pendlerpauschale haben, zur Verfügung gestellt werden.

Mehr Info: [tinyurl.com/d228vkv](http://tinyurl.com/d228vkv)

**ÖGB:**

# Bildungsteilzeit kommt ab Juli

## Zugang zu beruflicher Weiterbildung soll erleichtert werden.

**Gerne wird davon** geredet, wie wichtig es ist, sich ständig weiterzubilden. In der Praxis stoßen ArbeitnehmerInnen aber häufig auf Hürden. Vor allem die Einkommenseinbußen haben NiedrigverdienerInnen davon abgehalten, in Bildungskarenz zu gehen. Das und weitere Stolpersteine sollen nun beseitigt werden. Der Ministerrat hat dazu ein Fachkräftepaket beschlossen, das im Frühjahr vom Nationalrat beschlossen werden und mit 1. Juli in Kraft treten soll.

### Die wesentlichen Neuerungen:

» Bildungsteilzeit: Weiterbildung soll auch berufsbegleitend möglich sein. Verringert man die Arbeitszeit um ein Viertel

bis die Hälfte, soll es Bildungsteilzeitgeld geben, um den entfallenden Arbeitslohn auszugleichen. Damit die Bildungsteilzeit nicht dazu missbraucht wird, in Krisen Personalkosten zu sparen, indem man Beschäftigte einfach in Bildungsteilzeit schickt, soll eine Grenze eingezogen werden, wie viele Beschäftigte diese zugleich nutzen können.

» Änderungen bei der Bildungskarenz: Sie soll nur noch bei vorangegangener arbeitslosenversicherungspflichtiger Beschäftigung möglich sein, geringfügig Beschäftigte können sie also nicht mehr in Anspruch nehmen. Wird in der Bildungskarenz ein Studium absolviert, sind pro



Semester künftig Prüfungen im Ausmaß von vier Semesterwochenstunden bzw. acht ECTS (bzw. eine Bestätigung über den Fortschritt und zu erwartenden positiven Abschluss einer Diplom- oder sonstigen Abschlussarbeit) nachzuweisen.

» Fachkräftestipendium: Dieses ist offen für Beschäftigte und Arbeitslose, wenn mindestens vier Jahre arbeitslosenversicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 15 Jahren vorliegen und die Aufnahmevoraussetzungen erfüllt sind bzw. eine bestandene Aufnahmeprüfung nachgewiesen wird.

Mehr Info: [bildunggehtweiter.at](http://bildunggehtweiter.at)



# „Konkrethik: Armut reduzieren“

*Vermögensforscher Thomas Druyen über die Herausforderung von Reichtum, Geld und Verantwortung, den Wert der Arbeit und die Scheinheiligkeit.*

## ZUR PERSON

### Professor Dr. Thomas Druyen



Geb. 1957 in Süchteln/Niederrhein  
Studium der Fächer Jura, Soziologie, Publizistik und Philologie sowie Anthropologie an der Universität Colombo  
1988 Mag. art, 1990 Promotion Dr. phil., 2004 Habilitation  
1999–2004 Direktor am Institut

für den Dialog der Generationen, Universität Győr  
2006–2010 Institut für Soziologie, Direktor Forum für Vermögensforschung, Westfälische Wilhelms-Universität  
2005–2007 Institut für Kultur- und Medienmanagement, Freie Universität Berlin  
2000–2004 Vorstand der Peter-Ustinov-Stiftung  
2003–2007 Direktor und wissenschaftlicher Berater bei der Privatbank der Fürstenfamilie von Liechtenstein  
2004–2009 Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Kloster Steinfeld  
Seit 2007 Professor des Lehrstuhls für Vergleichende Vermögenskultur, seit 2009 Vorstand des Instituts an der Sigmund Freud Privatuniversität in Wien

**Arbeit&Wirtschaft: Herr Professor Dr. Thomas Druyen, Sie haben 2007 das Institut für Vermögenskultur an der Sigmund Freud Privatuniversität gegründet. Diese Ausgabe der A&W hat das Motto „Lieber reich als arm“ – würden Sie das immer unterschreiben?**

**Thomas Druyen:** Grundsätzlich wäre weltweit die überwiegende Mehrheit der Menschen natürlich lieber reich, weil man mit Reichtum in gewisser Weise auch Glück und Unabhängigkeit verbindet. Zumindest tun das meist diejenigen, die selbst nicht reich sind, insofern ist die Vorstellung von Reichtum ein Mythos. Sicherlich gibt es auch Leute, die nicht

viel Geld haben und glücklich sind. Wahrscheinlich sind die Personen, die wenig Sorgen haben, die glücklichsten. Und das sind sicher nicht immer die reichsten.

### **Sie unterscheiden sehr genau zwischen Reichtums- und Vermögensforschung...**

Der Unterschied ist wichtig: Reichtumsforschung kümmert sich um die materiellen Dimensionen, wie viel man hat und was die quantitative Bedeutung ist. Ich habe aber schon früher als Soziologe in vielen Gesprächen festgestellt, dass Reiche oder Vermögende auch andere Probleme haben: Ist das viele Geld eine Herausforderung für den Charakter? Verändert es den Charakter? Was macht es mit der Familie? Was ist der Unterschied, ob man in der dritten Generation reich ist oder selbst ein frischgebackener Internet-Millionär? Es gibt ganz viele Faktoren bis hin zur Psyche – und deswegen sitzen wir ja hier in der Sigmund Freud Privatuniversität. Wir interessieren uns für das, was im Kopf, im Herz und in der Seele von Menschen vorgeht, die wohlhabend oder extrem wohlhabend sind, Millionäre und Milliardäre. Dieses Fach heißt Vermögenspsychologie.

### **Begonnen haben Sie als Soziologe mit einem anderen Thema ...**

Mein Thema war der demografische Wandel, ich habe Interviews zum Thema Alter gemacht. Unter diesen älteren Menschen zwischen 60 und 104 waren durch Zufall viele Vermögende. Damals habe ich festgestellt, dass bei all den Gedanken, die sich diese Menschen machen, die schlech-

te Reputation der Reichen in der Öffentlichkeit nicht den Tatsachen entspricht. Dann habe ich festgestellt, dass Reichtumsforschung bei fünf bis sieben Millionen Euro aufhört. Ich erkannte schnell, dass es sehr schwer ist, an Leute mit 10 Mio., 100 Mio., 800 Mio., geschweige denn mit 10 Mrd. ranzukommen.

### **Weshalb? Angst vor Neid?**

Neid spielt in unserer Gesellschaft eine große Rolle, aber ich habe kaum jemanden getroffen, der gar nichts hat und auf einen Multimillionär neidisch ist. Neid funktioniert meist in gleichen oder ähnlichen Milieus. Wenn mein Nachbar, der etwa so viel verdient wie ich, plötzlich ein größeres Auto fährt, erweckt das Neid.

Dennoch ist dieser Neid nicht der ausschlaggebende Faktor. Er existiert in unserer Gesellschaft, aber er ist vor allem politisch und medial erzeugt. Die Politik muss scheinbar kritisch mit den Reichen umgehen, um beim nächsten Mal wieder gewählt zu werden, da ist viel Heuchelei im Spiel.

Ein ganzer Medienzweig lebt von Berichten über Adelige und Reiche. Diese oberflächlichen Diskussionen führen dazu, dass Reichtum und Prominenz verwechselt werden. Da werden falsche Bilder erzeugt. 70 Prozent der Reichen arbeiten. Legaler Reichtum kommt in den meisten Fällen durch unternehmerisches Handeln zustande.

### **Und durch Erben?**

Ja, aber der Prozentsatz ist bei Weitem nicht mehr so hoch wie früher. Das sind



**Geld ist eine absolute Herausforderung für den Charakter, weil die persönliche Verfügungsgewalt mit Geld immer größer wird. Das bedeutet, dass man sozusagen eine Distanz zum Materiellen bekommt.**



heute höchstens noch an die 20 Prozent. Und man muss fairerweise sagen, es gibt Erben, die arbeiten. Es gibt Erben, die ihr Erbe ausschlagen, weil sie das Geld gar nicht haben wollen. Es gibt alle Varianten. Das ist die Gefahr im Umgang mit Reichtum: Man sieht es zu einfach. Arm wird gegen Reich ausgespielt, um eigene Interessen zu vertreten. Ich finde das unbefriedigend, meiner Ansicht nach sind die Reichen nicht vordringlich verantwortlich dafür, dass die Armen arm sind. In allen Milieus, ob arm oder reich, gibt es großartige Menschen und das Gegenteil.

#### ***Könnte man das Geld fairer verteilen?***

Die Verteilung von oben funktioniert meiner Ansicht nach nicht. Ich glaube, dass das demokratische und unternehmerische Modell das beste ist. Natürlich hat es auch Schwachstellen. Die Verantwortung derjenigen, die sehr viel Glück und Privilegien haben für diejenigen, die keine Chance haben, muss größer werden.

#### ***Das klappt nicht, wenn Menschen wie Felix Baumgartner ihr Geld im Ausland deponieren ...***

Wenn ich mithilfe eines Landes, einer Region, einer Stadt meinen Erfolg hatte, die Straßen benutzt habe, die Krankenhäuser, wenn meine Kinder dort in die Schule gegangen sind, dann kann ich nicht irgendwann sagen: So Freunde, das was es jetzt, ich ziehe um, damit ich ein paar Millionen mehr habe. Das halte ich für nicht verantwortungsbewusst. Das Wichtigste, was ein Unternehmer für die Gesellschaft tun kann, ist Arbeitsplätze

schaffen. Das ist die Realität, die allen Familien, allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus etwas bringt. Die großen Konzerne ziehen dahin, wo die Steuern gering sind. Arme Länder machen die Steuern gering, damit die großen Firmen kommen und deshalb ist dieser Konflikt zwischen Arm und Reich inszeniert. Die Finanzblase, die Milliarden, die in den Orbit gejagt werden und auf die Allgemeinheit umgewälzt – das sind die Krisenbeschleuniger.

#### ***Aber wer Geld hat, kann mehr spekulieren und Geld kommt zu Geld ...***

Da reden wir von Superreichen – wo ganz viel Geld ist, kann man auch viel mehr Geld verdienen. Darüber gibt es keinen Zweifel. Aber weltweit gibt es nur 130.000 Menschen, die mehr als 30 Mio. haben. Der beliebte Gedanke, dass die Reichen zur Rettung der Welt einfach etwas abgeben, ist naiv. Allein wäre dies ein großer Tropfen auf den heißen Stein. Dennoch ist es nur fair, dass auch ein Hochvermögender, der sich durch eigene Leistungen Privilegien erarbeitet hat, etwas an die Gesellschaft zurückgeben sollte. Dazu sind ja die meisten auch bereit. Die Frage ist: Wem gibt man das zusätzliche Geld, stiftet man das? Gibt man das an den Staat? Diese Fragen werden unter Vermögenden dauernd diskutiert.

Entscheidend aber ist es, die großen Dimensionen der Bedrohung zu sehen: Das sind im globalen Maßstab die unkontrollierten Finanzmärkte, das sind strategische Spiele der Politik und das sind Großkonzerne, die völlig ungezügelt handeln können.

#### ***Da sind Reiche involviert: Bei Finanzmärkten und Großkonzernen soundso und in der Politik immer mehr. Wie nimmt man die in die Verantwortung?***

Das ist die alles entscheidende Frage. Hier geht es aber um systemische Komplexität, die kaum jemand wirklich durchschaut. Hier geht es nicht nur um Reiche, sondern um Politik, internationale Netzwerke, Heere von interessen gebundenen Beratern, Lobbyismus, Systemideologien und letztlich auch um religiöse Einflusssphären. Eins ist klar, mit diesem Thema betreten wir auch das Reich der Scheinheiligkeit.

#### ***Verdirbt Reichtum den Charakter?***

Geld ist eine absolute Herausforderung für den Charakter, weil die persönliche Verfügungsgewalt mit Geld immer größer wird. Das bedeutet, dass man sozusagen eine Distanz zum Materiellen bekommt. Die alltäglichen Dinge kann man sich kaufen. Jetzt kommt es darauf an, auf welchem Niveau das passiert. Und da ist es ein riesiger Unterschied, ob einer 500.000 hat, fünf Mio., 50, 600, 700 Mio. Wenn einer ein Leben lang 20.000 Euro im Jahr hatte und plötzlich 120.000 Euro im Jahr besitzt, ist das eine neue Herausforderung. Wenn einer sechs Mio. besaß und jetzt sieben hat, ändert sich für ihn relativ wenig. Der Umgang mit diesen materiellen Dimensionen ist aber nicht losgelöst vom Charakter, von der Persönlichkeit, von Kultur und Religiosität, von der Herkunft usw. Diese Faktoren analysieren wir an unserem Institut. Reichtum ist ein zweischneidiges Schwert.

## BUCHTIPP

Thomas Druyen

**Krieg der Scheinheiligkeit: Plädoyer für einen gesunden Menschenverstand**Maxlin Verlag, 2012,  
288 Seiten, € 24,90  
ISBN 978-3-9814-1414-1**Bestellung:**ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)**Wo beginnt wirklicher Reichtum?**

Offiziell gibt es weltweit keine verbindliche Festlegung. Deshalb würde ich sagen, Reichtum beginnt da, wo man von der Rendite leben kann. Das ist in Bangladesch anders als in Tokio oder Zürich. Also sind Reichtumsgrenzen relativ. In den Armuts- und Reichtumsberichten der deutschen Bundesregierung beginnt Reichtum bei 3.000 Euro im Monat. Das halte ich für lächerlich. Wir operieren in unserer Forschung mit einer Reichtumsgrenze von drei Mio. Euro. Tatsache ist, dass wir ca. 13 Mio. Millionäre weltweit zählen und ca. 1.300 Milliardäre. Aber würde sich die Welt verändern, wenn die einen besonderen Beitrag leisten würden?

**Würde sie?**

Es gibt eine Untersuchung des Ökonomen **Jeffrey Sachs**. Der hat berechnet, wie viel Geld gegeben werden müsste, um Armut zu beseitigen. In diesem Zusammenhang wäre das Ideale, wenn man 0,7 Prozent des BIP jedes Landes in dieses Projekt stecken würde – damit könnte man extreme Armut bis zum Jahr 2025 beseitigen. Diesen Betrag könnten auch die Reichen allein nicht auf die Beine stellen. Das entlässt sie sicher nicht aus der Verantwortung, aber zur Lösung dieses Problems bedarf es dennoch gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen.

**Wie eine Finanztransaktionssteuer?**

Eine Steuer auf Spekulation ist unverzichtbar. Das hat aber weniger mit Reichen zu tun. Wenn ich spekuliere und durch meine Spekulation der Reispreis

steigt und Millionen Menschen hungern, ist das irrational. Ich bin aber kein Ökonom, mein Feld ist, was Vermögende tun.

**Geben Frauen anders mit Vermögen um als Männer?**

Die Rolle der Frau im Verhältnis zu Vermögen und Reichtum hat sich in den letzten zehn bis 15 Jahren gewandelt. Ich spreche da über den deutschsprachigen Raum. Sie üben in vielen Vermögensbelangen weit mehr Mitsprache aus, als dies traditionell der Fall war – vor allem bei familiären Vermögensfragen, in Bezug auf Stiftungen, soziale, humanitäre und **philanthropische** Projekte und in Erbschaftsangelegenheiten. Dennoch ist die Bedeutung des Einflusses der Frau in Vermögensverhältnissen größer als auf unternehmerischer Ebene: zu wenige Frauen in Vorständen, in Aufsichtsräten.

**Ist wahrer Reichtum unsichtbar wie echte Armut?**

In vielen Teilen der Welt ist Armut das Sichtbarste. Nur hier bei uns ist Armut in einem Nebel der Scham und der Abschottung gefangen. Mental und tendenziell versuchen auch die Vermögenden sich aus vielen Gründen der Sichtbarkeit zu entziehen. Nur die sich selbst inszenierenden Reichen wollen in die Medien – gucken Sie sich doch manche Karikaturen am Opernball an. Dass man vielen Selbstdarstellern eine mediale Plattform gibt, finde ich den arbeitenden BürgerInnen gegenüber eine Zumutung.

**Kann man durch Arbeit reich werden?**

Mit absoluter Sicherheit. Ein wohlhabendes, gelungenes Leben zu führen, ist meiner Ansicht nach nur durch Arbeit möglich. Die vielen Superreichen, die ich interviewt habe, da sind nur diejenigen einigermaßen glücklich, die arbeiten und immer wieder Sinnstiftung betreiben.

Meiner Ansicht nach gibt es ein Ungleichgewicht zwischen mit Arbeit verdientem Geld und dem durch Spekulation und Transaktion angehäuften Gewinn. Diese ungleiche Entwicklung müsste wieder auf ein normales Maß zurückgestuft werden. Ich urteile jetzt nicht über den Menschen: Aber zwi-

schen einem Hedgefonds-Manager, der 200 Mio. im Jahr verdient, und einem Unternehmer, der 20.000 Arbeitsplätze geschaffen hat, gibt es einen gesellschaftlich relevanten Widerspruch. Wir sollten versuchen, der tätigen Leistung wieder den Wert einräumen, die sie verdient.

**In Ihrem Buch „Krieg der Scheinheiligkeit“ prägen Sie das Schlagwort „Konkrethik“ – was ist das?**

Wir hören alle unfassbar viele Versprechungen, viele Prognosen. Schaut man den Großen der Welt zu, bekommt man ganz viele tolle Antworten. Subjektiv hingegen hat man das Gefühl, es wird immer schlechter und immer unglaubwürdiger.

Im Grunde ist Ethik eine Idealvorstellung. Ich glaube: Es kann im 21. Jahrhundert nicht um Idealvorstellungen gehen. Wenn Ethik nicht umgesetzt wird, ist sie völlige Makulatur. Und daher sage ich: Ethik ist nur mehr das, was wirklich umgesetzt wird – und das ist Konkrethik, die Verbindung zwischen Ethik und Umsetzungsverantwortung.

Wenn die Regierungen sagen, wir wollen Arbeitslosigkeit beseitigen, dann müssen wir sie beseitigen mit ganz konkreten Projekten und nicht zehn Jahre darüber reden.

**Ihre Konkrethik?**

Der gesellschaftliche Sinn der Vermögensforschung ist es auch, langfristig dazu beizutragen, Armut zu reduzieren. Nur das kann der konkrethische Sinn sein. Wir wollen die Hochvermögenden erforschen, mit ihnen kommunizieren und herausfinden, wie man Erfolg hat und Verantwortung übernimmt. Letztlich müssen wir alle einen Beitrag leisten, um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen.

**Wir danken für das Gespräch.**

**Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft.**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Scheinlösung Charity

*Private Wohltätigkeit kann helfen, aber sie trug und trägt nichts dazu bei, die Kluft zwischen Armen und Reichen zu verringern.*

Fernsehen und Popstars gab es vor 150 Jahren noch nicht, „Wohltätigkeitsevents“ dagegen schon. Sie gehörten sozusagen zur Standespflicht der oberen Zehntausend, des Adels und des besitzenden Bürgertums. Zum Fundraising gründete man Vereine und veranstaltete „Akademien“, Theateraufführungen oder Bälle. Die Fürstin Pauline Metternich entwickelte für das Auftreiben von Spenden besonders viel Phantasie. Berühmt wurden ihre Frühlingsteste und der von ihr 1886 erstmals organisierte Blumenkorso im Wiener Prater. Er brachte 100.000 Gulden für die Wiener freiwillige Rettung und die Krebshilfe ein – zwei Lieblingsprojekte der Fürstin.

Viele der durch private Wohltätigkeit finanzierten Projekte waren nicht nur Show, sondern brachten wirklich Hilfe. So gab der 1847 gegründete „Erste Wiener Hilfsverein“ während der großen Hungersnot nicht nur Nahrung und Kleidung aus und finanzierte Schlafstellen für Obdachlose, er kaufte über den kurzfristigen Bedarf hinaus auch in großem Stil Lebensmittel auf, um die Teuerung bei der Grundversorgung zu bremsen. Aber an der extrem großen Kluft zwischen Arm und Reich konnte das alles nichts ändern – und eine Änderung war auch nicht erwünscht: Das arbeitende Volk sollte wissen, wo sein Platz war, nämlich unten. Als die ersten Gewerkschaften faire Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingun-



**Kritik an den Charity-Events der Reichen und Schönen 1897. Die Bildunterschrift: Arbeiter: Du, die tanzen heut' für uns. Zweiter Arbeiter: Und wir arbeiten's ganze Jahr für sie.**

gen zu fordern begannen und die junge Arbeiterbewegung durch das Gesetz garantierte soziale Rechte verlangte, war man schockiert. Aber das Rad der Zeit ließ sich nicht mehr zurückdrehen, nach und nach erkannten viele ArbeiterInnen, dass sie keinen Grund zur unterwürfigen Dankbarkeit für die scheinbare Großzügigkeit „derer da oben“ hatten. So wie die junge Niederösterreicherin Adelheid Dworak, die darüber in ihren Lebenserinnerungen berichtete:

*Als ich schon in die Schule ging, wurde von einem reichen Mann, der eine große Fabrik besaß, ... für die armen Schulkinder eine Weihnachtsbescherung veranstaltet. Auch ich gehörte zu den Glücklichen, die mit Naschwerk und wollenen Kleidungsstücken beschenkt wurden. Die große mächtige Tanne gab mehr Licht, als ich je gesehen hatte, und der Festschmaus, der uns gegeben wurde, brachte uns alle in glückselige Stimmung. Wie dankbar war ich dem guten, reichen Mann, der so ein mildtätiges Herz für die Armen hatte. Als später meine verwitwete Mutter in seiner Fabrik für drei Gulden Wochenlohn täglich 12 Stunden arbeiten musste, konnte ich noch nicht beurteilen, dass darin die Quelle für seine „Großmut“ gelegen war. Erst viel später kam ich zu dieser Erkenntnis.*

Später gab das kleine Mädchen aus Inzersdorf als Adelheid Popp seine Erkenntnis an unzählige arbeitenden Frauen weiter. Sie gehörte zu jenen, die dafür kämpften, dass sich die Menschen auf einen Sozialstaat verlassen können, statt auf Charity angewiesen zu sein.

Ausgewählt und kommentiert  
von Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at

# Oft muss es Kaviar sein

*Wie geben vermögende Menschen ihr Geld wieder aus? Neben Luxusartikeln stehen meistens Wiederinvestments des Kapitals im Vordergrund.*

**Autor: Harald Kolerus**  
Freier Journalist

**E**iner der stärksten Vorsätze der ÖsterreicherInnen für 2013 lautet: Mehr sparen! Manche Menschen stehen aber eher vor dem „Problem“, wie sie ihr Kapital wieder ausgeben sollen. So leistet sich der russische Multimillionär **Roman Abramowitsch** mit dem FC Chelsea das Vergnügen eines eigenen Fußballklubs (kolportiert werden Gesamtinvestitionen von rund einer Milliarde Euro) sowie mit der „Eclipse“ eine der teuersten Privatjachten der Welt. Sie misst stolze 162 Meter und bietet circa 6.000 Quadratmeter Nutzfläche. Angeblich soll Abramowitsch 800 Mio. Euro für das Prunkstück hingeblättert haben. Die teuerste Jacht der Welt ist aber die „History Supreme“ mit einem geschätzten Wert von 3,4 Mrd. Euro. Sie misst zwar „nur“ 30 Meter, dafür ist sie aber mit 100 Kilogramm Gold und Platin vom Stardesigner Stuart Hughes „veredelt“ worden. Der Käufer, angeblich ein Geschäftsmann aus Malaysia, möchte anonym bleiben.

## Empirische Lücken

Hier handelt es sich wohlgerne um Extrembeispiele – wohin fließt aber das liebe Geld wohlhabender Menschen, die nicht zu den Super-Superreichen zählen? Die Frage ist nicht einfach zu beantworten. Zwar existieren viele Forschungen zur Vermögensverteilung, was „die Reichen“ mit ihrem Kapital anfangen, ist aber nur teilweise erfasst. Detaillierte Auskunft über die Vermögensstrukturierung in Österreich gibt der Sozialbericht 2011–2012.

Wobei diese Untersuchung auf Umfragen beruht; gewisse Ergebnisunsicherheiten sind also aufgrund mangelnder Selbsteinschätzung oder schlichtweg bewusster Fehlansagen (wer spricht schon gerne über das eigene Geld?) möglich.

Jedenfalls erfahren wir hier, dass fünf Prozent der Österreicher über durchschnittlich 2,57 Mio. Euro pro Haushalt verfügen und somit 45 Prozent des Gesamtvermögens halten. Die „untere Hälfte“ der Haushalte nennt im Gegensatz dazu im Schnitt lediglich 18.000 Euro ihr Eigen, insgesamt macht das vier Prozent des Gesamtvermögens aus. Der Sozialbericht untersucht auch, wie das vorhandene Kapital wieder investiert wird: In der wohlhabenden Top-Fünf-Prozent-Gruppe besitzt immerhin die Hälfte nicht selbst genutzte Immobilien, 68 Prozent halten Unternehmensbeteiligungen. 12 bis 14 Prozent verfügen über Aktien, Anleihen und anderes Finanzvermögen, zumindest 30 Prozent haben einen Teil ihres Vermögens in Fonds angelegt. Bei den ärmeren 50 Prozent besitzen hingegen nur drei Prozent eine nicht selbst genutzte Immobilie, lediglich zwei Prozent sind an Unternehmen beteiligt und jeweils zwischen ein und drei Prozent haben einen Teil ihres Vermögens in Fonds, Aktien, Anleihen oder anderen Finanzvermögen angelegt.

Die Ergebnisse sind nicht besonders überraschend, aber dennoch aufschlussreich: Wer über viel Geld verfügt, kann dementsprechend große Summen reinvestieren und genießt somit die Möglichkeit sein Vermögen weiter zu vermehren. Laut der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) verfügen über 80 Prozent

## BUCHTIPP

Markus Marterbauer  
**Zahlen bitte! Die Kosten der Krise zahlen wir alle.**  
Deuticke Verlag, 2011,  
256 Seiten, € 18,40  
ISBN 978-3-552-06173-6



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

des obersten Einkommens-Dezils in Österreich über sogenannte risikoaffine Investments. Damit sind etwa Aktien, Zertifikate und Fonds gemeint, keine konservativen Anlageformen wie Sparbücher oder Bausparverträge. Im Median der Gesamtbevölkerung greifen hingegen nur 20 Prozent zu risikoreicheren Investments. Kein Wunder, denn DurchschnittsverdienerInnen bzw. die unteren Einkommensschichten müssen einen Großteil ihrer Ausgaben für die Sicherung des täglichen Lebensunterhalts tätigen. „Bei einkommensschwächeren Haushalten wird fast das gesamte Einkommen für den laufenden Konsum ausgegeben (Lebensmittel, Energie, Wohnen etc.). Bei einkommensstärkeren Haushalten macht dies nur einen kleinen Teil des Einkommens aus“, heißt es in einer Vermögensstudie der OeNB aus dem Jahr 2010.

## Wer wenig hat, muss viel ausgeben

Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft der AK





**Wobei dem Wohlhabenden wiederum mehr Geld für wertvollere dauerhafte Konsumgüter wie Schmuck, Automobile oder (Fern-)Reisen übrig bleibt (letztere sind rein volkswirtschaftlich betrachtet wenig sinnvoll, weil Kaufkraft vom Inland in ferne Kontinente abgezogen wird).**

Wien, bestätigt: „In den unteren Einkommensschichten ist der Konsum sehr hoch und liegt aufgrund von aufgenommenen Krediten teilweise sogar über dem verfügbaren Einkommen. Am oberen Ende der Wohlstandspyramide fällt die Konsumrate gemessen am Einkommen hingegen sehr niedrig aus.“ Zur Verdeutlichung: Von 100 Euro Einkommenszuwachs geben die unteren Einkommensschichten praktisch alles wieder aus. Das obere Einkommensdrittel steckt von diesen 100 Euro wieder 40 Euro in den Konsum, 60 Euro werden auf die hohe Kante gelegt. Das bedeutet: Gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten erscheint eine Stärkung sozial schwächerer Gruppen sinnvoll, weil das Geld sofort wieder in den Konsum fließt und so die Volkswirtschaft stärkt. Man könnte allerdings anführen, dass auch die Spareinlagen vermögender Menschen volkswirtschaftlich sinnvoll sind, weil sie ja in Form von Krediten wieder der Realwirtschaft zugutekommen. Marterbauer relativiert: „Für klassische Bankeinlagen mag das gelten, nicht aber für risikoreiche, finanzspekulative Investments. Diese haben sich, polemisch ausgedrückt, im Zuge der großen Wirtschaftskrise in Luft aufgelöst. Ein volkswirtschaftlich positiver Effekt bleibt aus!“ Wobei auch sehr vermögende Menschen bei ihren Investmententscheidungen nicht mehr auf volles Risiko gehen, wie Wolfgang Traindl, Leiter des Bereichs Private Banking der Erste Bank, berichtet.

Im Rahmen ihrer Private-Banking-Schiene bietet die Erste Kunden ab einem Finanzvermögen von 300.000 Euro individuelle Anlagemöglichkeiten an. Sie betreut aber auch sogenannte

High Net Worth Individuals (HNWIs, sie sind laut gängiger internationaler Definition mehr als fünf Mio. Dollar schwer) und Ultra High Net Worth Individuals (UHNWIs, ihr Vermögen beläuft sich auf über 30 Mio. Dollar). „Vor dem Ausbruch der Finanzkrise waren bei den HNWIs und UHNWIs risikoreichere Investmentformen wie Hedgefonds oder **Private Equity** sehr gefragt. Heute geht die Tendenz aber eindeutig in Richtung Sicherheit.“ Deshalb investieren wohlhabende Menschen verstärkt in als krisensicher eingestufte Aktien, Gold und vor allem Immobilien. „Immobilien sind auch bei weniger finanziell potenten Menschen gefragt, offene Immobilienfonds bieten hier Anlagemöglichkeiten. Im Vergleich dazu haben wohlhabendere Investoren die Möglichkeit direkt in Eigentumswohnungen oder Zinshäuser zu veranlagen“, erklärt Traindl einen der Hauptunterschiede zwischen dem Anlageverhalten von „normalsterblichen“ und begüterten Menschen.

### Wo Tauben sind ...

Fassen wir zusammen: Der „kleine Mann“ muss sich bei Investments, falls diese überhaupt möglich sind, zurückhalten. Somit stagniert sein Vermögen oder es wird inflationsbedingt kleiner. Reiche genießen hingegen die Möglichkeit über breit gestreute Veranlagungen das angehäufte stattliche Kapital weiter zu vermehren. Wo Tauben sind, fliegen eben gerne Tauben zu. Man könnte auch sagen: Der „Große“ investiert, der „Kleine“ konsumiert. In Österreich muss das unterste Einkommens-Dezil (weniger als 837 Euro

monatliches Haushaltseinkommen) immerhin 18 Prozent des verfügbaren Einkommens alleine für Lebensmittel ausgeben, im obersten Dezil (über 2.677 Euro) sind es mit 8,6 Prozent um rund die Hälfte weniger. Wobei dem Wohlhabenden wiederum mehr Geld für wertvollere dauerhafte Konsumgüter wie Schmuck, Automobile oder (Fern-)Reisen übrig bleibt (letztere sind rein volkswirtschaftlich betrachtet wenig sinnvoll, weil Kaufkraft vom Inland in ferne Kontinente abgezogen wird). Laut Statistik Austria gibt das unterste Einkommens-Dezil 2,3 Prozent seines verfügbaren Einkommens für den Urlaub aus, im obersten Einkommens-Dezil sind es 6,2 Prozent. Übrigens verzeichnet der in den USA erhobene Luxury Consumption Index 2012 den größten Anstieg seit 2004. 95 Prozent der befragten reichen AmerikanerInnen gaben beispielsweise an, mehr Geld für luxuriöse Bekleidung ausgeben zu wollen. Die „Reichen“ lassen es sich also gut gehen. Weniger Begüterte bleiben hingegen oft auf der Strecke. Ist in diesem Zusammenhang die Diskussion um eine höhere und effizientere Besteuerung von Vermögen tatsächlich eine „Neiddebatte“?

Internet:

Mehr Infos unter:  
[news.centurionjewelry.com](http://news.centurionjewelry.com)  
[www.seissmo.com](http://www.seissmo.com)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an den Autor  
[haraldkolerus@yahoo.com](mailto:haraldkolerus@yahoo.com)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Schuldig

*Viele Faktoren sind beteiligt, wenn sich Menschen verschulden. Der Beginn ist zumeist völlig unspektakulär – wie etwa ein überzogenes Konto.*

Autorin: **Sophia T. Fielhauer-Resei**  
Freie Journalistin

**E**in bisschen dehnt sich der Überziehungsrahmen noch. Der verführerische Weg in einen Irrgarten, aus dem das Entkommen schwierig und ohne Hilfe oft nicht möglich ist. Karl R. hat mit 31 Jahren bereits 25 Gläubiger und eine Gesamtschuld von 83.000 Euro. Erst haftete der junge Mann für den Kredit eines „Freundes“, dann wuchs der Schuldenberg rasant an. „Irgendwann sind die Wellen über seinem Kopf zusammenschlagen und er hat auf keine Rechnung mehr reagiert“, weiß Alexander Maly, Geschäftsführer der Wiener Schuldnerberatung ([www.schuldnerberatung-wien.at](http://www.schuldnerberatung-wien.at)). Mietrückstände, Versicherungen, TV-Gebühren, Strafen fürs Schwarzfahren und vieles mehr türmen sich. Mithilfe der Wiener Schuldnerberatung hat Karl R. sein Leben wieder in den Griff bekommen. Er arbeitet regelmäßig und wartet auf die Bewilligung seines Privatkonkurses – 350 Euro will er monatlich zurückzahlen.

## Privatkonkurs dauert sieben Jahre

Ein Privatkonkursverfahren dauert in der Regel sieben Jahre, dabei werden zwei Regulierungsverfahren unterschieden – welches davon in Kraft tritt, bestimmen die Gläubiger. Beim sogenannten Zahlungsplan wird monatlich eine bestimmte Summe bezahlt, mit der letzten getilgten Rate ist der Mensch schuldenfrei. Dieser Zahlungsplan muss aber von den Gläubigern mehrheitlich akzeptiert werden. Geschieht das nicht, tritt das Ab-

schöpfungsverfahren in Kraft. „Hier unterwerfe ich mich als Schuldner freiwillig der Lohnpfändung auf die Dauer von sieben Jahren. Dabei wird auch ein Treuhänder bestellt“, erklärt Alexander Maly. Nach Ablauf der sieben Jahre prüft der Treuhänder, wie viel Prozent der Schulden erstattet wurden. Sind es zehn Prozent oder mehr, erhält der Schuldner die Restschuldbefreiung. Bei weniger als zehn Prozent urteilt ein Richter über den Akt und eine etwaige Befreiung.

Von Schulden sind alle Altersstufen, besonders aber die 40- bis 45-Jährigen betroffen. Maly: „Die meisten Schulden beginnen in frühen Jahren und können mehr oder weniger lang hinausgezogen werden.“ Eine Geldschuld wie Kaugummi zu dehnen war vor der Wirtschaftskrise 2008 leichter möglich. Denn die Banken waren damals schnell bereit, Kredite zu vergeben oder eine Umschuldung durchzuführen.

Inzwischen stagnieren die Zuwachszahlen der Wiener Schuldnerberatung auf hohem Niveau: „Pro Jahr melden sich ungefähr 6.000 bis 7.000 Menschen. Diese Zahl ist seit vier Jahren gleich geblieben, zuvor haben wir immer ein Wachstum gehabt.“ Insgesamt werden um die 9.000 Menschen betreut. Der jeweilige Schuldenberg beträgt im Schnitt 65.000 Euro. Alexander Maly: „Viele dieser Menschen haben außer einem Fernseher und vielleicht einem alten Auto nichts.“ Oft müssen die SchuldnerberaterInnen mühsam herausfinden, wie viele Gläubiger es gibt und wie hoch die Forderungen sind. „Kaum jemand hat eine Übersicht über seine Finanzen“, weiß Maly. Viele Menschen

können sich einen Privatkonkurs aber gar nicht leisten: „Wenn Menschen gerade noch Miete, Heizung und Essen zahlen können, dann können wir ihnen, zumindest vorläufig, nicht helfen.“ Diese Menschen müssen vom Existenzminimum leben und bleiben ewig auf ihrem (ständig wachsenden) Schuldenberg sitzen.

## Betriebssozialarbeiterin

Teil der Wiener Schuldnerberatung sind auch PartnerInnen wie Gerlinde Blemenschütz, die dort ein Finanzcoaching absolviert hat. Blemenschütz ist eine von wenigen externen BetriebssozialarbeiterInnen in Österreich. Während die betriebliche Sozialberatung in Deutschland, den Niederlanden oder den USA schon weitverbreitet ist, hat Österreich Nachholbedarf.

Mit ihrer Firma Zeiträume ([www.zeitraeume.at](http://www.zeitraeume.at)) bietet Gerlinde Blemenschütz Coaching, Supervision und eben die externe Sozialberatung in Betrieben an. „Die psychische Gesundheit hat auch mit dem sozialen Umfeld zu tun. Doch so lange jemand in einem Betrieb arbeitet, ist er zumindest integriert“, erklärt die Betriebssozialarbeiterin. Eine Firma leistet sich die Beratung freilich nicht als Geschenk an die ArbeitnehmerInnen, sondern weiß um den ökonomischen Nutzen – das Know-how der MitarbeiterInnen soll nicht verloren gehen. Die jeweiligen PartnerInnen im Unternehmen sind Betriebsrat, Betriebsarzt und Vorgesetzte. „Wenn ein Mitarbeiter der Firma sagt, er hat Schulden, dann reden wir, wie er mit der Belastung umgehen kann, und ich begleite seinen



Weg.“ Den fachlichen Teil übernimmt die Schuldnerberatung, doch Blemenschitz klärt im Vorhinein ab, ob ein Privatkonkurs überhaupt möglich oder sinnvoll ist. Zumeist sind die KlientInnen von Multiproblemlagen betroffen – also nicht von einem, sondern mehreren Problemen zeitgleich. Krankheit, Ärger im Job, Scheidung, Schulden. „Ich habe ein finanzielles Problem“ ist der Satz, den die Betriebssozialarbeiterin am öftesten hört. „Doch oft steckt dann auch ein Suchtproblem dahinter, das sich durch das Gespräch enthüllt. Ich mache die Sozialanamnese und frage bestimmte Punkte ab. Über Scheidung und anderes sprechen die Betroffenen freilich erst, wenn ein Vertrauensverhältnis da ist.“

### Kooperation ist notwendig

Dass Schulden oft die Begleiterscheinung einer Sucht sind, wissen die BeraterInnen nur allzu gut. „Mit der Sucht geht häufig auch eine psychische Erkrankung einher. Das ist ein Eintauchen in eine Spirale und die Menschen sind nicht mehr in der Lage, die Zahlungen zu überblicken. Letztendlich habe ich einen Menschen vor mir, der in seinem sozialen Umfeld gestört ist.“

Die Kooperation der Betroffenen ist notwendig, denn BeraterInnen können den Prozess nur begleiten. Wer die Schuld an den Schulden trägt, kann nicht einfach beantwortet werden: „Die Banken sind beteiligt, denn es geht nicht um Beratung, sondern darum, Produkte zu verkaufen. Doch es sind nicht die Banken alleine, sondern auch die Handybetreiber, Möbel- und Versandhäuser, Leasing und auch wir als Gesellschaft.“

Geld als Symbol für Freiheit, Selbstständigkeit, Teilhabe an der Gesellschaft: „Geld muss man sich verdienen, es darf nicht als Statussymbol verwendet oder verstanden werden“, erklärt die Expertin. „Die Werbung springt dort auf, wo eine Sehnsucht spürbar ist. Die Teilhabe und Zufriedenheit wird durch Geld gemessen. Deshalb braucht es starke Jugendliche, die wissen, was sie sich nicht leisten können. Wenn Menschen arbeitslos werden, ist es wichtig zu erkennen, dass sie etwas an den Variablen ändern müssen, um ihre Fixkosten zu

zahlen.“ Gerlinde Blemenschitz ist überzeugt, dass Österreich viele stabile Jugendliche hat, die mit „einem guten Blick auf finanzielle Dinge und das Leben ausgestattet sind. Es braucht Menschen, die Resilienz haben und einen gesunden Umgang mit dem Konsum pflegen.“

Doch genügend Jugendliche haben den Umgang mit Geld nicht gelernt: „Geld soll nicht als Drohung eingesetzt, sondern positiv verwendet werden. Eltern können etwa mit den Kindern ausrechnen, was ein Ausflug in die Therme oder ins Kino kostet, aber ohne den Kindern dabei Stress zu machen.“ Im Gegensatz vermittelt eine Mobilfunkwerbung, dass „ein Handy nichts kostet und dafür praktisch nicht gearbeitet werden muss“, erklärt Gerlinde Blemenschitz. „In der Gelderziehung oder bei Medienkompetenz sind die Schulen und wahrscheinlich auch schon die Kindergärten gefragt. Es ist wichtig, Kindern zu erklären, was es bedeutet, einen Kredit aufzunehmen oder was ein Ratengeschäft ist. Die meisten Leute sehen das überzogene Konto leider nicht als Schulden an.“ Wer als junger Mensch zu Blemenschitz in die betriebliche Sozialberatung kommt, hat bereits einen Leidensdruck oder wird geschickt. „Es ist wichtig zu erkennen, dass der Lebenswandel so nicht mehr aufrechterhalten werden kann und über die Verhältnisse gelebt wird.“ Doch eines steht fest: Immer mehr Menschen verdienen zu wenig Geld, um ihre Fixkosten zahlen zu können. „Wenn ich die Mindestsicherung bekomme und 430 Euro Miete bezahle oder in einem Dienstleistungsberuf unter 1.000 Euro verdiene und 600 Euro Miete zahle, frage ich mich, was da noch übrig bleibt. In Schulden zu geraten ist meist sehr unspektakulär.“

Internet:

Was tun bei Zahlungsproblemen?  
Infos der AK, PDF-Download unter:  
[tinyurl.com/aar812t](http://tinyurl.com/aar812t)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[sophia.fielhauer@chello.at](mailto:sophia.fielhauer@chello.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**Von Schulden sind alle Altersstufen, besonders aber die 40- bis 45-Jährigen betroffen. Maly: „Die meisten Schulden beginnen in frühen Jahren und können mehr oder weniger lang hinausgezogen werden.“ Eine Geldschuld wie Kaugummi zu dehnen war vor der Wirtschaftskrise 2008 leichter möglich. Denn die Banken waren damals schnell bereit, Kredite zu vergeben oder eine Umschuldung durchzuführen.**



# Die rohe Bürgerlichkeit – verdirbt Geld den Charakter?

*Besserverdienende nehmen die soziale Spaltung der Gesellschaft weniger wahr.*

Autor: Christian Zickbauer  
Freier Journalist

**E**in schwach beleuchteter Raum ohne Mobiliar außer einem großen runden Tisch mit zehn Sesseln rundherum. Am Tisch sitzen zehn Studierende, die sich für eine Studie zur Verfügung gestellt haben und verschiedenste Aufgaben am Laptop bewältigen.

In einer Pause betritt wie beiläufig ein Versuchsleiter den Raum und stellt ein Glas Bonbons in die Mitte des Tisches. Diese seien eigentlich für eine Gruppe Kinder im Nebenraum bestimmt, teilt er den Probanden mit und verschwindet wieder. Manche von ihnen greifen zu, manche nicht. Danach warten wieder einige knifflige Aufgaben am Laptop auf ihre Bewältigung. Was die Testpersonen nicht wussten: Paul Piff, amerikanischer Psychologe und Studienleiter, interessierte sich nicht für ihre Leistungen am Laptop. Er hatte die Probanden in zwei Gruppen geteilt und beobachtete ausschließlich, wer wie viele Bonbons gegessen hatte. Die Auswertungen ergaben, dass diejenigen Probanden, die einer höheren Schicht angehörten, mehr Bonbons genommen hatten als solche einer unteren Schicht.

## Wie die Reichen sind

Handelt es sich hier um eine einzelntendenziös angelegte Studie, mit der Resentiments gegen „die da oben“ bedient werden sollen? Oder lässt sich der alte Spruch „Geld verdirbt den Charakter“

tatsächlich wissenschaftlich belegen? Erst im Zuge der relativ jungen Reichtumsforschung gibt es einige Untersuchungen, die sich auch mit Persönlichkeitsmerkmalen von reichen Menschen beschäftigen. Oben erwähnter Paul Piff startete eine ganze Versuchsreihe zu der Thematik, unter anderem auch im Straßenverkehr: An einer vielbefahrenen Kreuzung, an der die Vorfahrt mit Stopp-Schildern geregelt ist, beobachtete er, ob und welche Autos sich nicht an die Regeln halten. Und tatsächlich: Fahrer von Oberklassenwagen missachteten häufiger die Verkehrsregeln. Sie ignorierten auch Fußgänger an einem Zebrastreifen deutlich häufiger als dem Anschein des Wagens nach weniger reiche Leute.

## Im Ghetto des Geldes ...

Die Straße ist auch Schauplatz einer viel beachteten zweiteiligen Reportage des ZEIT-Journalisten Henning Sußebach in bester Günter-Wallraff-Tradition. Verkleidet als Obdachlose ohne einen einzigen Euro in der Tasche suchen Sußebach und eine Schauspielerin in Taunus bei Frankfurt im Dezember 2011 für eine Woche nach Hilfe und Herberge – ein modernes Weihnachtsmärchen.<sup>1</sup>

Der Ort ist nicht zufällig gewählt. Hier leben die reichsten Deutschen – Industriellenfamilien, Bankiers, Millionäre und Milliardäre. Die aufgezeichneten Erlebnisse auf der einwöchigen Betteltour demaskieren die Welt der Reichen als eine von einer Wand aus Ignoranz abgeschottete Parallelwelt. Selbst als sich Sußebachs Partnerin als Schwangere ausgibt, änderte sich nichts

am abweisenden Reaktionsmuster der Menschen. Wenn Hilfe kommt, dann fast ausschließlich von Bediensteten der Reichen – einem Gärtner, einer Rezeptionistin, einer Bäckerin. Und von einem Pfarrer.

## ... und in Berlin-Neukölln

Die Reportage sorgte für heftige Reaktionen. Ein Vorwurf: Auch in einem ärmeren Viertel wären die Menschen nicht mitfühlender gewesen.

Daraufhin gingen die beiden ein Jahr später mit der gleichen Geschichte im Gepäck in den wohl bekanntesten „Problembereich“ Deutschlands, Berlin-Neukölln.<sup>2</sup> Das Ergebnis des Experimentes war verblüffend: Es musste abgebrochen werden – wegen zu großer Hilfsbereitschaft. Nachdem ihnen ein Kellner eines Skatklubs, in dem sie sich Tage zuvor zum Aufwärmen kurze Zeit aufhielten, einen Job vermittelte, beschlossen die JournalistInnen die Tarnung frühzeitig aufzugeben. Bis dorthin durchlebten die beiden „Obdachlosen“ – von wenigen Ausnahmen abgesehen – eine fast schon beschämende Hilfsbereitschaft: Unterstützung bei der Herbergssuche, Einladung zum Essen, frische Lebensmittel aus dem Supermarkt.

Eine wissenschaftliche Erklärung für die Erfahrungen der ZEIT-JournalistInnen liefert eine Studie der US-Forscher Kraus, Côté und Keltner aus dem

<sup>1</sup> Henning Sußebach: Maria und Josef im Ghetto des Geldes, Die ZEIT, 5/2011.

<sup>2</sup> Nadine Ahr, Henning Sußebach: Maria und Josef in Neukölln, Die ZEIT, 5/2012.



**Die Auswertungen ergaben, dass diejenigen Probanden, die einer höheren Schicht angehörten, mehr Bonbons genommen hatten als solche einer unteren Schicht.**



Jahre 2010. Deren Ergebnis: Menschen aus höheren sozialen Schichten zeigen weniger Mitgefühl. Dies wurde in mehreren Experimenten herausgefunden. Beim größten nahmen 200 Angestellte einer öffentlichen Universität teil, die eine Hälfte mit Hochschulabschluss und die andere ohne. Ihnen wurden 20 verschiedene Fotos vorgelegt. Auf diesen waren Menschen abgebildet, die lachten, verärgert, verwundert, schockiert oder voller Angst waren. Die Aufgabe der TeilnehmerInnen bestand darin, die Gesichtsausdrücke genau einzuschätzen und zu benennen. Die Gruppe ohne Hochschulabschluss erreichte dabei eine höhere Trefferquote, sie war also empathischer.

Die Wissenschaftler erklären dieses Ergebnis damit, dass Menschen aus unteren sozialen Schichten abhängiger von ihren Mitmenschen sind als reichere. Sie haben weniger Geld und Macht und sind daher verstärkt auf das soziale Umfeld angewiesen. Um dieses besser nutzen zu können, müssen sie sich stärker an ihren Mitmenschen orientieren und schärfen dadurch offenbar ihre Empathiefähigkeit.

### Steigende soziale Ungleichheit

Einen breiter gefächerten Ansatz bietet der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer mit seiner Theorie der „rohen Bürgerlichkeit“. Er zeigt auf, dass es gesellschaftliche bzw. politische Entwick-

lungen wie die steigende soziale Ungleichheit gibt, die die Einstellungen und damit den Charakter der oberen Schichten negativ beeinflussen.

### Glatte Fassade, rabiate Rhetorik

Der Sozialwissenschaftler und sein Team untersuchten Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland gegenüber Menschen, die in der Gesellschaft Vorurteilen ausgesetzt sind – aufgrund von ethnischen, kulturellen oder religiösen Merkmalen, der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, einer körperlichen Einschränkung oder aus sozialen Gründen. Die Forschungen wurden jährlich im Zeitraum von 2002 bis 2011 durchgeführt und veröffentlicht. In diesem Zeitraum stieg die soziale Ungleichheit stetig an, zuletzt verschärft durch die Wirtschaftskrise.

Für unser Thema ist besonders interessant, was Heitmeyer über die Einstellungen der Besserverdienenden herausfiltert. Er weist nach, dass ausgerechnet diejenigen, die sich selbst zum oberen Teil der Gesellschaft zugehörig fühlen, die soziale Spaltung in der Gesellschaft weniger wahrnehmen. Im Gegenteil: Sie beklagen zunehmend, dass sie nicht in einem gerechten Maße vom allgemeinen Wachstum profitieren würden.

In seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Göttinger Friedenspreises 2012<sup>3</sup> formulierte er es so: „Die geringere Wahrnehmung der sozialen Spaltung durch die oberen Einkommensgruppen hat viele Folgen. [...] Weniger Unterstützung wird vor allem in der höheren Einkommensgruppe gegen-

über Langzeitarbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern gefordert. [...] Sie sollten entgegen dem Grundgedanken einer Solidargemeinschaft endlich Selbstverantwortung übernehmen. [...] Und so gibt es eindeutige Zusammenhänge zwischen der Forderung an die sozial Schwachen, ihre kritische Lebenssituation selbst zu bewältigen, und der Abwertung von Langzeitarbeitslosen, niedrig qualifizierten Zuwanderern, Obdachlosen und Behinderten. In Gruppen mit höheren Einkommen wird immer stärker abgewertet.“ Diese Einstellungen werden verdeckt kommuniziert, haben aber großen öffentlichen Einfluss. Heitmeyer verwendet dafür den Begriff „rohe Bürgerlichkeit“. Sie „ergibt sich aus dem Zusammenspiel von glatter Stillefassade, vornehm rabiaten Rhetorik sowie autoritären aggressiven Einstellungen und Haltungen“.

Damit gelingt Heitmeyer eine verblüffend passende wissenschaftliche Erklärung für die Erlebnisse der verkleideten Obdachlosen im Nobelort Taunus bei Frankfurt.

Geld verdirbt den Charakter, vor allem wenn es in einer Gesellschaft ungleich verteilt ist.

Internet:

Heitmeyer-Rede zum Göttinger Friedenspreis:  
[tinyurl.com/b2utl2c](http://tinyurl.com/b2utl2c)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[christian.zickbauer@gmail.com](mailto:christian.zickbauer@gmail.com)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>3</sup> Alle folgenden Zitate aus Wilhelm Heitmeyer: Redetext anlässlich der Verleihung des Göttinger Friedenspreises am 10. März 2012, [tinyurl.com/b2utl2c](http://tinyurl.com/b2utl2c)

# Begnügt euch

*Wo genau ist die Leistung? Ein Streifzug durch die Begriffswelt der „sozialen Gerechtigkeit“.*

Autorin: Gabriele Müller  
Freie Journalistin

**M**an könne ja auf der Terrasse Tomaten ziehen. Die Umsetzung dieses Ratschlags von Fiona Grasser, runde 48 Stunden nach der Insolvenz der amerikanischen Lehman Brothers Bank am 15. September 2008 erteilt, ist aus mindestens zwei Gründen nicht ratsam: Über Terrassen verfügen die wenigsten. Und selbst wenn, nagt die Frage: Warum hat der Nachbar ein immenses Glashaus?

## Genügsam statt gerecht

Der Vorschlag der Millionen-Erbin, genügsam inmitten einer satten Gesellschaft zu sein, ist **implizit** – aber keineswegs schwächer – auch in der postliberalen Ära präsent. Nichts gegen Paradieser und Eigenbau, vor allem nicht in Zeiten unterbezahlter ErntehelferInnen, die Frage nach Gerechtigkeit sollte aber dabei nicht unter den Tisch fallen. Ganz ohne Vergleichsabsicht nämlich „lässt sich der Blick darauf kaum vermeiden, dass sich andere nicht an die Maxime der Genügsamkeit halten, dafür vom Marktsystem aber mit Erfolgen belohnt werden – und das zumindest zeitweise mit der Folge, dass der Grad der Genügsamkeit, dem man sich selbst hinzugeben hat, ein wenig gesteigert werden muss“, heißt es dazu in einer Studie der **Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**.

Sattsam bekannt ist die stets sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich, die für immer mehr Men-

schen nicht nur reine Metapher ist. Die angestrebte „Genügsamkeit“ aber fordert mehr als nur die Abkehr von der Bestrebung, sein eigenes Wohl und die soziale Gerechtigkeit zu steigern, schreibt der Studienautor Frank Nullmeier unter dem Titel „Neoliberalismus und Gerechtigkeit in der öffentlichen Debatte“. „Es fordert Verzicht auf jeden Vergleich mit anderen und letztlich sogar Verzicht auf Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge zwischen den Haltungen der einen und der Genügsamkeit der anderen.“

Schließlich sollte doch der Vergleich sicher machen, und warum funktioniert ein Vergleich nur bei Warenpreisen? Welches Denken in Bezug auf soziale Gerechtigkeit prägt heute den öffentlichen Diskurs? Von einer längst ausstehenden Analyse von Sprache und Bildern in Bezug auf die „Gerechtigkeitsdebatte“ spricht Experte Frank Nullmeier. Welche Denkfiguren dominieren? Die Finanzkrise hat zwar kurzfristig stärkere öffentliche Kritik an neoliberalen Konzepten freigesetzt, (post)-neoliberale Ansätze, so Nullmeier, sind dennoch vorherrschend. „Eine neue Qualität erreichen sie, wenn soziale Ungleichheiten nicht mehr ausschließlich als Ergebnis von Erfolg oder Misserfolg auf Wettbewerbsmärkten erscheinen, sondern durch genetische Unterschiede von ‚Ethnien‘ oder ‚bildungsfernen‘ Schichten erklärt werden.“

## Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

Als Schlüsselemente jeder politischen Debatte fungieren Wertebegriffe. Sie

zeichnen sich dadurch aus, dass stets eine Vielzahl unterschiedlicher Werte besteht. Seit den 1970er-Jahren, stellt Frank Nullmeier fest, hat sich in den Grundsatzprogrammen der meisten europäischen Länder ein System von Grundwerten entwickelt, das in die „Trias“ von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mündete.

Die öffentliche Vorherrschaft des Neoliberalismus in den Jahren 1998 bis 2005 war damit verbunden, den Gerechtigkeitsbegriff auf eine Marktgemeinschaft zu reduzieren. In Folge vervielfältigten sich die Gerechtigkeitsbegriffe durch neue **Komposita**: Generationen-, Teilnahme-, Geschlechter-, Bildungs- oder Chancengerechtigkeit. Aufgabe der Politik ist es, so Frank Nullmeier, die Relationen sowohl zu den Zentralwerten als auch untereinander zu klären und zu bestimmen.

## Wir brauchen Werte

Die Figur Frank Stronach, die nunmehr auf der politischen Bühne Österreichs erschien, ist beredtes Zeugnis einer Wertediskussion, die jede vernünftige Relation überschritten hat. Die drei Schlagworte seines „Programms“ – an die zumindest erinnern sich er und seine KandidatInnen in Interviews – sind weder Werte, noch geben sie Aufschluss über ein stringentes Konzept. Aufschlussreich ist die unverhältnismäßige Akzeptanz des verhaltensoriginellen Milliardärs, dessen Markterfolg gerne mit Leistung verwechselt wird. Leistung für wen?

Erinnert wird in der FES-Studie an die zwei Grundthesen des Hauptver-



**Der Vorschlag der Millionen-Erbin, genügsam inmitten einer satten Gesellschaft zu sein, ist implizit – aber keineswegs schwächer – auch in der postliberalen Ära präsent. Nichts gegen Paradeiser und Eigenbau, vor allem nicht in Zeiten unterbezahlter ErntehelferInnen, die Frage nach Gerechtigkeit sollte aber dabei nicht unter den Tisch fallen.**



reters des neoliberalen Denkansatzes, **Friedrich A. Hayek**. Erstens: Der Begriff „Gerechtigkeit“ kann aufgrund der Marktstruktur nur als Bezeichnung für die Qualität der marktrechtlichen Rahmeninstitutionen Sinn machen. Zweitens: Der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ hat hingegen keinen bestimm- baren Sinn in seiner Anwendung auf die Marktordnung.

Seine dritte These in Zusammen- hang mit „Leistungsgerechtigkeit“ fin- det erst seit Kurzem Eingang in die Debatte über soziale Gerechtigkeit. „Doch der Gedanke, dass wir das, was wir in der Vergangenheit (...) erwor- ben, auch moralisch verdient haben, ist weitgehend illusorisch“, hatte Hayek 1976 in seinem Buch „Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit“ postuliert. Be- lohnt wird in der Marktwirtschaft so- mit allein der Markterfolg, der sich aber verdienstethisch nicht heiligen lässt, kommentiert Nullmeier.

## Gute Ordnung

„Brauchen wir die Vorstellung von Gerechtigkeit immer und überall?“, überspitzt der deutsche Historiker und Publizist Paul Nolte die Frage. Was tritt an ihre Stelle? Als allgemeines Ziel ließe sich die Idee einer „guten Ordnung“ entwickeln, in der möglichst viele Menschen möglichst große Chancen auf Entfaltung und Entwicklung bekämen. Gerechtigkeit ist im heutigen einge- schränkten Sinn kein eigenständiger Wert, der ohne Zusatzklärung aus- kommt. Denn was hätten wir von einer sozialen Gerechtigkeit, wenn alle arm

sind und unfrei dazu? Um den Begriff für die (post-)liberale Position zu be- wahren, meint Nullmeier, wird meist auf „Chancengerechtigkeit“ verwiesen. In einem Markt, in dem allein die rechtliche Basis dafür gesichert ist, bleibt Chancengleichheit aber theoretisch bzw. der Herkunft, dem Umfeld u. v. a. m. – also grob gesagt dem Zufall – überlassen.

## Wo woa mei Leistung?

Die Aufgabe einer Gerechtigkeitstheorie in einer **diskursiv** geschulten Gesellschaft besteht darin, schreibt Frank Nullmeier, gute Gründe für bestimmte Verteilun- gen und institutionelle Verhältnisse zusammenzutragen. Wenn ein autori- tärer Fabrikant mit fundamentalen Be- nimmpunkten Chancen auf ein politisches Amt erhält, kann von einer diskursiv geschulten Gesellschaft nicht die Rede sein. Das Unbehagen, die Wut und der Zorn jedenfalls sind seit der berühmten Frage „Wo woa mei Lei- stung?“ unübersehbar. Reiner Markt- erfolg und der ihm zugrunde liegende „Zufall“ werden zunehmend als gute Gründe angezweifelt.

Folgt man der Denkweise Hayeks, gäbe es drei Möglichkeiten: Man iden- tifiziert Leistung mit Erfolg. Das wird, wie erwähnt, zunehmend unhaltbar. Man begründet soziale Ungleichheiten mit der Herkunft, Ethnie, Kultur, Reli- gion oder gar Genetik. Oder aber, man akzeptiert sie fraglos. So etwa der post- liberale Kommunikationstheoretiker Norbert Bolz: „Wir sollten zufrieden sein mit dem, was ist, statt mit absur-

dem Aufwand nach der optimalen Lösung zu suchen. Besser genug statt gleich viel.“

## Die Kluft wird größer

Genügsamkeit aber steht in krassem Widerspruch zu Individuen, die am Markt agieren (müssen). „Daher muss sie auf die weniger marktrelevanten Teile der Bevölkerung eingeschränkt werden“, schreibt Frank Nullmeier in der eingangs zitierten Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer, vertraut man abgesehen von der Statistik und Studienquellen den eigenen Augen. Um mit dem zi- tierten Autor zu sprechen: Vielleicht muss auch die Leistungsbereitschaft der „LeistungsträgerInnen“ befragt werden. „Denn zur Leistungsgerechtig- keit gehört auch, gemäß seiner Lei- stungsfähigkeit zum öffentlichen Wohl beizutragen.“

Internet:

Frank Nullmeier, „Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von ‚sozialer Gerech- tigkeit‘“, Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2010: [library.fes.de/pdf-files/wiso/07649.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07649.pdf)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[gabriele.mueller@utanet.at](mailto:gabriele.mueller@utanet.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Das Kapital schlägt zurück!

*Wie immer mehr neoliberale Thinktanks  
auch in Österreich die Abschaffung des Sozialen vorantreiben.*

**Autor: Klaus-Dieter Mulley**

*Institut für Geschichte der Gewerkschaften  
und AK*

**S**ie nennen sich „Institute“ oder „Zentren“, heucheln Wissenschaftlichkeit vor, bezeichnen sich oft als „unabhängig“, wiewohl ihre Geldgeber im Verborgenen bleiben, und überschütten die Öffentlichkeit mit „Studien“, „Expertisen“ und „Zukunftsszenarien“, die nur einem einzigen Zweck dienen: das neoliberale Weltbild zu sichern und auszubauen. Die Rede ist von jenen zahlreichen, in den letzten Jahrzehnten gleichsam aus dem Boden schießenden neoliberalen Thinktanks, sogenannten „Denkfabriken“. Diese sehen ihre Aufgabe darin, die Akkumulation des Kapitals durch Marktfreiheit, Eigentumsgarantie und Wettbewerb zu fördern, sprich die ökonomische und ökologische Verarmung der Welt voranzutreiben.

## Festigung neoliberale Hegemonie

Die intellektuelle und mithin politische **Hegemonie** neoliberaler Ideologie ließ in den letzten Jahrzehnten die Gründung wirtschaftsliberaler „Denkfabriken“ geradezu explodieren. Insbesondere nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems 1989 wurden mit amerikanischer Unterstützung in den Staaten Osteuropas Institutionen mit dem Ziel gegründet, die Transformation dieser Länder in einen globalen Kapitalismus voranzutreiben. Die Folge war und ist eine eklatante Zunahme der „Wohlstandsunterschiede“ (Unterschied

zwischen Arm und Reich). Neoliberale „Institute“ werden nicht müde nachzuweisen, dass die Zunahme der Armut nichts mit Marktliberalismus zu tun hat. Unter der Negierung von Verteilungsfragen wird getrommelt, dass wirtschaftliche Freiheit positiv mit Wohlstand korreliert.

## 20 Jahre Hayek-Institut

Der Erfolg des Neoliberalismus in den letzten dreißig Jahren liegt nicht zuletzt in seiner chamäleonähnlichen ideologischen Struktur und in seiner Verbindung mit einem in der westlichen Welt positiv besetzten politischen Freiheitsbegriff. Innerhalb der Eckpunkte Marktfreiheit, Eigentumsgarantie und freier Wettbewerb sprießen häufig auch widersprüchliche Ansichten und Meinungen, die deren Repräsentanten schwer zuordenbar machen, ihnen jedoch die Möglichkeit geben, flexibel auf sich ändernde soziale, ökonomische und politische Konstellationen zu reagieren.

Wie ein Blick auf Österreich zeigt, versuchen auch hierzulande privat organisierte, von Unternehmungen gesponserte Thinktanks, die sich zum Teil als Forschungsinstitute präsentieren, das intellektuelle Meinungsspektrum, die mediale Öffentlichkeit sowie die Politik mit neoliberalen Botschaften zu beeinflussen.

Bereits 1993 wurde im Gedenken an den Nobelpreisträger Friedrich August Hayek und die liberalen Ideen der Österreichischen Schule der Nationalökonomie das „Hayek-Institut“ gegründet. Die private und – nach

Eigenbezeichnung – „unabhängige wissenschaftliche Forschungseinrichtung“ nimmt für sich in Anspruch, als „einzige österreichische Organisation“ unter den vierzig westeuropäischen Thinktanks gelistet zu sein. Zur Erinnerung: Friedrich August Hayek erklärte 1947 in Hinblick auf die noch vielfach von ordnungspolitischen Vorstellungen der Nachkriegszeit beherrschten Volkswirtschaften: „Wenn daher irgendeine Hoffnung auf Rückkehr zu einer freien Wirtschaft bestehen soll, muss die Frage, wie die Macht der Gewerkschaften sowohl im Gesetz als auch tatsächlich, entsprechend eingeschränkt werden kann, eine der allerwichtigsten sein, der wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.“ Der österreichische Ökonom, der sich in den 1930er- und 1940er-Jahren als wirtschaftsliberaler Gegenpart zu **John Maynard Keynes** positionierte, sah die Durchsetzung seiner neoliberalen Ideenwelt – wie Dieter Plehwe und Bernhard Walpen in einer beeindruckenden Analyse darlegten – als langfristiges intellektuelles Projekt. Dementsprechend wurde Hayek, für den „die Massen“ nur eine von Eliten und Intellektuellen manipulierbare Größe darstellten, Initiator, Mitbegründer und erster Präsident der „**Mont Pelerin Society**“, die zum Mittelpunkt des sich in folgenden Jahren und Jahrzehnten bildenden globalen neoliberalen Netzwerkes wurde.

## Freiheit für die Wirtschaft!

In Personalunion verbunden mit dem Hayek-Institut, dessen Linkliste nahezu



das Spektrum des neoliberalen Netzwerkes offenbart, ist das „Austrian Economics Center“. Dieses gab sich den Status einer wissenschaftlichen Organisation und veranstaltet abgesehen von diversen „Free Market“-Aktivitäten, offenbar ausgestattet mit reichlichen Spendengeldern diverser Unternehmungen, einen Kreativwettbewerb für SchülerInnen mit dem Titel „Mobility for the NeXt Generation“ unter dem Ehrenschutz von Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger. Die PreisträgerInnen sollen dann – wie der Homepage entnommen werden kann – mit neoliberalen Ökonomen wie **Peter Boettke** und **Vernon Smith** „aktuelle sozioökonomische Problemstellungen“ erörtern. Die intellektuelle Richtung dieser Erörterungen ist damit vorgegeben: Beispielsweise fordert Nobelpreisträger Vernon Smith „größtmögliche Freiheit für die Wirtschaft. Diese sollte – nach seiner Ansicht – auch darin zum Ausdruck kommen, weder Unternehmensgewinne noch Ersparnisse zu besteuern.“ Ob das im Sinne einer wohl von beiden Regierungsparteien favorisierten „sozialen“ Marktwirtschaft ist, bleibt dahingestellt.

### „Flat Tax“ einführen!

Vermerkt werden muss auch das „Frank Stronach Institut“, welches die Ergänzung „Für sozialökonomische Gerechtigkeit“ im Untertitel trägt, jedoch eher eine Wahlplattform für den egozentrischen Milliardär darstellt. Um seine Ideen – wie jene einer „Flat Tax“ – voranzutreiben, sponsert er beispielsweise das Institut für Steuerrecht der WU. Dieses hat nun mit seiner finanziellen Unterstützung ein „WU Global Tax Policy Center“ eingerichtet.

2012 wurde das der Industriellenvereinigung nahestehende und von ihr mitfinanzierte Institut „ECO Austria“ unter der Leitung des ehemaligen IHS-Ökonomen Dr. Ulrich Schuh gegründet, welches sich selbst als „Wirtschaftsforschungsinstitut“ bezeichnet. Das Institut soll sich – wie „Die Presse“ vermeldete – als Thinktank der Entwicklung wirtschaftspolitischer Modelle widmen, um damit die Politik zu beeinflussen. Die politische Richtung der

Beeinflussung wird klar, wenn etwa der letzte Kollektivvertragsabschluss im Handel von Schuh als „überraschend hoch“ bezeichnet wird. Dies sei im Vergleich zu den übrigen herbstlichen Lohnabschlüssen „noch erstaunlicher“, zumal im Handel üblicherweise nicht so hohe Produktivitätszuwächse auftreten.

### Sozialpartner unerwünscht!

Doch damit nicht genug: Im Herbst vorigen Jahres wurde bekannt, dass der betont neoliberal eingestellte ehemalige stellvertretende Chefredakteur der „Presse“ Franz Schellhorn eine neue „wirtschaftsliberale Denkfabrik“ leiten wird. Leiter des Trägervereins von „Agenda Austria“ ist der frühere Chef der Kathrein Privatbank, womit wohl bereits das ideologische und politische Ziel dieser Neugründung von Kapitalseite vorgegeben ist. In einer Zeit, in der nach Jahrzehnten wieder offen über die Regulierung des die letzte Krise auslösenden Bankensektors diskutiert wird, muss auch auf intellektueller, wissenschaftlicher Ebene der Druck verstärkt werden. Dass dabei ein „Placet etwa von den Sozialpartnern“ – wie ausdrücklich vermerkt – unerwünscht ist, versteht sich anscheinend von selbst.

Geht es den Kapitalfraktionen nun darum, die in der Krise verloren geglaubte „kulturelle Hegemonie“ (**Antonio Gramsci**) wiederzugewinnen, so haben die ArbeitnehmerInnen-Organisationen die Aufgabe, die Öffentlichkeit auf diese „gekaufte Wissenschaft“ aufmerksam zu machen und jene seriösen und unabhängigen (Wirtschafts-)Forschungsinstitute zu fördern, welchen die „soziale Gerechtigkeit“ ein Anliegen war und ist.

Internet:

Artikel zu Agenda Austria – Wiener Zeitung:  
[tinyurl.com/c2gj6vd](http://tinyurl.com/c2gj6vd)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[klaus.mulley@akwien.at](mailto:klaus.mulley@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



Vermerkt werden muss auch das „Frank Stronach Institut“, welches die Ergänzung „Für sozialökonomische Gerechtigkeit“ im Untertitel trägt, jedoch eher eine Wahlplattform für den egozentrischen Milliardär darstellt. Um seine Ideen – wie jene einer „Flat Tax“ – voranzutreiben, sponsert er beispielsweise das Institut für Steuerrecht der WU. Dieses hat nun mit seiner finanziellen Unterstützung ein „WU Global Tax Policy Center“ eingerichtet.

# Mehr Wohlstand, aber leider nicht für alle

*Aktuelle Entwicklungen von Armut in Österreich.*

**Autor: Martin Schenk**

*Sozialexperte, Stv. Direktor der Diakonie*

**E**in Leben auf dem Drahtseil in Balance zu halten ist fast unmöglich. Armut bedeutet einen tagtäglich belastenden Drahtseilakt zwischen „es gerade noch schaffen“ und Absturz. Die Betroffenen sind bunter als der schnelle Blick glauben macht: Der Dauerpraktikant mit Uni-Abschluss und der Schulabbrecher, die Alleinerzieherin und die Langzeitarbeitslose, der Mann mit Depression und der Überschuldete, das Mädchen in der Leiharbeitsfirma ebenso wie der Sohn als Ich-AG.

Armut setzt sich stets ins Verhältnis. Sie manifestiert sich in reichen Ländern anders als in Kalkutta. Menschen, die in Österreich von 700 Euro im Monat leben müssen, hilft es wenig, dass sie mit diesem Geld in Kalkutta gut auskommen könnten. Die Heizkosten sind hier zu begleichen, die Miete ist hier zu zahlen, der Einkauf hier zu erledigen und die Kinder gehen hier zur Schule. Deshalb macht es Sinn, Lebensverhältnisse in den konkreten Kontext zu setzen. Armut ist weniger ein Eigenschafts- als ein Verhältniswort.

## Prinzip (Un-)Freiwilligkeit

Armut ist das Leben, mit dem niemand tauschen will. Hier kommt das Prinzip der (Un-)Freiwilligkeit ins Spiel, es geht nicht um freiwillig gewählte Armut, wie sie z. B. von Mönchen oder Asketen praktiziert wird. Die Sozialwissenschaft

spricht von unfreiwilliger, nicht selbst gewählter Armut: Arme haben die schlechtesten Jobs, die niedrigsten Einkommen, die kleinsten und feuchtesten Wohnungen, sie sind in den krankmachendsten Bereichen tätig, wohnen in den schlechtesten Vierteln, besuchen die am geringsten ausgestatteten Schulen, müssen fast überall länger warten<sup>1</sup> – außer beim Tod, der ereilt sie um Jahre früher als Angehörige der höchsten Einkommensschicht. Steige ich im 15. Wiener Gemeindebezirk in die U-Bahn und am Stephansplatz wieder aus, dann liegen dazwischen wenige Minuten Fahrzeit, aber vier Jahre an Lebenserwartung der jeweiligen Wohnbevölkerung.<sup>2</sup>

## Mangel an Möglichkeiten

Armut heißt eben nicht nur ein zu geringes Einkommen zu haben, sondern bedeutet einen Mangel an Möglichkeiten, um an den zentralen gesellschaftlichen Bereichen zumindest in einem Mindestausmaß teilhaben zu können: Wohnen, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Sozialkontakte, Bildung. Wirtschafts-Nobelpreisträger **Amartya Sen**<sup>3</sup> spricht in diesem Zusammenhang von einem Mangel an existenziellen Freiheiten. Armut ist eine der existenziellsten Formen von Freiheitsverlust.

„Reiche werden reicher“, „Soziale Ausgrenzung steigt“, „Einkommensarmut sinkt“ – das waren Schlagzeilen in den Tageszeitungen der vergangenen Tage. Zumindest die beiden letzten Schlagzeilen scheinen widersprüchlich, sind sie aber im Detail nicht. Drei

Schlüsse können wir aus dem kürzlich präsentierten Sozialbericht ziehen:

- 1.** Die bedrückenden Lebenssituationen steigen ganz unten.
- 2.** Der Sozialstaat bremst die sozialen Folgen der Krise und stabilisiert die Mitte.
- 3.** Es gibt eine äußerst hohe Konzentration des Vermögens ganz oben.

## Zum Ersten

Wachsende Ausgaben in den zentralen Positionen Wohnen, Energie und Ernährung verursachen große Probleme; gesundheitliche Beeinträchtigungen und psychische Erkrankungen, schlechte und prekäre Jobs, Einsamkeit und Beschämung machen einer wachsenden Zahl von Menschen zu schaffen. Bedrückende und ausgrenzende Lebenssituationen steigen seit Anfang der 2000er-Jahre. Menschen, die am Limit leben, haben geringere Aufstiegschancen. Ihre Zukunft wird von der sozialen Herkunft bestimmt. In Österreich haben Kinder aus Elternhäusern mit geringem sozialem Status eine schlechtere Chance auf eine gute Ausbildung. Hinweise: Der Anstieg der MindestsicherungsbezieherInnen, die größere Nachfrage in Notunterkünften oder Sozial-

<sup>1</sup> Dimmel, Nikolaus/Heitzmann, Karin/Schenk, Martin (2009): Handbuch Armut in Österreich, Studienverlag.

<sup>2</sup> SartClim (2009).

<sup>3</sup> Sen, Amartya (2000). Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft.

**Arme haben die schlechtesten Jobs, die niedrigsten Einkommen, die kleinsten und feuchtesten Wohnungen, sie sind in den krankmachendsten Bereichen tätig, wohnen in den schlechtesten Vierteln, gehen in die am geringsten ausgestatteten Schulen, müssen fast überall länger warten – außer beim Tod, der ereilt sie um Jahre früher als Angehörige der höchsten Einkommensschicht.**



märkten, die – mit Schwankungen – insgesamt Zunahme der „manifesten Armut“ sowie der „Armutsdauer“ seit 2004. Und die Anzahl von Menschen, die als einkommensarm, **depriviert** und erwerbsarbeitslos ausgewiesen wird, hat sich verdoppelt.<sup>4</sup> Dabei werden diese Entwicklungen noch unterschätzt, da es sich hier um eine Statistik von Privathaushalten handelt und Notunterkünfte, Heime, Psychiatrien etc. nicht erfasst sind. Eine aktuelle Studie mit BezieherInnen von Sozialhilfe hat auf eindrückliche Weise die schwindende soziale Integrationskraft von Erwerbsarbeit gezeigt.

Der Soziologe Manfred Krenn berichtet von Menschen, die zwischen letztem sozialen Netz und schlechten, desintegrativen Jobs hin- und herpendeln. Da gibt es jedenfalls ordentlich was zu tun, um die Systeme der Armutproduktion auszuheben: leistbares Wohnen, Arbeit, von der man leben kann, Schule, die nicht aussondert, soziale Dienstleistungen, die entlasten und aufhelfen.

## Die zweite Entwicklung

Sozialstaatliche Instrumente können soziale Folgen der Krise bremsen. In Österreich bleiben die Haushaltseinkommen insgesamt stabil. Die Einkommensarmut wird sogar reduziert. Das ist sehr ungewöhnlich im Vergleich zu anderen europäischen Staaten. Ohne Sozialleis-

tungen wären auch mittlere Haushalte massiv unter Druck und stark abstiegsgefährdet. Im Gegensatz zu Deutschland ist die Einkommensmitte in Österreich wesentlich stabiler. Was wir bei der Einkommensmessung aber nicht sehen, sind die Ausgaben. Besonders die Bereiche Wohnen, Energie und Ernährung sind inflationsbedingt am stärksten gestiegen. Das sind genau jene Ausgaben, die bei einkommensärmeren Haushalten den größten Teil des Monatsbudgets ausmachen.

## Und drittens

Es zeigt sich eine äußerst hohe Konzentration der Vermögen ganz oben. Die obersten fünf Prozent besitzen die Hälfte des gesamten Vermögens, die untersten 50 Prozent gemeinsam bloß vier Prozent. Erben ist eine der wichtigsten Vermögensquellen. Die Nationalbank<sup>5</sup> weist darauf hin, dass Besitzer hoher Geldvermögen nur eingeschränkt erfasst werden. Demnach ist die tatsächliche Ungleichverteilung noch viel größer. Hier gibt es keine Mitte: Die Hälfte der Bevölkerung ist „vermögensarm“, der Rest des Vermögens konzentriert sich ganz oben.

Die OECD sagt: „Zunehmende Ungleichheit schwächt die Wirtschaftskraft eines Landes, sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt und schafft politische Instabilität – aber sie ist nicht unausweichlich.“ Die soziale Schere kommt uns allen teuer. Mehr soziale Probleme verursachen volkswirtschaftliche Kosten. Eine höhere Jugendarmutsquote beispielsweise bringt

steigende Sozialausgaben, höhere Gesundheitskosten und entgangene Steuereinnahmen. Geht die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auf, bedeutet das mehr Krankheiten und geringere Lebenserwartung, eine steigende Zahl von Teenager-Schwangerschaften, mehr Statusstress, weniger Vertrauen, zunehmende Gewalt und mehr soziale Ghettos. Dazu gibt es Bücherregale voll empirischer Belege aus der Public-Health-Forschung.

Der Report der Unicef misst mehrere unterschiedliche Aspekte des Wohlergehens von Kindern: Einkommenssituation, Gesundheitszustand, Bildung, Selbstbestimmung. Das Ergebnis: Je größer die Unterschiede zwischen Arm und Reich, desto schlechter die Lebensqualität von Kindern. Der Zusammenhang war in jenem Land am stärksten, in dem die höchste Anzahl der Kinder vorlag, die unter der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens im Land leben. Nicht wie reich wir insgesamt sind, erweist sich als entscheidend, sondern wie stark die Unterschiede zwischen uns sind. Die soziale Schere geht unter die Haut.

Internet:

Mehr Infos unter:

[www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[martin.schenk@diakonie.at](mailto:martin.schenk@diakonie.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>4</sup> Statistik Austria (2012): EU SILC 2010.

<sup>5</sup> OeNB (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010.



# Der Preis des Raumes

*Armut heißt auch, sich nicht Raum ver- oder beschaffen und sich schlechter im Raum bewegen zu können. Eine Spirale mit geringen Möglichkeiten zu entkommen.*

Autor: Martin Haiden  
Freier Journalist

Sie haben sich halbwegs gemütlich eingerichtet – so weit man bei einem Karton und einem alten Schlafsack oder oft nur Jacken als Deckenersatz von Gemütlichkeit reden kann. Doch ein festes Dach über dem Kopf, eine Schlafunterlage und die Gesellschaft Gleicher sowie die Sicherheit, dass man diese Winternacht überleben wird, bedeuten eine große Steigerung ihrer sonstigen Chancen. In der Passage der U-Bahn-Station Karlsplatz trifft sich, wer sonst nirgendwo einen eigenen Platz hat. Obdachlose liegen hier in Gruppen eingemummt, während das Leben derer, die die U-Bahn nicht als Unterkunft, sondern als Verkehrsmittel verwenden, an ihnen vorbeizieht. Oft werden die Nasen gerümpft, viel zu oft werden sie ignoriert, ab und zu gibt es vielleicht ein Fünkchen Mitleid. Doch wer keinen Ort zum Schlafen hat, der ist am untersten Ende der Gesellschaft angekommen und wird auch so behandelt.

## Wohnungsverlust führt in die Armut

Raum zum Schlafen, eine Unterkunft, also Wohnen stellt ein primäres und existenzielles Grundbedürfnis des Menschen dar. Wohnen ist eine Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung von Sozialbeziehungen, der Gesundheit und auch für Erwerbsmöglichkeiten. Geregelter Wohnraum ist für eine normale Lebensführung und in der Regel auch für einen Arbeitsplatz unabdingbar. Wohnungsverlust führt in die untersten Armutsschichten.

Nicht nur, dass ein Dach über dem Kopf Sicherheit, Wärme und Stabilität bietet, verliert man die Wohnung, verliert man auch Nachbarschaftsbeziehungen, wichtige Informations- und Solidaritätssysteme. Die Straße als Heimat hingegen ist ein oft tödliches Pflaster.

Der Großteil der betroffenen Obdachlosen ist in den städtischen Ballungszentren anzutreffen, die Ursachen reichen jedoch häufig in ländliche Regionen zurück. Viele Unterstands- und Obdachlose stammen vom Land, sie flüchten in die Städte. Sowohl die Hoffnung auf bessere Chancen oder einen Neuanfang treiben sie in die Ballungszentren als auch die Flucht vor der Stigmatisierung und sozialen Ausgrenzung: Die Stadt bietet mehr Anonymität.

## Im Klub der Ausgeschlossenen

Ausgegrenzt sind die Obdachlosen jedoch überall, auch in urbanen Räumen. Teile der Bevölkerung finden sich aus allen Funktionssystemen so gut wie ausgeschlossen: keine Arbeit, kein Geld, kein Ausweis, keine Berechtigungen, keine Ausbildung, keine ausreichende medizinische Versorgung, und mit all dem kein Zugang zur Arbeit, kein Zugang zur Wirtschaft, keine Aussicht vor der Polizei oder vor Gericht Recht zu bekommen, wie der Soziologe Niklas Luhmann darlegte. Es handelt sich also um mehrere Exklusionen, die die Ausgeschlossenen immer weiter ins Abseits drängen, so lange, bis sie nur noch als Körper vorkommen, einzig und allein damit beschäftigt, den nächsten Tag zu überstehen. Sie besitzen keinen Raum, sie können nur den öffentlichen

### BUCHTIPP

Markus Schroer  
**Räume, Orte, Grenzen.**

Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raumes.  
Verlag Suhrkamp, 2005,  
256 Seiten, € 14,-  
ISBN 978-3-5182-9361-4



#### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Raum nutzen. Keine hundert Meter entfernt von den Obdachlosen trifft man diejenigen, die sich Raum leisten können. Raum muss man bezahlen. Will man nun eine Suite im Nobelhotel am Ring? Will man einen Logenplatz in der Oper oder reicht einem ein Stehplatz, der schon zum Preis von zwei Leberkäsesemmeln zu haben ist? Geht man zum Würstelstand hinter der Albertina oder ins Sacher? Will man eine Eigentumswohnung mit Dachterrasse im ersten Bezirk? Diesen Raum kann man nur nutzen, wenn man dafür bezahlen kann. Und zwar viel mehr, als man zum Beispiel für eine Eigentumswohnung mit Dachterrasse in Favoriten oder Simmering hinlegen muss. Im Waldviertel kriegt man um diesen Preis vermutlich schon ein zweistöckiges Haus samt Garten.

Der erste Bezirk ist ein teurer Raum, hier kommt es zu einer Akkumulation wohlhabender Menschen mit teuren Bedürfnissen, während sich die Armut woanders konzentriert. Diese territorialen Konzentrationen haben eine Verstär-

**Raum muss man bezahlen. Will man nun eine Suite im Nobelhotel am Ring? Will man einen Logenplatz in der Oper oder reicht einem ein Stehplatz, der schon zum Preis von zwei Leberkäseemeln zu haben ist?**



kungswirkung: schlechtere schulische Ausbildungsmöglichkeiten, mangelnde Integration und damit einhergehende Ausländerfeindlichkeit, Kriminalität, Drogenhandel und -konsum, Vandalismus, aber auch unzureichende Wohnbedingungen durch schlechte Bausubstanz sind Symptome der Konzentration von Armut in spezifischen städtischen Gebieten und ziehen gleichermaßen wieder Arme an, die sich nur diesen Raum leisten können.

### Kulturelles Kapital des guten Lebens

Dem Soziologen **Pierre Bourdieu** zufolge reproduziert sich soziale Ungleichheit immer wieder vor allem durch die kulturellen und sozialen Praktiken. Die Oberschichten haben zur Reproduktion ihres Führungsanspruches dabei nicht nur ein Mehr an ökonomischem Kapital (verfügbares Einkommen und Vermögen), sondern definieren auch die kulturellen und normativen Standards, das kulturelle Kapital, des guten und richtigen Lebens. Dazu gehört zum Beispiel, die Ausbildungsziele für die eigenen Kinder hoch anzusetzen. Wenn zudem die Zahl der Kinder niedrig ist, sinkt das Risiko der Fehlinvestition in einen positiven Entwicklungsverlauf des Kindes. Das führt dazu, dass der Mittelstand spätestens kurz vor der Einschulung des Kindes die Orte der Armut verlässt und die des sozialen Aufstiegs aufsucht, zum Beispiel die grüne Peripherie der Stadt. Dies nennt Bourdieu „Raumprofit“. Man profitiert durch die unmittelbare Nähe zu erwünschten Einrichtungen und Menschen, durch prestigeträchtige Lagen und das Verfügen über

den Raum. Dieses Verfügen über den Raum, der solchen Profit abwirft, hat seinen Preis, gleichzeitig stabilisiert, **diversifiziert** und reproduziert es aber den Reichtum und verschafft Zugang zu neuen Ressourcen.

Ländliche Armut unterscheidet sich aufgrund spezifischer Faktoren, Ursachen und Wirkungsweisen grundlegend von der städtischen Armut. Charakteristisch für die Armutsgefährdung im ländlichen Raum sind Faktoren wie eine unzureichende individuelle Mobilität, Langzeitarbeitslosigkeit, geringe Erwerbschancen, eine ungünstige Wirtschaftsstruktur mit vielen Niedriglohnbranchen, ein schlechtes Angebot an kommunalem Wohnraum, unzureichende, mangelnde bis fehlende Bildungs-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen, fehlende Gleichberechtigung der Frauen, schlechte Infrastruktureinrichtungen und nicht zuletzt die Angst vor Stigmatisierung aufgrund der fehlenden Anonymität.

Im Zeitalter der Globalisierung hat sich die Bedeutung des Dorfes für seine BewohnerInnen gewandelt. Die sozialen Beziehungen erstrecken sich weit über den eigenen Ort hinaus, die lokalen Kontakte spielen nur noch eine begrenzte Rolle innerhalb des persönlichen und sozialen Netzwerkes. Mobilität ist notwendig. Das eigene Auto gewinnt eine zentrale Bedeutung. Über kein Auto zu verfügen, heißt im ländlichen Raum meist von sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur, von Gesundheitsdiensten, Behörden, Arbeitsplatz sowie von Bildungs- und Einkaufsmöglichkeiten abgeschnitten zu sein. Oft kann der Lebensstandard nur durch Erwerbsarbeit

mehrerer Familienmitglieder erreicht bzw. aufrechterhalten werden. Dies bedingt den Besitz mehrerer privater Fahrzeuge pro Haushalt, wobei ein nicht unwesentlicher Teil des Einkommens wieder für die Kosten der Mobilität aufgewendet werden muss. Das Problem resultiert strukturell aus der örtlichen Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz, aus ineffizienten oder nicht auf die Bedürfnisse der BenutzerInnen abgestimmten öffentlichen Verkehrsmitteln oder aus inadäquaten Arbeitszeitregelungen. Wie soll man sich aus der Armut retten, wenn alles Geld, das man verdient, von dem Auto aufgefressen wird, das man benötigt, um als Teilzeit-KassierIn einer großen Supermarktkette in die Stadt zum Arbeiten zu pendeln? Für die Kinder braucht man außerdem während der Arbeitszeit eine Betreuung, die kostet extra.

### Wer mobil ist, hat bessere Chancen

Mobilität ist Potenzial sich im Raum zu bewegen, über Mittel der Fortbewegung zu verfügen, und ist somit ressourcenabhängig. Ein Ticket für den Bus kann man sich bald leisten. Ein Auto ist eine große finanzielle Herausforderung, die Jacht ist ein ganz anderes Kapitel. Wer es sich also leisten kann, ist mobiler, kann sich besser im Raum bewegen und hat bessere Chancen.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[martin.haiden@tele.at](mailto:martin.haiden@tele.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Viele haben wenig, wenige haben viel

*Fast 90 Prozent der Menschen in Österreich sind der Meinung, dass die Ungleichheit bei Einkommens- und Vermögensverteilung zu groß ist.*

**Autorinnen:**

**Christa Schlager und Miriam Rehm**

*Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien*

**E**ine Mehrheit sieht die österreichische Gesellschaft heute als eine „Pyramide“ – viele Menschen unten, wenige an der Spitze. Dabei würde sich eine ebenso große Mehrheit eine breite Mittel- und obere Mittelschicht wünschen. Die Gesellschaft ist ungleicher, als es der Großteil der Menschen für richtig hält (ISSP 2009).

Viel stärker als die Einkommen sind dabei die Vermögen in Österreich ungleich verteilt. Der private Vermögensbesitz ist in den Händen einiger weniger, die untere Hälfte verfügt über nahezu kein Vermögen. Es gibt – im Gegensatz zu den Einkommen – beim Vermögen nur eine schmale Mittelschicht. Das zeigen die Daten aus einer groß angelegten Erhebung, die, koordiniert durch die Europäische Zentralbank, in allen Euro-Staaten durchgeführt wurde. In Österreich wurde sie von der Oesterreichischen Nationalbank 2010 vorgenommen.

## Bruttovermögen privater Haushalte

Das Bruttovermögen der privaten Haushalte ist in Österreich mit etwa 1.063 Mrd. Euro über dreieinhalb Mal so groß wie das Bruttoinlandsprodukt. Im Vergleich zu den Staatsschulden ist das Vermögen privater Haushalte sogar mehr als fünf Mal so groß.

Dieses Vermögen ist aber extrem ungleich verteilt („Die Verteilung des Brut-

tovermögens österreichischer Haushalte“ siehe Seite 28). Die reichsten fünf Prozent aller Haushalte verfügen über 45 Prozent des Bruttovermögens. Knapp 190.000 Haushalte besitzen somit zusammen fast 500 Mrd. Euro, beinahe die Hälfte des gesamten privaten Vermögens. Jeder dieser Haushalte nennt mindestens eine knappe Million Euro sein Eigen, im Durchschnitt sind es beachtliche 2,6 Mio. Euro.

## 15 Prozent vermögende Haushalte

Neben diesen reichsten fünf Prozent gibt es noch 15 Prozent vermögende Haushalte. Das sind Haushalte, deren Vermögen zwischen 330.000 und 980.000 Euro liegt. Diese 15 Prozent vereinen beinahe 30 Prozent des Bruttovermögens auf sich. Somit besitzen die obersten 20 Prozent aller privaten Haushalte Österreichs drei Viertel des gesamten Bruttovermögens.

Die restlichen 80 Prozent der Haushalte teilen sich das verbliebene Vermögensviertel („Die Verteilung des Bruttovermögens österreichischer Haushalte“ siehe Seite 28). Davon entfällt der Löwenanteil des Vermögens auf Haushalte der „oberen Mitte“, die im Durchschnitt über ca. 200.000 Euro verfügen. Sie halten über 20 Prozent des Gesamtvermögens. Für die vermögensärmere Hälfte (50 Prozent) aller privaten Haushalte verbleiben somit weniger als vier Prozent des gesamten Bruttovermögens, rund 40 Mrd. Euro. Im Durchschnitt haben diese Haushalte ein Bruttovermögen von 22.000 Euro. Die untersten 25 Prozent der österreichischen Haus-

## LESE TIPPS

**Andreasch, Michael; Fessler, Pirmin; Mooslechner, Peter; Schürz, Martin (2012):**

Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich, in: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Sozialbericht 2011–2012, S. 249–267.

**Eurostat (2012):**

The taxation of property in the EU, in: Taxation trends in the European Union, S. 45–54.

**Fessler, Pirmin; Mooslechner, Peter; Schürz, Martin (2012):**

Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich, in: Geldpolitik & Wirtschaft (Q3/12), S. 26–67. Online verfügbar unter [tinyurl.com/b9wkndv](http://tinyurl.com/b9wkndv), zuletzt geprüft am 30. Oktober 2012.

**International Social Survey Programme (2009):**

Social Inequality IV. Daten online verfügbar unter [tinyurl.com/a8ar35c](http://tinyurl.com/a8ar35c), zuletzt geprüft am 27. Dezember 2012.

halte halten nur noch ein Vermögen von unter 11.000 Euro.

Die Vermögenskonzentration ist aber aller Wahrscheinlichkeit nach noch extremer als in der Studie dargestellt. Denn bei der Erhebung der Oesterreichischen Nationalbank ist kein einziger Milliardärshaushalt erfasst worden. Vermögende Haushalte lehnen eine Teilnahme an Untersuchungen zu Einkommen und Vermögen häufiger ab, verweigern öfter Antworten und unter-



schätzen ihr Vermögen. So floss kein Vermögen aus Privatstiftungen in die Erhebung mit ein. Die dargestellten Zahlen und Verhältnisse stellen also eine Untergrenze der Ungleichverteilung des Vermögens dar. Bei einer erneuten Erhebung ist es deshalb unbedingt notwendig, so wie international üblich, gezielt mehr vermögensreiche Haushalte zu befragen, um auch die extrem reichen Haushalte zu erfassen.

### Wie viel Vermögen wurde geerbt?

Erbschaften spielen eine wichtige Rolle in der Vermögensverteilung in Österreich. Etwa 15 Prozent aller Haushalte erben ihren Hauptwohnsitz. Bewertet nach dem Gegenwartswert 2010 summieren sich alle Erbschaften auf über 320 Mrd. Euro, also knapp ein Drittel des Gesamtvermögens. („Erbschaften österreichischer Haushalte“ siehe Seite 28)

Insgesamt hatten zum Befragungszeitpunkt 35 Prozent aller Haushalte Vermögen geerbt, vermögensreiche Haushalte erben allerdings wesentlich häufiger. Während von den vermögensärmsten 20 Prozent der Haushalte unter zehn Prozent erben, waren es bei den reichsten 20 Prozent schon fast zwei Drittel. Noch deutlicher wird der Unterschied bei der Höhe der Erbschaften. Für die vermögensärmsten 40 Prozent betrug das Erbe in der Mitte etwas über 14.000 Euro, während sich die mittleren Erbschaften der vermögensreichsten 20 Prozent um 240.000 Euro bewegten.

Es kann nicht präzise festgestellt werden, wie viel Ungleichheit eine Gesellschaft tatsächlich aushält oder als akzeptabel ansieht. Jedoch ist klar, in welche Richtung sich Österreich nach Meinung der Mehrheit der Menschen bewegen sollte: hin zu weniger Ungleichheit.

Eine Vielzahl von Maßnahmen sind hier anzudenken. Auf der steuerlichen Seite besteht besonderer Reformbedarf: Eine Vermögenssteuer auf hohe Vermögen könnte einen Beitrag leisten, das Aufgehen der Schere zwischen Arm und Reich zu bremsen. Die Einführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer mit Freibeträgen und einer Staffelung für nahe Verwandte könnte als Finanzierung der steigenden Kosten der Pflegeleistungen dienen. Unum-

gänglich sind auch eine umgehende Einführung der Finanztransaktionssteuer, die Regulierung des Finanzsektors, die Schließung von Steueroasen und effektive Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und -umgehung.

Zweitens braucht es einen Ausbau des Wohlfahrtsstaats und des Sozialsystems: Diese sind für die Beschränkung der Ungleichheit in Österreich unerlässlich. Zudem haben sie sich beim relativ glimpflichen Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise in Österreich als tragende Säulen der wirtschaftlichen Stabilität erwiesen. Der Zugang aller Bevölkerungsgruppen zum Gesundheits- und Bildungssystem ist essenziell für eine gerechte Verteilung von Lebenschancen. Vor allem bei Kinderbetreuung und Pflege besteht Nachholbedarf.

Drittens braucht es eine gerechtere Verteilung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung: Der fallende Anteil von Arbeitseinkommen am gesamtwirtschaftlichen Einkommen kann nicht alleine durch steuerliche Maßnahmen wettgemacht werden. Es braucht Politiken, die eine Abkehr vom Shareholder-Value begünstigen, wie zum Beispiel niedrigere Ausschüttungen von Dividenden zugunsten von Realinvestitionen und Löhnen.

Dies begünstigt eine stabilere Entwicklung der Wirtschaft, trägt dazu bei, dass der Finanzsektor die ökonomische Entwicklung unterstützt anstatt sie zu dominieren, ermöglicht eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes und schützt die Demokratie vor ungesunder Vermögens- und Machtkonzentration.

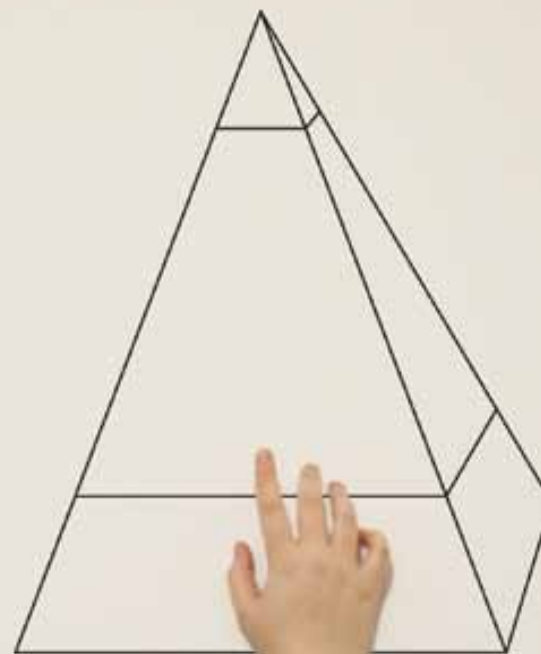
Internet:

Unterlagen zur Haushalts-, Finanz und Konsumerhebung (HFCS):

Österreich:  
[www.hfcs.at](http://www.hfcs.at)

Eurozone:  
[tinyurl.com/bdt3lty](http://tinyurl.com/bdt3lty)

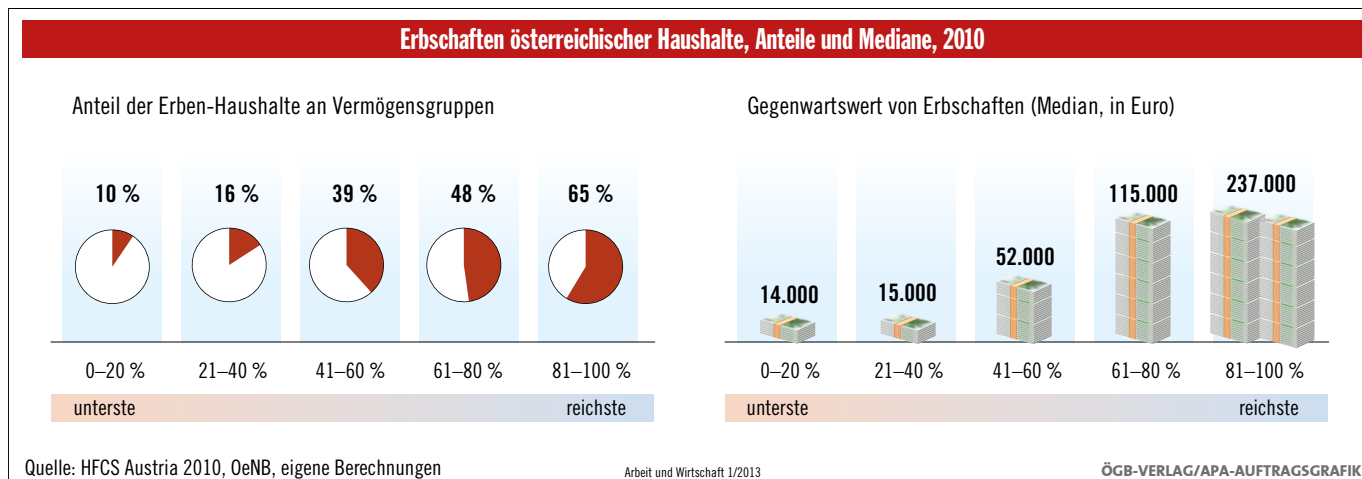
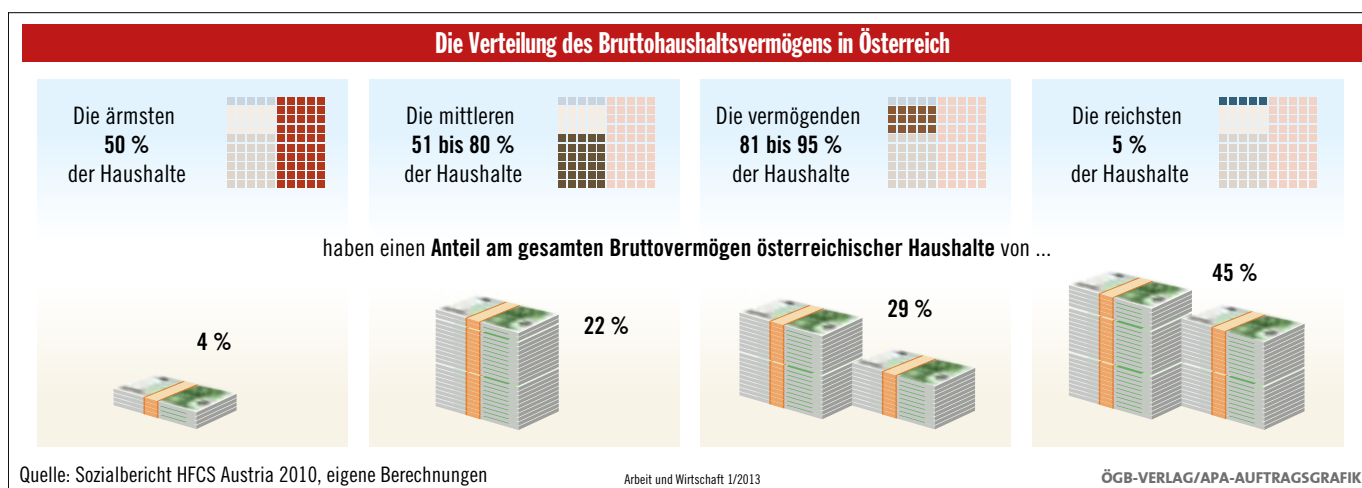
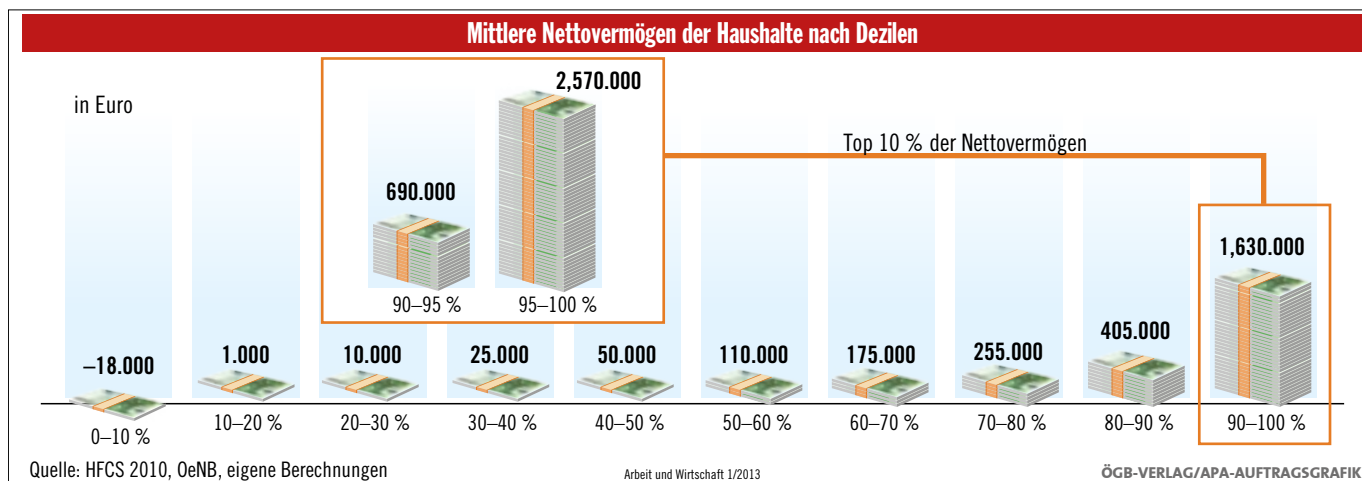
Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorinnen  
[christa.schlager@akwien.at](mailto:christa.schlager@akwien.at)  
[miriam.rehm@akwien.at](mailto:miriam.rehm@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



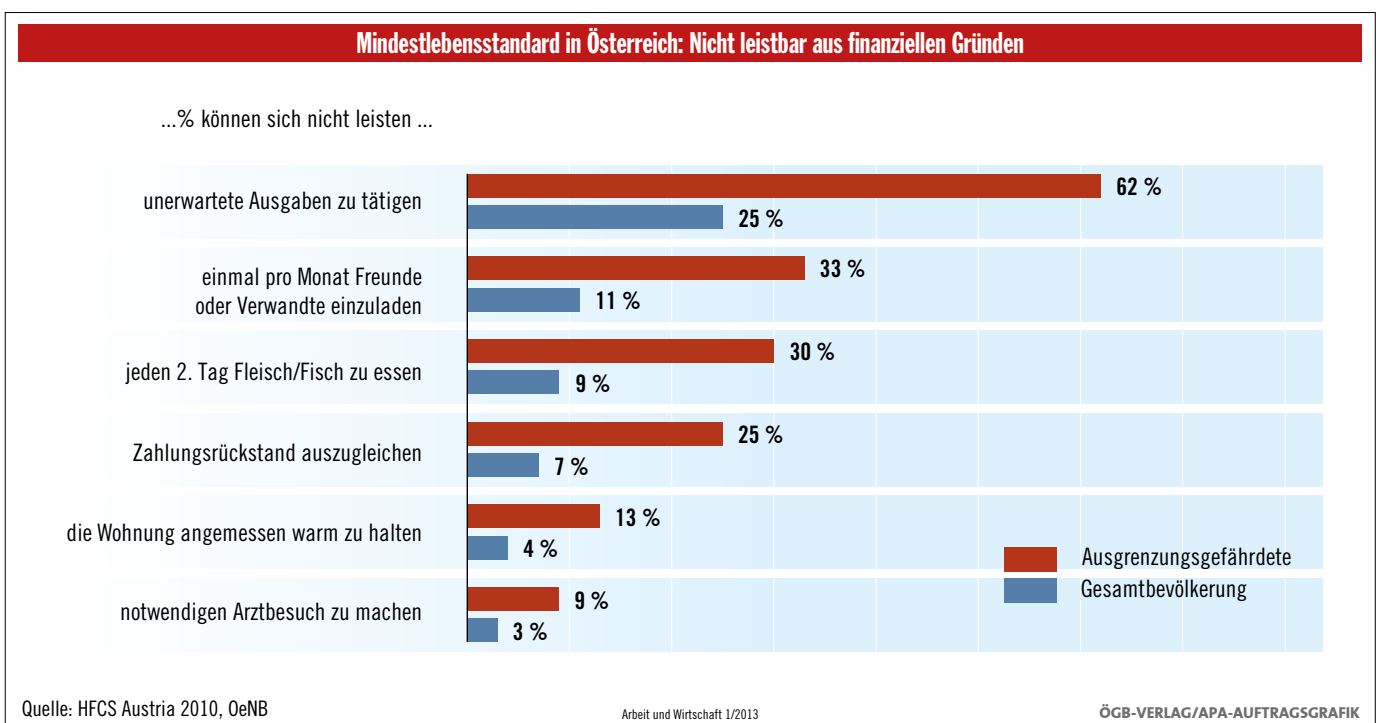
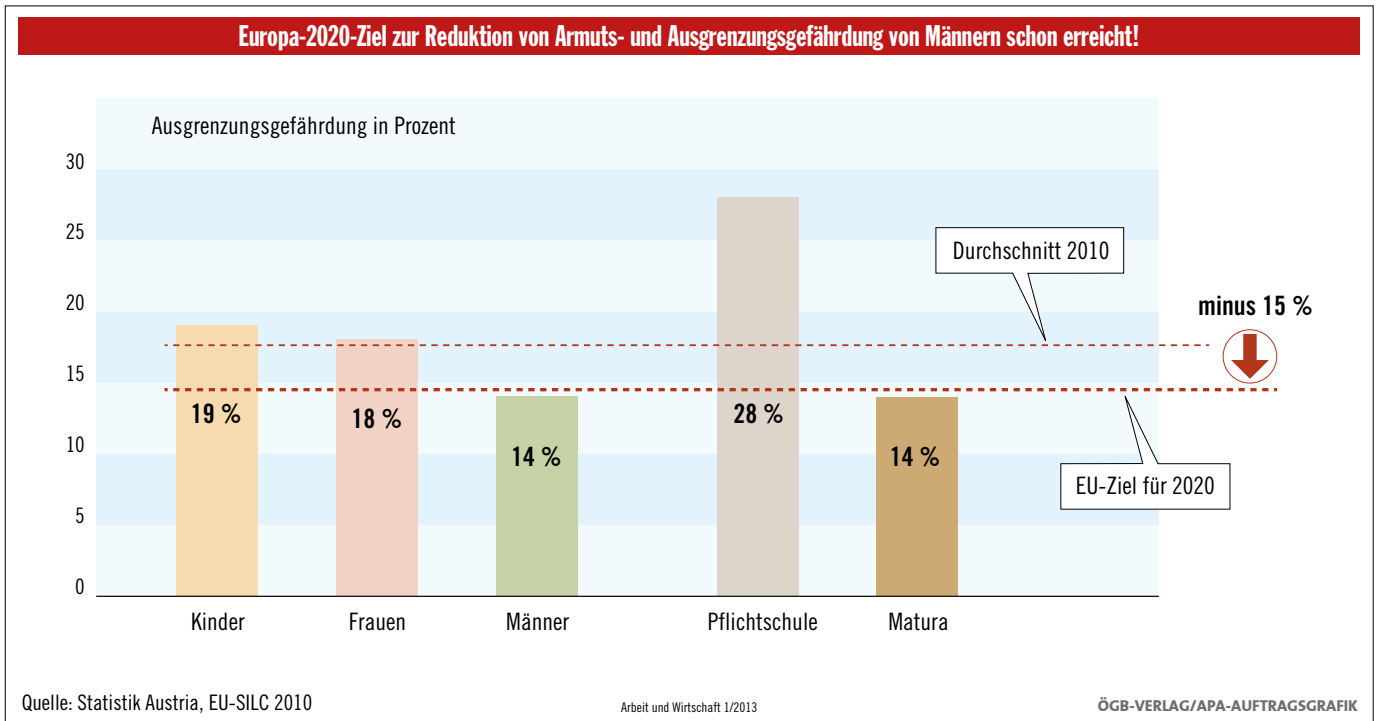
Eine Mehrheit sieht die österreichische Gesellschaft heute als eine „Pyramide“ – viele Menschen unten, wenige an der Spitze.

# Zahlen, Daten, Fakten

*Vermögen sind in Österreich im Vergleich zu Einkommen extrem konzentriert, eine breite Mittelschicht gibt es hier nicht.*



*Selbst innerhalb der reichsten zehn Prozent der Haushalte haben die reicheren fünf Prozent mehr als dreimal so hohe Durchschnittsvermögen wie der Rest. Die obersten fünf Prozent der Haushalte besitzen 45 Prozent des gesamten Vermögens, die unteren 50 Prozent der Haushalte gerade mal vier Prozent. Je reicher die Haushalte, umso eher und umso mehr haben sie bereits geerbt.*





# Ein Salzstangerl am Tag

*Armut in Österreich sieht man erst auf den zweiten oder dritten Blick. Und so vergisst man, dass eine Million Menschen hierzulande armutsgefährdet ist.*

Autorin: Anni Bürkl  
Freie Journalistin

**S**penden Sie für Afrika, dort sind die Menschen ärmer. In Österreich geht es den Menschen eh gut. Das Land ist schließlich eines der reichsten der Welt, nach BIP im Jahr 2012 zum Beispiel das zwölftreichste. Da müssen Sie doch bitteschön genug zum Leben haben und können ein wenig davon abgeben. Wie, nein? Sie haben kein Geld übrig? Was machen Sie bloß falsch?

So oder so ähnlich geht es Menschen hierzulande, wenn sie arm sind. Viele können nicht glauben, dass jemand in Österreich zu wenig Geld zum Leben und Überleben hat. Doch die Armut ist mitten unter uns.

## Mangel an Teilhabechancen

Verena Fabris, Sozialexpertin der Volkshilfe: „Armut ist oft nicht sichtbar. Menschen, die auf der Straße betteln oder auf Parkbänken schlafen, sind nur die Spitze des Eisbergs.“ Schließlich heiÙe arm zu sein mehr als kein Geld zu haben. Arm zu sein bedeutet, in schlechteren Wohnungen zu wohnen, schlechtere Bildungschancen zu haben, öfter krank zu sein, früher zu sterben. Arm zu sein bedeutet in einer reichen Gesellschaft einen Mangel an Teilhabechancen: FreundInnen nicht nach Hause einladen zu können, nicht auf Urlaub fahren zu können, nicht am kulturellen Leben teilnehmen zu können. Rund eine Million Menschen sind in Österreich armutsgefährdet.

Von manifester Armut spricht die Statistik, wenn geringes Einkommen

mit Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen verbunden ist. Die Einkommensarmutsgrenze wird mit jeweils 60 Prozent des mittleren Pro-Kopf-Haushaltseinkommens definiert, das sind in Österreich derzeit (Stand 2012: EU-SILC 2010) 1.031 Euro für einen Einpersonenhaushalt. In Wien betrifft dies 304.000 Personen oder 18,2 Prozent. Der Nachbar geht morgens aus dem Haus, arbeitet, ist abends müde – und am Ende des Monats reicht sein Geld trotzdem nicht für Miete, Essen und Heizung. Seine Armut ist nicht von außen erkennbar. Die Freundin will mit ihrem Kind lieber zu Hause bleiben statt ins Café zu gehen. Dass sie sich den Caffè Latte in einem Lokal nicht leisten kann, bleibt außen vor. Armut wird versteckt. Job verloren, Arbeitslosengeld – passt, meinen viele, die noch nie in der Situation waren. Dass die staatliche Unterstützung bei steigenden Mieten nicht reicht, wer weiß das schon? Arm kann auch sein, wer zuvor einen guten Job hatte. Die heutigen Armen malen keine Kunstwerke aufs Straßenpflaster. Das Betteln wird heute oft mit „Banden“ aus osteuropäischen Ländern gleichgesetzt. Arm sind – angeblich – Leute anderswo.

## Flohmarkt statt Boutique

Prekäre JobberInnen sind auf den ersten Blick korrekt gekleidet. Hackler in Feinripp und Mundl-Typen sind eher passé. Die Kleidung stammt aus einem Billigladen oder von Flohmärkten. Sie wird getragen, bis sie nicht mehr tragbar ist. Wer genauer hinschaut, sieht trotzdem: der Mantel ist abgewetzt, der Pulli immer

derselbe. Das Brillengestell wackelt, kann aber nicht ersetzt werden. Das Handy ist alt, geht es kaputt, geht sich kein neues aus. Gerade ein Jugendlicher ist so schnell „out“. Beispiel verdeckte Obdachlosigkeit: jemand verliert seine Wohnung, landet aber nicht auf der Straße, sondern schlüpft bei Verwandten oder Bekannten unter – und zählt nicht zur Statistik.

Für die Statistik Austria heißt akute Armut: Beengende, dunkle, feuchte Wohnverhältnisse, nicht ausreichend geheizte Wohnungen. Unerwartete Ausgaben wie für die Reparatur eines kaputten Kühlschranks, Nachzahlungen durch steigende Energiepreise können nicht geleistet werden. Es kommt zu Rückstand bei Zahlungen. Gesundheitsausgaben wie Arztrechnungen, Pflegekosten sind zu teuer. Man ist isoliert, da kein Geld für Freizeitaktivitäten, Mitgliedsbeiträge von Vereinen oder Urlaub vorhanden ist, und hat einen schlechteren Zugang zu Bildung.

## Armutsrisiko

Besonders leicht ereilt die Armut erwerbslose Menschen, alleinerziehende Elternteile oder Zugewanderte. Auch wer einen schlecht bezahlten und unsicheren Job hat, ist besonders armutsgefährdet. Das Risiko, durch soziale Netze zu fallen, ist gestiegen, so die Armutskonferenz: Immer breitere Bevölkerungsschichten leben in instabilen und unsicheren Verhältnissen. Frauen sind stärker von Armut betroffen. Ein Viertel aller Armen sind Kinder, Jugendliche oder von ihren Eltern abhängige unter 26-Jährige. Es gibt in Österreich Kinder, die hungern.

**Arm kann auch sein, wer zuvor einen guten Job hatte. Die heutigen Armen malen keine Kunstwerke aufs Straßenpflaster. Betteln wird meist mit „Banden“ aus osteuropäischen Ländern gleichgesetzt. Arm sind – angeblich – Leute anderswo.**



Kinder, die über den Tag verteilt ein Salzstangerl essen. Hört man so eine Geschichte, ist es fast nicht verständlich. Verena Fabris: „In die Armut abzurutschen geht schneller als man denkt: Jobverlust, Scheidung oder Krankheit sind Gründe dafür. Ältere allein lebende Frauen, MigrantInnen und AlleinerzieherInnen sind besonders von Armut betroffen.“ Ein Bruch in der eigenen Biografie – plötzlich geht nicht mehr, was sich davor gerade mal so ausging.

## Armut ist still

Betroffene reden nicht gern darüber, dass sie kein Geld haben. Sie schämen sich ihrer Armut, auch, weil sie mit Vorurteilen konfrontiert und unter Druck gesetzt werden. Die Aussage, dass jeder, der einen Job sucht, auch einen findet, hält sich fälschlicherweise immer noch. Dazu kommt der Vorwurf des Sozialschmarotertums.

Laut Armutskonferenz beruhen Wirtshausparolen vom angeblichen Sozialmissbrauch aber auf Vorurteilen und können nicht durch Studien bestätigt werden. Einzelfälle kann es immer geben, die wichtigere Frage sei jedoch, welche Absicht hinter dem scheinbaren Missbrauch steckt. Will sich jemand mit Notstandshilfe tatsächlich bereichern? Oder eher mit prekären Zusatzjobs ein Einkommen zu erzielen, das zum Leben reicht? Schließlich gibt es in Österreich kein Mindest-Arbeitslosengeld, die Höhe von Sozialleistungen wird ohne Bedachtnahme auf die realen Kosten des täglichen Lebens festgesetzt.

Das stellt auch Bernhard Litschauer-Hofer vom Wiener Armutsnetzwerk fest: „Festgehalten werden kann, dass die Entwicklung der Lohneinkommen nicht mit den Preissteigerungen mithalten kann.“ Bemerkbar macht sich Armut auch durch die gestiegenen Zahlen jener, die öffentliche Unterstützung (Bedarfsorientierte Mindestsicherung, BMS) in Anspruch nehmen.

Zudem ist nicht unbedingt der am wenigsten von Armut bedroht, der – bezahlt oder unbezahlt – am schwersten arbeitet. Weltweit haben die ärmsten fünf Prozent in den vergangenen Jahren 25 Prozent ihres Einkommens verloren, während die reichsten fünf Prozent sogar zwölf Prozent dazugewonnen haben. 2,7 Milliarden in Armut lebende Menschen müssen sich genau so viel Einkommen teilen wie die 50.000 Reichsten. (Quellen: Sozialbericht, OENB und OECD, via Armutskonferenz)

## Was tun gegen „neue“ Armut?

Verena Fabris: „Armut ist oft nicht auf den ersten Blick sichtbar. Vor allem Bildungsinstitutionen und soziale Einrichtungen sind hier gefragt genau hinzuschauen.“ Erwerbsarbeit zu haben ist ein wirksames Mittel gegen Armut, doch längst nicht mehr das einzige. Immer mehr Menschen können trotz Erwerbsarbeit von ihrem Einkommen nicht leben. Daneben sind aus Fabris' Sicht folgende Maßnahmen wichtig: Eine monetäre Mindestsicherung, die zum Leben reicht, flächendeckende soziale Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Gesundheitsvorsorge und ein Bildungssystem,

das sozialer Ungleichheit entgegenwirkt.

Die Bekämpfung von Armut ist letztlich eine Frage der gerechteren Verteilung von Einkommen und Reichtum. Fabris: „Eine Umverteilung durch Einführung von vermögensbezogenen Steuern ist aus Sicht der Volkshilfe unbedingt notwendig.“ Wichtig ist auch, bei Maßnahmen gegen Armut die Armutbetroffenen selbst in die Entwicklung und Umsetzung einzubeziehen.

## Mit Betroffenen auf Augenhöhe

Was kann die bzw. der Einzelne tun? Fabris: „Zunächst einmal geht es darum, Armutbetroffenen mit Respekt zu begegnen, auf Augenhöhe mit den Menschen zu sprechen, sie nicht schon vorher zu verurteilen. Ein weiterer Schritt ist hinzuschauen: Gibt es in meiner Umgebung Armut? Gibt es Menschen, die Hilfe brauchen, aber sie vielleicht nicht in Anspruch nehmen? Hier kann man an entsprechende Institutionen weitervermitteln. Natürlich gibt es auch die Möglichkeit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Auch Spenden an eine soziale Organisation sind ein wertvoller Beitrag.“

Internet:

Armutskonferenz, u. a. Broschüre  
„Was heißt hier arm?“:  
[www.armut.at](http://www.armut.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[anni.buerkl@texteundtee.at](mailto:anni.buerkl@texteundtee.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Armut, Reichtum und Gesundheit

*„Lieber reich und gesund als arm und krank“, sagt der Volksmund.  
Wie sich Armut und Reichtum letztendlich auf die Gesundheit auswirken.*

**Autor: Wilfried Leisch**

*Freier Journalist und Publizist in Wien*

**A**rm ist, wer aus finanziellen Gründen nicht mehr am Alltagsleben teilnehmen kann. Die „Armutskonferenz“ nennt einige Faktoren, die das Risiko erhöhen, arm zu werden: keine oder atypische Arbeit, Geschlecht, Familiensituation und/oder Staatsbürgerschaft. Atypische Erwerbsformen oder prekäre Arbeitsverhältnisse wie geringfügige Beschäftigung, neue Selbstständigkeit (Ich-AGs), freie Dienstverträge oder auch „nur“ Teilzeitbeschäftigung führen in die Armutsfalle. Schon 31 Prozent oder 1,1 Mio. aller Erwerbstätigen Österreichs (!), davon 800.000 Frauen, arbeiten in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen. Sie sind schon jetzt trotz Arbeit arm oder armutsgefährdet (Working Poor) und noch mehr von Altersarmut bedroht.

## Reichlich arm

Als armutsgefährdet gelten Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen. Die in der europäischen Sozialberichterstattung verwendete Armutgefährdungsschwelle liegt bei 60 Prozent des Medians des äquivalisierten Jahresnettoeinkommens (= bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) und beträgt laut EU-SILC (Statistics on income, social inclusion and living conditions) 2010 in Österreich 1.031 Euro pro Monat (zwölf Mal im Jahr) für einen Einpersonenhaushalt. Zum Vergleich: Die „bedarforientierte“ Mindestsicherung von derzeit 794,91 Euro für Alleinstehende liegt weit darunter. In Österreich sind zwölf Prozent der Bevölkerung oder über

eine Million Menschen armutsgefährdet. 511.000 Menschen sind absolut arm, das heißt, dass die Lebensführung zumindest in zwei der folgenden Dimensionen eingeschränkt ist: die Wohnung angemessen warm zu halten, regelmäßige Zahlungen in den letzten zwölf Monaten rechtzeitig zu begleichen (z. B. Miete), notwendige (zahn-)ärztliche Behandlung in Anspruch zu nehmen, unerwartete Ausgaben bis zu 900 Euro zu finanzieren, neue Kleidung zu kaufen.<sup>1</sup>

Von 1998 bis 2011 hat laut Einkommensbericht 2012 des Rechnungshofes das unterste Zehntel der ArbeiterInnen 40 Prozent an Kaufkraft verloren.<sup>2</sup> Rund 40 Prozent der Lohnsteuerpflichtigen haben so geringe Einkommen, dass sie die Einkommenssteuergrenze von 1.110 Euro pro Monat gar nicht überschreiten. Trotzdem zahlen sie genauso Sozialversicherungsbeiträge und Massensteuern wie Umsatz-, Verbrauchs- (Tabak, Alkohol, Mineralöl) und Verkehrssteuern (z. B. Maut, Vignette) wie SpitzenverdienerInnen und Vermögende. Apropos Vermögende: In Österreich besitzen nur zehn Prozent 68 Prozent des Vermögens, das sind 1 Billion oder 1.000 Mrd. Euro, und 90 Prozent verfügen über nur etwas mehr als 30 Prozent des Vermögens!<sup>3</sup>

13 Prozent der Armen geht es gesundheitlich sehr schlecht – von jenen mit hohem Einkommen klagen hingegen nur zwei Prozent über einen schlechten Gesundheitszustand. Zudem: Arme sind doppelt so oft krank, Männer mit geringem Einkommen und geringer Bildung sterben sogar zehn Jahre früher als wohlhabende, gebildete Männer.<sup>4</sup> In Wien etwa ist die Lebenserwartung von Män-

nern in Arbeiterbezirken wie Favoriten, Simmering oder Brigittenau um 3,5 bis 4,5 Jahre niedriger als in den Nobelbezirken Innere Stadt oder Döbling.<sup>5</sup>

## Wer reich ist, lebt länger

Es besteht ein Zusammenhang zwischen gesundheitlichem Zustand und sozialer Lage. Die Kluft wird größer, je mehr die ökonomische Ungleichheit zunimmt. Ausreichendes Einkommen, Bildung, Wohnverhältnisse und Umwelt bzw. der Abbau von sozialen Ungleichheiten sind zentrale Voraussetzungen für Gesundheit. „Der Zusammenhang zwischen gesundheitlichem Zustand und sozialem Status von Menschen lässt sich in allen untersuchten Ländern der westlichen Welt in den verschiedensten Zeiträumen nachweisen. Vom Anstieg der Lebenserwartung haben vor allem die Bessergestellten profitiert“, so der Sozialmediziner Wolfgang Freidl von der Universität Graz. Armut erzeugt Dauerdruck und wirkt auf Psyche und Körper: Bei den häufigsten Todesursachen wie Krebs, Herzinfarkt, Atemwegserkrankungen oder Unfall lässt sich der Faktor Armut ebenso ablesen wie bei chronischen Leiden.<sup>6</sup>

Die Bedeutung von „mehr Eigenverantwortung“, dass jeder nicht nur in Schule, Lehre oder Beruf, Freizeit, son-

<sup>1</sup> BMASK: Armut- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010, Statistik Austria, Wien 2011.

<sup>2</sup> Rechnungshof: Einkommensbericht 2012.

<sup>3</sup> [www.pro-vermoegenssteuer.at](http://www.pro-vermoegenssteuer.at)

<sup>4</sup> [www.forumgesundheits.at](http://www.forumgesundheits.at), Statistik Austria, EU-SILC Erhebungen 2007.

<sup>5</sup> Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, BMSG 2002.

<sup>6</sup> zit. nach Fritz Kalteis: Ungleich bis in den Tod – Armut macht krank. [www.forumgesundheits.at](http://www.forumgesundheits.at), ÖÖGKK.





**Armut erzeugt Dauerdruck und wirkt auf Psyche und Körper: Bei den häufigsten Todesursachen wie Krebs, Herzinfarkt, Atemwegserkrankungen oder Unfall lässt sich der Faktor Armut ebenso ablesen wie bei chronischen Leiden.**

dern auch bei seinem persönlichen Gesundheitszustand „seines eigenen Glückes Schmied“ sei, wird zunehmend propagiert. Zuletzt fuhr die Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft (SVA) unter diesem Motto eine breit angelegte Kampagne, nachdem viele, insbesondere in der SVA versicherte „Ich-AGs“, den 20-prozentigen Selbstbehalt kritisiert hatten. Zuckerl: Wer mit seinem Arzt ein persönliches „Gesundheitsziel“ vereinbare und einhalte (wer kann das kontrollieren?), könne sich zehn Prozent Selbstbehalt sparen. Abgesehen davon, dass diese Vorgangsweise der SVA erspart, die Selbstbehalte überhaupt abzuschaffen, Gesunde bestraft und MedizinerInnen ein Geschäft zuschanzt, ändert dies nichts an der grundlegenden Problematik.

Laut WHO sind nämlich die „Lebensbedingungen (...) das Ergebnis von sozialen und ökonomischen Umständen und der physikalischen Umwelt – die alle einen Einfluss auf die Gesundheit haben können –, und sie liegen größtenteils außerhalb der direkten Kontrolle des Einzelnen.“<sup>7</sup>

Aber nicht nur bei Gewerbetreibenden oder Beamten, auch im Bereich des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG – Arbeiter, Angestellte, freie Dienstnehmer) gibt es eine Reihe von Selbstbehalten (Rezept-, E-Card- und Ambulanzgebühr, Kostenbeiträge bei Spitalsaufenthalt, Selbstbehalte bei Zahnarzt und bei Heilbehelfen). Der gesamte Anteil der Selbstbeteiligungen der privaten Haushalte an den Gesundheitsausgaben beträgt rund 30 Prozent. Damit liegt Österreich über den EU-Schnitt von rund 25 Prozent.<sup>8</sup>

Was bedeutet das? Da rund 80 Prozent der Gesundheitsleistungen von ca. 20 Prozent der Bevölkerung benötigt werden, meist von ärmeren, schwer kranken Menschen mit niedrigem Einkommen, bedeuten (weitere) Selbstbehalte enorme Belastungen für die Kranken. Denn Selbstbehalte haben für Arme und untere Einkommenschichten einen negativen Verteilungseffekt. Durch den Zusammenhang von Einkommen und Gesundheitsrisiko – je mehr Einkommen, desto mehr soziale Absicherung, desto gesünder – brauchen Reiche nicht nur weniger Gesundheitsleistungen, sondern diese sind im Fall des Falles via fixe Selbstbehalte bzw. Begrenzung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Höchstbemessungsgrundlage für Reiche im Verhältnis zum jeweiligen Einkommen auch billiger.<sup>9</sup>

zierten Schulden. Allerdings mit der Auflage, bis 2013 weitere 1,7 Mrd. Euro einzusparen.<sup>10</sup>

## Neue Belastungen sind zu erwarten

Ende 2012 hatten die Kassen die Einsparungen mit 2,4 Mrd. Euro übererfüllt und waren im Plus. Trotzdem soll weiter „gespart“ werden – mit der jüngst beschlossenen „Gesundheitsreform“, die 2014 in Kraft treten soll. Um 11 Mrd. Euro sollen die öffentlichen Gesundheitsausgaben, also das Budget, bis 2020 entlastet werden.<sup>11</sup> Sparen bei der Gesundheit wegen des „Stabilisierungspaktes 2012“ der Regierung (= Schuldenabbau über die Bevölkerung als Folge der durch die Finanzmarktkrise auch in Österreich geschnürten „Bankenrettungspakete“)? Es ist zu erwarten, dass auch für die Masse der Sozialversicherten neue Belastungen anfallen, die wiederum Arme wesentlich stärker als Besser- und Bestverdienende bzw. Vermögende treffen.

Internet:

Mehr Infos unter:  
[www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at)  
[www.statistik.at](http://www.statistik.at)  
[www.forumgesundheit.at](http://www.forumgesundheit.at)  
[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)  
[www.bmask.gv.at](http://www.bmask.gv.at)  
[www.sozialversicherung.at](http://www.sozialversicherung.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[w.leisch@aon.at](mailto:w.leisch@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

## Gesunde Reformen?

Durch Regierungsmaßnahmen wurden den Kassen in den 2000er-Jahren jährlich ca. 800 Mio. Euro entzogen. Im „Kassenpaket“ 2009 erhielten die Kassen einmalig 550 Mio. Euro zum Abbau der davor durch Aushungerung der Kassen provo-

<sup>7</sup> WHO: Gesundheit21. Das Rahmenkonzept „Gesundheit für alle“ für die Europäische Region der WHO, 1999.

<sup>8</sup> ÖBIG: Selbstbeteiligungen. Internationaler Vergleich und Implikationen für Österreich, 2003.

<sup>9</sup> Vgl. Ziniel G.: Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen, ein gescheitertes Experiment?, Soziale Sicherheit 2003; Alfred Wurzer: Effekte von Selbstbehalten in solidarischen Krankenkassen. WISO 32. Jg. (2009), Nr. 2, [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).

<sup>10</sup> BM für Gesundheit, Sanierungskonzept des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, 14. September 2009.

<sup>11</sup> Hauptverband der Sozialversicherungsträger, PA 31. Dezember 2012.

# Der Papa wird's schon richten

*Auch ohne Studiengebühren können sich nach wie vor eher Kinder aus begüterten Haushalten ein Studium in Österreich leisten.*

**Autorin: Petra Völkerer**

*Bildungsökonomin der AK Wien*

**W**issenschaftsminister Karlheinz Töchterle war im Frühling 2012 Gast im WIFO-Ökonomenclub, wo eine von seinem Haus in Auftrag gegebene Studie zum Thema Studiengebühren vorgestellt wurde. Für den Minister waren flächendeckende Gebühren nicht nur vorstellbar, sondern auch ratsam, da diese seiner Meinung nach das „Commitment“, die Verbindlichkeit bzw. den Einsatz für das Studium stark erhöhen würden. Den Einwurf aus dem Publikum, dass laut „Studierenden-Sozialerhebung“ etwa 60 Prozent der Studierenden im Durchschnitt 20 Stunden pro Woche arbeiten müssten, um sich ihr Studium finanzieren zu können, und dass mehr Zeit fürs Studium das „Commitment“ wohl wesentlich mehr erhöhe als zusätzliche Belastungen, ließ Töchterle unbeantwortet. Umso interessanter erscheint es, einen genaueren Blick auf eben jene Studie zu werfen, die, obwohl vom eigenen Haus beauftragt, dem Minister ein Dorn in seiner Argumentation sein dürfte.

## 44.000 Studierende online befragt

Für die Studierenden-Sozialerhebung wurden im Sommersemester 2011 mehr als 44.000 Studierende an allen öffentlichen Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen vom Institut für Höhere Studien (IHS) online befragt. Diese Erhebung umfasste unterschiedlichste Bereiche des Studierendenalltags, von Studienmotiven und -wahl

über Erwerbstätigkeit unter Studierenden und deren finanzielle Schwierigkeiten bis hin zu Studieren mit Kind.

Für die Fragestellung „Wer kann wie in Österreich studieren und mit wie viel Einsatz?“ finden sich also viele Antworten auf den über 1.000 Seiten der Erhebung. Einige wenige sollen hier nun genauer beleuchtet werden.

## Soziale Herkunft entscheidend

Die Schulbildung der Eltern sowie deren soziale und ökonomische Situation sind in Österreich stark für Bildungswegentscheidungen der Kinder verantwortlich und somit auch dafür, ob ein Studium aufgenommen wird und welches. Die soziale Herkunft hat massive Auswirkungen auf die persönlichen Rahmenbedingungen und vor allem auf die finanziellen Möglichkeiten, unter denen ein Studium stattfinden kann.

Ein Viertel der inländischen StudienanfängerInnen an Unis und Fachhochschulen stammt aus AkademikerInnenhaushalten. Die Studierwahrscheinlichkeit für Kinder aus sogenannten „bildungsnahen“ Familien ist also zweieinhalbmal höher als für solche aus sogenannten „bildungsfernen“ Familien, bei denen weder Vater noch Mutter Matura haben. Der Faktor ist seit Anfang der 1990er-Jahre zwar deutlich gesunken – damals war die Wahrscheinlichkeit sogar viermal so hoch –, allerdings lässt sich die Annäherung hauptsächlich durch die Ausweitung des Fachhochschulsektors erklären, dessen soziale Zusammensetzung ausgeglichener ist als jene an den Universitäten: Studierende

mit Vätern mit mindestens Matura sind an FHs um den Faktor zwei, an Universitäten um den Faktor drei gegenüber der Gesamtbevölkerung überrepräsentiert. Auch im Vergleich mit anderen europäischen Staaten sind in Österreich Studierende aus bildungsnahen Schichten unverhältnismäßig stark vertreten.

Erstmals wurden auch Rekrutierungsquoten nach beruflicher Stellung der Eltern berechnet. Es zeigt sich, dass besonders beim Beruf des Vaters starke Unterschiede vorliegen. Die Quoten von Studierenden, deren Väter Beamte, Angestellte oder Selbstständige sind, belaufen sich auf etwa vier StudienanfängerInnen pro 100 Väter, jene von Arbeitern auf lediglich einen/eine AnfängerIn je 100 Väter – Landwirte schlagen mit einer Quote von zwei von 100 zu Buche. Diese Struktur findet sich sowohl an wissenschaftlichen Universitäten als auch an FHs. Nur Kinder von Landwirten erreichen dort eine ähnlich hohe Quote wie jene von Angestellten, Beamten etc. Besonders alarmierend ist die Unterrepräsentanz von Kindern Erwerbsloser (etwa 0,3:100).

## Studium und Job vereinbaren

Über 60 Prozent der Studierenden arbeiten während des Semesters, Männer mit 21 Stunden durchschnittlich etwas mehr als Frauen (18 Stunden), wobei es große Unterschiede nach Studienfach gibt. So arbeiten z. B. „nur“ die Hälfte der MedizinerInnen in einem durchschnittlichen Ausmaß von 12 Stunden, wohingegen 68 Prozent der JuristInnen auf ein durchschnittliches Stundenaus-

**Die Schulbildung der Eltern sowie deren soziale und ökonomische Situation sind in Österreich stark für Bildungswegentscheidungen der Kinder verantwortlich und somit auch dafür, ob ein Studium aufgenommen wird und welches.**

maß von 24 Stunden kommen. Besonders markant sind die Unterschiede, wenn es um die finanzielle Notwendigkeit als Motiv für die Erwerbstätigkeit geht: Je jünger und je höher die Schicht, desto weniger häufig besteht die Notwendigkeit zu jobben. So gibt nicht einmal die Hälfte der 20-jährigen Studierenden aus hoher Schicht an, arbeiten zu müssen, wohingegen dies bei über drei Viertel der Studierenden aus niedriger Schicht der Fall ist. Mit zunehmendem Alter wird mehr gearbeitet: Die Quote der Erwerbstätigen beläuft sich bei den 28-Jährigen auf etwa 90 Prozent.

## 28 Minuten weniger Studierzeit

Etwa ein Fünftel aller Studierenden sieht sich als in erster Linie erwerbstätig an, etwa die Hälfte studiert zwar hauptsächlich, arbeitet aber daneben. Lediglich ein Drittel ist zum Erhebungszeitpunkt (noch) nicht erwerbstätig.

Die StudienautorInnen errechnen, dass jede Erwerbstunde die Zeit, die für das Studium aufgewendet wird, um durchschnittlich 28 Minuten reduziert: Bis zu zehn Stunden Erwerbstätigkeit pro Woche lassen sich ohne größere Probleme mit einem Vollzeitstudium vereinbaren, danach beginnen die Schwierigkeiten. Circa 60.000 Studierende haben Vereinbarkeitsprobleme. Je älter also die Studierenden sind, je mehr sie nebenher arbeiten und je niedriger ihre soziale Schicht, desto länger dauert das Studium. Umso wichtiger erscheint ein funktionierendes Stipendiensystem.

Die Zahl der StipendienbezieherInnen sank in den letzten Jahren konti-

nuierlich, obwohl die Studierendenzahlen stark gestiegen sind. Nur knapp 40.000 der über 300.000 Studierenden bekommen überhaupt eine Beihilfe. Vor allem die „normale“ – elternabhängige – Studienbeihilfe ist seit 2009 von 18 Prozent auf 14 Prozent zurückgegangen, nur sieben Prozent bekommen ein vom Elterneinkommen unabhängiges sogenanntes SelbsterhalterInnen-Stipendium und gar nur jede/r 500. ein Studienabschluss-Stipendium. Das heißt: Knapp vier Fünftel aller „BildungsinländerInnen“ (das sind Studierende, die ihre Hochschulberechtigung in Österreich erworben haben) bekommen gar keine Studienbeihilfe!

Das liegt vor allem daran, dass es mehr internationale und mehr ältere Studierende gibt, sowie an der „kalten Progression“: Die Fördersätze und Grenzwerte sind bei nicht zu vernachlässigenden Inflationsraten seit 2007 nicht angehoben worden.

## Kaum Ausgleich durch Beihilfe

Die durchschnittliche „normale“ Studienbeihilfe beträgt 272 Euro/Monat, liegt also deutlich unter der Höchststudienbeihilfe (674 Euro/Monat). Daher kann die Studienförderung die geringeren familiären Zuwendungen an Studierende aus niedrigeren Schichten nicht zur Gänze ausgleichen. Diese haben deshalb öfter finanzielle Schwierigkeiten als jene aus hoher Schicht (33 Prozent vs. 19 Prozent).

Auch bei den BeihilfenbezieherInnen gibt es Probleme, vor allem bei den BezieherInnen von SelbsterhalterInnen-

und Studienabschluss-Stipendien, wegen der eingeschränkten Erwerbstätigkeit (infolge der eher niedrigen Zuverdienstgrenze von 8.000 Euro).

Die Studierenden-Sozialerhebung konstatiert daher einen eindeutigen Zusammenhang zwischen sozialer Schichtzugehörigkeit, finanzieller Ausstattung und erfolgreichem Studienabschluss.

## Reformbedarf bei Stipendien

Alles in allem zeigt sich, dass die finanzielle Unterstützung der Eltern eine, wenn nicht die wesentliche Komponente ist, wenn es darum geht, ob jemand in Österreich studiert und ob er oder sie dieses Studium auch positiv abschließen wird. Das Gesamtbild, das die Studierenden-Sozialerhebung zeichnet, zeigt den dringenden Reformbedarf im Stipendien-Förderwesen, vor allem bei den Alters- und Zuverdienstgrenzen.

Und es belegt weiters, dass die (Wieder-)Einführung von Studiengebühren nicht der Weisheit letzter Schluss ist, wenn es darum geht, das „Commitment“ beim Studieren zu erhöhen ...

Internet:

Studierenden-Sozialerhebung:  
[www.sozialerhebung.at/Ergebnisse](http://www.sozialerhebung.at/Ergebnisse)

WIFO-Studie Hochschulen 2025:  
[tinyurl.com/aw7zf6j](http://tinyurl.com/aw7zf6j)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[petra.voelkerer@akwien.at](mailto:petra.voelkerer@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Unbezahlbarer Reichtum

*Nicht alle Rechnungen, die das Leben uns ausstellt, können mit Geld beglichen werden. Manche kosten uns Kraft und Gesundheit.*

**Autorin: Elke Radhuber**

Mitarbeiterin im Büro des ÖGB-Präsidenten

**B**elastungssituationen im Leben können zu schweren Krisen führen, die sich körperlich oder psychisch mitunter schwer zu Buche schlagen: Vergleichbar mit einem Konto, das bereits bis zum letzten Cent ausgereizt wurde – ohne dass irgendwo anders Reserven verfügbar sind –, kann ein unerwarteter Härtefall ein scheinbar stabil wirkendes Gleichgewicht stark ins Schwanken bringen. Mit Druck am Arbeitsplatz, Schicksalsschlägen und Krisen umzugehen ist eine Herausforderung, die nahezu jede/r kennt – und die langfristig nicht nur mit Geldmitteln zu bewältigen ist.

## Gesellschaftliche Relevanz

Wie teuer es wird, wenn Belastungen des täglichen Lebens nicht mehr getragen werden können, wird wohl besonders daran deutlich, dass viele Menschen nicht bis zum gesetzlichen Pensionsalter arbeiten können. So ist etwa ein Drittel der Neuzugänge auf Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit zurückzuführen, insbesondere psychische Erkrankungen liegen dabei im Spitzenfeld. Die Krankenstände aufgrund von psychischen Problemen sind in den vergangenen Jahrzehnten ebenfalls stark gestiegen. Zudem gilt mittlerweile als erwiesen, dass viele körperliche Beschwerden (z. B. Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Muskelverspannungen, Rückenschmerzen) psychosoziale Hintergründe haben. Es gibt Studien, die einen Zusammenhang zwischen bestimmten Faktoren im Arbeitsumfeld

(Monotonie, schlechte Arbeitsbeziehungen etc.) und körperlichen Beschwerden belegen. Demnach könnte durch entsprechendes Gegensteuern auch ein beträchtlicher Teil dieser Erkrankungen gemildert werden. Laut dem österreichischen Arbeitsgesundheitsmonitor der AK ÖÖ sind knapp 40 Prozent der ArbeitnehmerInnen stark psychisch belastet. Insofern dürfte jede Maßnahme, die diesem Trend entgegensteuert, sowohl für das Individuum als auch für die österreichische Volkswirtschaft von Vorteil sein.

## Risikofaktor Ungerechtigkeit

Die soziale Mobilität ist in Österreich besonders schlecht ausgeprägt. So hat der Bildungsgrad der Eltern einen enormen Einfluss auf die Zukunft ihrer Kinder: Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder einen akademischen Abschluss erreichen, wenn deren Eltern nur die Pflichtschule absolviert haben, liegt bei nur 4,5 Prozent. Der Bildungsgrad wiederum hat sehr starken Einfluss darauf, ob man arbeitslos wird oder nicht. So sind über 82 Prozent der Arbeitslosen im Bildungssegment Pflichtschulabschluss (46,7 Prozent) und Lehrabschluss (35,9 Prozent) zu finden. Vereinfacht ausgedrückt: Je höher der Bildungsabschluss, umso geringer ist die Gefahr arbeitslos zu werden. Arbeitsplatzverlust bedeutet in vielen Fällen jedoch nicht nur Einkommensausfall. Es kann auch zu Verlust von sozialen Kontakten, gesellschaftlichem Status etc. kommen. Dies kann wiederum das Gleichgewicht der Betroffenen stark beeinträchtigen. In einer Studie konnte beispielsweise belegt werden, dass sich

## BUCHTIPP

François Lelord,  
Christophe Andre  
**Die Kunst der Selbstachtung**  
Aufbau Verlag, 2002,  
335 Seiten, € 9,99  
ISBN 978-3-7466-1805-0



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

durch Arbeitslosigkeit die Ausgaben für Antidepressiva und Krankenhausaufenthalte wegen psychischer Probleme bei Männern erhöhen.<sup>1</sup>

## Barrieren beginnen früh

Dies ist nur ein Beispiel für eine Kausalkette, das aufzeigt, dass Barrieren, die in frühen Lebensjahren aufgebaut werden, später schwer korrigierbar sind bzw. sich sogar noch verstärken. So erfolgt bereits nach der Volksschule eine Entscheidung für zehnjährige Kinder, die richtungsweisend wirkt, da es praktisch keine Durchlässigkeit von der Hauptschule in das Gymnasium gibt. Damit wird deutlich, dass Kinder mit einem schlechter ausgestatteten Ressourcen-Rucksack viel eher in einen für sie ungünstigen Kreislauf kommen. Frühe Förderung mit dem Prinzip „Stärken stärken“ und „Schwächen schwächen“ könnte hingegen nach-

<sup>1</sup> Studie „The Public Health Costs of Job Loss“ von Andreas Kuhn, Rafael Lalive, Josef Zweimüller, [www.labornrn.at](http://www.labornrn.at).

**Wichtig dabei ist auch, herauszufinden, in welchen Bereichen es eventuell verdrängte Bedürfnisse gibt. Der Schlüssel dazu ist, sich für solch vermeintlich einfach wirkende Reflexionen Zeit zu nehmen, beispielsweise regelmäßig aus dem persönlichen Hamsterrad herauszutreten und sich zu überlegen, ob das denn alles noch so für einen passt.**



haltig positiv auf die Entwicklung einwirken (z. B. Kindergarten für sozialen und sprachlichen Kompetenzerwerb, Gesamtschule als Maßnahme gegen frühe soziale Selektion).

Abgesehen vom Gerechtigkeitsfaktor „Chancengleichheit“ ist auch der gesellschaftliche Nutzen zu beachten. Es besteht nämlich die Gefahr, dass menschliche Ressourcen verschwendet werden. So könnten vorhandene Talente – z. B. aus bildungsferneren Schichten, von Menschen mit Migrationshintergrund – verloren gehen. Auch wenn hier strukturelle Veränderungen unumgänglich scheinen, so kann das Aufdecken solcher Mechanismen auf der individuellen Ebene hilfreich sein und entsprechendes Gegensteuern ermöglichen.

### Zahlungsmittel: Ressourcen

Ressourcen sind bewusst oder unbewusst zur Verfügung stehende Potenziale zur Lebensbewältigung. Grundsätzlich kann grob unterschieden werden: Einerseits gibt es persönliche Ressourcen, wie Talente, Stärken, Fähigkeiten (z. B. handwerkliches Geschick, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit, Reflexionsfähigkeit und Bewältigungsstrategien, Humor, Gesundheit, Bildung und Neugier, Interessen, Bindungsfähigkeit und Autonomie etc.). Auf der anderen Seite stehen materielle Ressourcen, wie beispielsweise ein Arbeitseinkommen, Wohnung/Haus, Ersparnisse etc. Wichtig sind aber auch die sozialen Ressourcen, zu denen Zugehörigkeit, Bindungen bzw. Beziehungen zu Familie, FreundInnen, Klubs, Nachbarschaftskontakte etc. zählen. Da nicht

alle Rechnungen des täglichen Lebens mit Geld bezahlt werden können, ist es günstig, breit gestreute Ressourcen zu haben. Nur in einem Bereich auf Ressourcen fixiert zu sein (z. B. Job), bedeutet im Härtefall (z. B. Jobverlust), dass es zu schweren persönlichen Krisen kommen kann, da eine Kompensation (z. B. Interessen-Umorientierung) schwierig wird. Das Gute ist, dass meist eine ganze Palette verborgener Ressourcen vorhanden ist, die sich noch entwickeln können.

Aus der Psychotherapie ist bekannt, dass es sinnvoll ist, sich diese bewusst zu machen. Häufig stehen damit Selbstachtung und Selbst-Bewusstsein in Zusammenhang: Je besser man sich selbst kennt und achtet, umso größer wird die Wahrscheinlichkeit, seine eigenen Ressourcen realistisch einschätzen und danach handeln zu können – eine erlernbare Grundkompetenz, die das Austarieren des persönlichen Gleichgewichts auch in herausfordernden Zeiten erleichtert. Das Phänomen „Burn-out“ ist ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn Grenzen nicht akzeptiert werden konnten. Die Folge ist ein Erschöpfungszustand mit massiven Auswirkungen. Eine chronische Überforderung kann in der Symptomatik von schweren körperlichen Beschwerden bis hin zur manifesten Depression reichen.

### Wie selber vorsorgen?

Der Schatz an persönlichen Ressourcen kann im Grunde jeden Tag erweitert werden. Wichtig dabei ist auch, herauszufinden, in welchen Bereichen es eventuell verdrängte Bedürfnisse gibt. Der Schlüssel

dazu ist, sich für solch vermeintlich einfach wirkende Reflexionen Zeit zu nehmen, beispielsweise regelmäßig aus dem persönlichen Hamsterrad herauszutreten und sich zu überlegen, ob das denn alles noch so für einen passt. Es geht darum, kritisch zu hinterfragen, ob neue Priorisierungen oder etwaige Anpassungen im Lebensstil vorteilhaft wären, Signale des Körpers wahrzunehmen und die entsprechenden Adaptierungen vorzunehmen.

Diese banal wirkenden Überlegungen können in einer Alltagsroutine doch einiges an Überwindung kosten. Schließlich können in erster Konsequenz mögliche Veränderungen anstrengend sein. Zumal Routinen für den Menschen auch eine stabilisierende Qualität haben. Häufig liegt jedoch den Angewohnheiten viel mehr Bequemlichkeit zugrunde, als tatsächliche Bedürfnisse. Die wichtige Frage dabei ist, ob die eigenen Bedürfnisse zu kurz kommen und welche Ressourcen gegebenenfalls mobilisiert und entwickelt werden müssten. Je mehr Klarheit darüber vorhanden ist, umso größer wird auch die Chance, die eigenen Ressourcen – den persönlichen Reichtum – frei entfalten zu können.

Internet:

Arbeitsgesundheitsmonitor:  
[www.ifes.at](http://www.ifes.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[elke.radhuber@gmx.at](mailto:elke.radhuber@gmx.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Ganz nah an ganz unten

*Slum-Tourismus ist der neue Trend am Reisemarkt – doch so neu sind die Ausflüge zu den Armen und Ausgegrenzten auch wieder nicht.*

Autorin: Astrid Fadler  
Freie Journalistin

**A**usflüge in großstädtische Armenviertel sind zwar an sich kein ganz neues Phänomen, aber dennoch ist der sogenannte Slum-Tourismus ein relativ junger Teil der Reisebranche. Wiener Ferienmesse Anfang Jänner: Infotainment in Reinkultur, alpenländische Volksmusik vermischt sich mit exotischen Klängen, thailändische Maskentänzer beim Pausen-Kaffee mit einem Pärchen in Lederhose und Dirndl ... Führungen durch Slums oder Favelas sind hier (noch?) kein Thema. Wer allerdings bei Google das Stichwort Slum-Tourismus eingibt, wird schon wesentlich schneller fündig.

## Abseits der Postkartenidylle

Von Jakarta über Kapstadt und Mumbai bis Rio de Janeiro werden abseits der üblichen Sightseeing-Routen immer häufiger auch Slum-Führungen angeboten. In den „Kampungs“ (Slums) der indonesischen Hauptstadt Jakarta kann man etwa im Rahmen der Social Humanity Tour die Ärmsten der Bevölkerung zu Hause besuchen und ihren Alltag besser kennenlernen. Wie in den meisten Armenvierteln weltweit verdient auch hier der größte Teil der BewohnerInnen sein Geld im „informellen“ Sektor mit kleinen persönlichen Dienstleistungen, zum Teil mit dem Sammeln und Recycling von Müll. Rund ein Viertel der 240 Mio. IndonesierInnen leben in Armut, auf der Insel Java gibt es ca. 1,5 Mio. Straßenkinder. Nicht alle TouristInnen wollen diesen Teil der Realität so weit wie möglich ausblenden, sie

wünschen sich authentische Eindrücke abseits der Postkartenidylle.

## Viktorianisch wallraffen

Wie weit steckt wirklich soziales Engagement dahinter, oder geht es hier vor allem um Abenteuer- und Schaulust? Diese Frage stellte man sich schon vor mehr als 100 Jahren. Damals musste man zur Erkundung der Armut Europa nicht verlassen, sondern nur das Elendsviertel ein paar Straßen weiter besuchen. Wohlhabende konnten sich schon als Entdecker fühlen, sobald sie diese **Terra incognita** betraten, in der Schmutz, Krankheiten und Ungeziefer lauerten. Sozialwissenschaftler, Stadtforscher, Reporter und KünstlerInnen waren die ersten, die sich mit dem Phänomen der Armut in den Städten beschäftigten. Im Rahmen einer Studie ließ sich etwa die aus reichem Hause stammende und sozial engagierte Beatrice Potter 1887 als jüdische Näherin anlernen und arbeitete in einem Londoner Sweatshop. Der Londoner Autor James Greenwood verkleidete sich als Obdachloser und beschrieb 1866 seine Erlebnisse in einem Männerheim in dem Buch „A Night in a Workhouse“. Es entstand ein regelrechtes **Disguise**-Business, bei dem es bald nicht mehr nur um soziales Engagement oder das Anprangern von Missständen ging. Die Reporter fungierten zum Teil einfach als Kundschafter für das sensationslüsterne Publikum.

Mit dem Aufkommen der Fotografie waren naturgetreue Dokumentationen des Elends möglich. In Wien veröffentlichte **Max Winter** in der Arbeiter-Zeitung zahlreiche Sozialreportagen, für die er

## BUCHTIPP

Werner Michael Schwarz,  
Magarethe Szeless,  
Lisa Wögenstein

**Ganz unten –  
Die Entdeckung des Elends**  
Verlag Christian Brandstätter,  
2007, 256 Seiten, € 39,90  
ISBN 978-3-85033-095-4



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

meist verkleidet bei den Obdachlosen oder in Gefängnissen recherchierte. Daraus entstand 1905 sein Buch „Im unterirdischen Wien“, unter anderem auch mit Berichten über die Kanalstrotter, die Knochen und Fett aus der Kanalisation fischten und an die Seifenindustrie verkauften. Ausgestattet mit einer Kamera wird so mancher „Slummer“ vermutlich nicht lange unerkannt geblieben sein. Doch das tat dem Erfolg der Sozialreporter keinen Abbruch. In der Wiener Urania waren die Lichtbild-Vorträge der beiden Slummer Hermann Drawe und Emil Kläger, die „in Elendskleidung“ auftraten, monatelang ausgebucht. Unter den wohlhabenden Großstädtern wurde es regelrecht modern, sich – meistens verkleidet – unter das einfache Volk zu mischen.

## „Wie die Armen in Paris essen“

Die teilweise heftig umstrittenen Themen Armut und Armenfürsorge beschäftigten



Mit dem Aufkommen der Fotografie waren naturgetreue Dokumentationen des Elends möglich. In Wien veröffentlichte Max Winter in der Arbeiter-Zeitung zahlreiche Sozialreportagen, für die er meist verkleidet bei den Obdachlosen oder in Gefängnissen recherchierte.



schon damals die noch junge Filmbranche. Gefilmt wurde nicht nur „Wie die Armen in Paris essen“, man machte sich ebenso über die Slum-Ausflüge der gut situierten BürgerInnen lustig. Diese suchten dort nicht nur den Nervenkitzel, sondern auch das Ursprüngliche, Wilde, Leidenschaft und sexuelle Freizügigkeit – im Hintergrund immer die Angst vor dem eigenen sozialen Abstieg.

## Destination Slum

Die Lust an der Grenzüberschreitung konnte man übrigens schon damals auch außerhalb Europas. Ab 1900 entdeckten Wohlhabende die Migrantenviertel der damaligen Metropolen als spannende Orte voller Folklore und „ursprünglicher“ Lebensart. Heute findet Slum-Tourismus (fast) komplett außerhalb Europas statt. Schon vor mehr als 20 Jahren waren Anti-Apartheid-AktivistInnen in den Townships von Südafrika unterwegs. Nach dem Ende der Apartheid kamen immer mehr TouristInnen, nicht nur um in die Armut zu reisen, sondern auch um den Kampf des schwarzen Afrikas für seine Rechte zu sehen. Im Gegensatz zu dieser eher politischen Motivation stand bei den Favela-Touren immer die Darstellung des authentischen Lebensstils mit viel Musik und Tanz im Vordergrund. In Indien begann der Slum-Tourismus erst vor wenigen Jahren, deutlich gepusht wurde der Trend durch den Film-Hit „**Slumdog Millionaire**“.

Welche Auswirkungen haben Slum-Tours auf die TouristInnen und auf die dort ansässige Bevölkerung? Der Sozialgeograf Malte Steinbrink von der Uni-

versität Osnabrück befragte 2007 TouristInnen vor und nach dem Slumbesuch und stellte fest, „dass sich die Ansichten der Touristen während des Besuchs stark verändern. Vorher werden mit den Slums vor allem Elend, Dreck, Krankheit und Kriminalität assoziiert – hinterher sind viele dagegen regelrecht begeistert von der Kultur, der Vielfalt, der Lebendigkeit in diesen Stadtgebieten“. Wobei man darüber diskutieren könne, „ob die Begeisterung der Besucher etwas Positives ist oder eher mit einer Romantisierung und Entproblematierung von Armut zu tun hat“ (Interview in „Die Zeit“, 12. Jänner 2012).

## Responsible Tourism

Vorurteile und falsche Vorstellungen über das Leben in Elendsvierteln abzubauen, kann ein positiver Effekt von Slum-Tourismus sein. Problematisch wird es allerdings dann, wenn Armut nicht mehr als strukturelle Ungleichheit gesehen wird, sondern als Ausdruck von afrikanischer Kultur oder Lebensweise, wenn Stereotype wie „arm, aber glücklich“ womöglich sogar verfestigt werden. Tatsächlich kann man einen Slum nicht mit dem anderen vergleichen, so ähnlich die Anhäufung armseliger Behausungen von Weitem auch aussehen mag, wobei die Unterschiede weit mehr als nur länderspezifisch sind.

Die Guides von Slum-Touren wissen, wovon sie reden, denn in der Regel kommen sie aus dem betreffenden Armenviertel. Ein Teil der Gewinne von Slum-Tour-Anbietern wird meist für soziale Projekte vor Ort bzw. für Sprachkurse neuer Guides verwendet. 2012 erhielt

Reality Tours and Travel, das seit 2005 Slum-Touren in Dharavi, einem riesigen Slum-Viertel mitten in Mumbai, anbietet, den Responsible Tourism Award. 80 Prozent des Gewinns aus allen Führungen werden für soziale Projekte eingesetzt. TouristInnen erfahren im Laufe einer Führung nicht nur, dass die Wertschöpfung sämtlicher Kleinunternehmen Dharavis mehr als 660 Millionen Dollar ausmachen soll, sondern sehen direkt vor Ort Beispiele für diesen Unternehmergeist. Der Responsible Tourism Award wurde im Übrigen 2011 an die soziale Einrichtung Sockmob Events/Unseen Tours verliehen: Londoner Wohnungslose zeigen TouristInnen ihre speziellen Stadtansichten. Man muss also auch im Jahr 2013 gar nicht (mehr) so weit reisen, um die Welt einmal aus einem anderen Blickwinkel zu sehen.

### Internet:

Gratis Download des wissenschaftlichen Artikels „Slum Tourism: Developments in a Young Field of Interdisciplinary Tourism Research“, Fabian Frenzel und Ko Koens: [tinyurl.com/b8rrow5](http://tinyurl.com/b8rrow5)

Webseite zum Forschungsprojekt der Universität Osnabrück über den städtischen Armutstourismus im globalen Süden: [www.slumming.de](http://www.slumming.de)

Englischsprachige Seite mit vielen Links und Buchtipps rund um das Thema Slumtourismus: [www.slumtourism.net](http://www.slumtourism.net)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin [afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at) oder die Redaktion [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Gérard und Wladimir

*In Russland geht's den MillionärInnen gut, während die Armut wächst.  
Doch die ruhigen Zeiten sind für Putin und Co. vorbei!*

Autorin: Sonja Grusch  
Freie Journalistin

**A**nfang Jänner erhielt der französische Schauspieler Gérard Depardieu die russische Staatsbürgerschaft. Der Anlass dafür war die drohende höhere Besteuerung von Reichtum in Frankreich. Davor fürchtet er sich in Russland nicht, denn für Reiche und die FreundInnen Putins ist Russland ein angenehmer Ort. Doch das trifft auf die wenigsten der 143 Mio. Menschen in Russland zu. Auch die Flüchtlinge, die im Winter vor und in der Votivkirche in Wien verzweifelt für ein menschenwürdiges Leben kämpfen, können nur davon träumen, die Staatsbürgerschaft mit allen Rechten angeboten zu bekommen. Dafür fehlt ihnen das nötige Kleingeld.

## Extreme Ungleichheit

Die soziale Lage in Russland ist alles andere als rosig. Nach offiziellen Angaben des russischen Statistikamtes konnte die Zahl der Armen von 42,3 Mio. (2000) auf 18,5 Mio. Menschen (2010) reduziert werden. Der in Armut lebende Teil der Bevölkerung fiel nach diesen Zahlen von 29 Prozent auf 13 Prozent. Doch mit Statistiken lässt sich vieles „beweisen“ bzw. verschleiern, und das Statistikamt ist wohl in Russland noch weniger unabhängig als anderswo. Dramatisch ist die extreme Ungleichverteilung von Einkommen bzw. Reichtum. Der Gini-Koeffizient, der die soziale Ungleichheit misst, zeigt, dass diese in Russland doppelt so groß ist wie beispielsweise in

Schweden. Russland steht damit in einer Reihe mit Iran, Turkmenistan, Mali und Nigeria.

Einige der Superreichen aus Russland sind auch in österreichischen Nobelorten wie Kitzbühel oder dem Wiener Bezirk Döbling mehr oder weniger gerne gesehene Gäste. Manche versuchen, die hiesige Staatsbürgerschaft zu bekommen (und erhielten dabei auch Unterstützung von prominenter Seite – übrigens wieder von einer Partei, die gleichzeitig scharf gegen AsylwerberInnen schießt). Aktuell gibt es in Russland 375.000 Dollar-MillionärInnen. In der Forbes-Liste der MilliardärInnen liegen vor Russland nur die USA und China. Ein Drittel der europäischen MilliardärInnen kommt aus Russland. Moskau ist mit 79 die Hauptstadt der MilliardärInnen und liegt sogar noch vor New York. Schätzungen sprechen davon, dass sich der Klub der Reichen in Russland bis 2020 verdoppeln oder sogar verdreifachen könnte.

Viele der heutigen SpitzenpolitikerInnen, **OligarchInnen** und Superreichen kommen aus dem ehemaligen stalinistischen Partei- und Staatsapparat, ergänzt durch Glücksritter, Kriminelle und SpekulantInnen. Es herrscht ein „Gangster- und Mafiakapitalismus“, in dem es einige wenige geschafft haben, die ehemaligen Staatsbetriebe in ihre Hände zu bekommen und die wichtigsten Wirtschaftsbereiche zu kontrollieren. Es ist eine der korruptesten Formen des Kapitalismus, in der nicht einmal die beschränkten demokratischen Möglichkeiten, die es in westlichen Demokratien gibt, existieren.

„*Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich*“ (Brecht)

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat keine Ersparnisse. Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass tatsächlich ca. die Hälfte der russischen Bevölkerung chronisch oder zumindest vorübergehend arm ist. Der Wechsel von der vorübergehenden in die chronische Armut kann schon durch Ereignisse wie die Geburt von Zwillingen oder die Erkrankung eines Haushaltsmitglieds erfolgen. Die Kinderarmut liegt bei 24 Prozent.

## Perspektivenlosigkeit und Angst

In den letzten 20 Jahren haben sich die Realeinkommen jener 40 Prozent, die am unteren Ende der Einkommensleiter stehen, um ein Drittel reduziert oder halbiert. Der Zusammenbruch des Stalinismus und die (Wieder-)Einführung des Kapitalismus haben nicht die erhofften Investitionen gebracht. In den ersten zehn Jahren wurden ca. 40 Prozent der Industrie – und damit auch die Arbeitsplätze – vernichtet, die Wirtschaft wurde zunehmend von Rohstoffexporten (Öl!) und damit den Schwankungen der Preise abhängig. Die Armut stieg auf über 50 Prozent, die Lebenserwartung sank mit 58 Jahren unter das Pensionsalter. Zwar wurde nach der „Russlandkrise“ 1998/99 und mit der Machtübernahme Putins im Jahr 2000 die Lage stabilisiert, doch Putin ist ein Garant für die Privilegien einer kleinen Schicht. Deren Reichtum hängt auch davon ab, dass der Großteil der Bevölkerung arm bleibt. Zahlreiche „Partnervermittlungen“, die

„heiratswillige“ Russinnen an den europäischen Mann bringen, spiegeln die ausweglose Lage wider. In kaum einem anderen Land sinkt die Bevölkerungszahl so stark wie in Russland. Auch das ist ein Indikator für Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst. Nur etwas über zehn Prozent schätzen die materielle Lage der Familie als gut oder sehr gut ein. Die Hälfte (dieser Wert hat sich in letzten zehn Jahren verdoppelt) hat nicht genug Geld für sogenannte „langlebige Konsumgüter“. Das bedeutet, dass das Geld nur für das Nötigste reicht und eine kaputte Waschmaschine nicht ersetzt werden kann.

### Putins Stern sinkt

Lange konnte sich Putin als „Retter aus der Krise“ und auch aufgrund des hohen Ölpreises eine gewisse politische Stabilität erhalten. Sein repressives Regime erledigte den Rest. Schon seit einiger Zeit ist sein Stern im Sinken. Vor einem Jahr erschütterten Massenproteste Russland, die teilweise bis heute anhalten. Auslöser waren die mehr als dubiosen Wahlen. Hunderttausende gingen auf die Straße. 2012 haben sich die Proteste und sozialen Unruhen verdreifacht, mehr als ein Viertel hält am eigenen Wohnort Massenproteste gegen sinkenden Lebensstandard und für eigene Rechte für möglich. Der Anteil jener, die bereit sind, sich daran zu beteiligen, ist nur wenig geringer.

Denn neben den offensichtlichen diktatorischen Elementen in Putins Regime zeigt sich auch, dass die Wirtschaft an allen Ecken und Enden kracht. Das Wachstum hat sich verlangsamt, sinkende Rohölpreise werden das verstärken. Die Kapitalflucht stellt ein Problem dar; die Serie von Korruptionsskandalen hat das Vertrauen in das Regime auf einen Tiefpunkt sinken lassen. Auch innerhalb des Regimes tun sich Spaltungen auf. Die Proteste werden mit Repression beantwortet, Tausende wurden verhaftet und die Regierung verschiebt Staatsausgaben aus dem Sozialbereich zu Militär und Sicherheitsapparat. Die Verurteilung der Musikerinnen von Pussy Riot und die Angriffe gegen die Rechte von Homosexuellen/LGBT spiegeln den Schulterschluss zwischen Putin und den reaktionärsten Teilen der Gesellschaft, u. a. der Kirche, wider.

Im Mai 2012 verzeichnete die Oppositionsbewegung eine zweite Welle. Doch sie ist inhomogen – in ihr befinden sich Kräfte mit gegensätzlichen Interessen: liberale Bürgerliche, Wirtschaftsliberale, Linke, Rechtsextreme bis hin zu faschistischen Kräften. Während die Opposition anfangs zu Putins Wahlbetrug stand, findet seither ein lebhafter Diskussions- und Differenzierungsprozess statt. Die Frage von Basisorganisationen, von lokalen Komitees für soziale und demokratische Grundrechte wird debattiert. Bei den Demonstrationen wurde der „Bildungsblock“, bestehend aus AktivistInnen, die sich gegen die Missstände und den Ausverkauf des Bildungssektors wehren, immer wichtiger. GewerkschaftsaktivistInnen nehmen ebenso teil und so zeigt sich, dass die Opfer der neoliberalen Politik, die auch in Russland Privatisierung bedeutet, eine immer zentralere Bedeutung in der Bewegung bekommen und Forderungen gegen Privatisierungspolitik, für höhere Löhne und die Organisierung von Lohnabhängigen erheben.

Elena Volkova, Sozialistin und Mitglied der unabhängigen LehrerInnen-gewerkschaft, steht stellvertretend für jenen Teil der Opposition, der Demokratieforderungen nicht von sozialen Fragen trennt: „Nach 20 Jahren sogenannter marktwirtschaftlicher Reformen haben wir weder Freiheit noch ordentliche Jobs. Deswegen haben die Menschen im Dezember 2011 protestiert. Die Wut über Korruption, das Fehlen von Jobs, die Perspektivlosigkeit, die Abwesenheit von Demokratie und Grundrechten ist enorm. Ich bin der Meinung, dass echte Demokratie bedeutet, dass die Mehrheit der einfachen Menschen entscheidet, was für uns gut ist, und nicht die Oligarchen, ihre Profite oder Putins Clique.“

Internet:

Einkommensverteilung  
[tinyurl.com/4uzvxd](http://tinyurl.com/4uzvxd)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[sonja@slp.at](mailto:sonja@slp.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



**Auch die Flüchtlinge, die im Winter vor und in der Votivkirche in Wien verzweifelt für ein menschenwürdiges Leben kämpfen, können nur davon träumen, die Staatsbürgerschaft mit allen Rechten angeboten zu bekommen. Dafür fehlt ihnen das nötige Kleingeld.**



# Armut weltweit und Chinas Einfluss

*Millionen von Menschen weltweit sind von extremer Armut und Hunger betroffen. Bis 2015 soll ihre Anzahl halbiert werden.*

Autorin: Eva Prenninger  
weltumspannend arbeiten

**D**ie menschliche Entwicklung hat in den vergangenen Jahren viele Fortschritte gemacht, wie aus dem Bericht der Vereinten Nationen aus 2011 hervorgeht. Dennoch hat sich auch die Ungleichverteilung des Einkommens verschärft, und trotz Rückgang der Armut leiden Millionen von Menschen Hunger. Sind die Fortschritte über alle Gebiete gleich verteilt oder herrscht ein globales Ungleichgewicht?

## Verminderung von extremer Armut

Wer weniger als 1,25 USD pro Tag zur Verfügung hat, gilt laut Weltbank als extrem arm. Ein Millenniumsziel ist, den Anteil jener, die unter extremer Armut und Hunger leiden, zu halbieren. Zwischen 1990 und 2008 konnte der Anteil der Armen von 47 auf 24 Prozent verringert werden, was eine Reduktion in absoluten Zahlen von über 2 Mrd. auf 1,4 Mrd. Menschen brachte. Viel von dieser positiven Entwicklung ist dem Fortschritt in China zuzuschreiben. Ein Land, welches es geschafft hat, innerhalb weniger Jahre mehr als 400 Mio. Menschen aus der Armut zu befreien.

Wie es scheint, wird dieses Millenniumsziel bis 2015 erreicht werden. Die positiven Zahlen der Armutsreduktion sind jedoch mit einer gewissen Vorsicht zu genießen, denn nur weil sich einzelne Staaten entwickeln, bedeutet dies bei Weitem noch nicht, dass es weltweit zu Verbesserungen gekommen ist. Vier von fünf extrem armen Menschen werden

bei Erreichung des Ziels aus einer Region südlich der Sahara bzw. aus Südasien kommen.

Jeder achte Mensch weltweit muss hungrig schlafen gehen. Trotz einer schrittweisen Eindämmung des Problems seit 1990 leiden heute noch immer rund 870 Mio. Menschen Hunger. Wobei hier wiederum die Menschen in Südasien und in Afrika südlich der Sahara am meisten betroffen sind. Nach Einschätzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) würden die weltweit verfügbaren Ressourcen ausreichen, um die gesamte Weltbevölkerung zu ernähren. Ein Grund für den Hunger sind die steigenden Lebensmittelpreise, wofür die Welthungerhilfe drei Hauptursachen nennt: die Agrarproduktion zur Herstellung von Treibstoffen, die Zunahme extremer Wetterereignisse aufgrund des Klimawandels und ein Anstieg der Warentermingeschäfte mit Agrargütern. Der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel liegt in einem Entwicklungsland bei ca. 70 Prozent des Einkommens, während eine durchschnittliche deutsche Familie lediglich 14 Prozent ihres Einkommens dafür ausgibt.

## Armut trotz Beschäftigung

Der Fortschritt einer rückläufigen Erwerbsarmut hat sich seit der Wirtschaftskrise 2008 leider nur langsam entwickelt. Auch wenn sich die Anzahl der Erwerbstätigen, die unter der Armutsgrenze leben, verringert hat, waren im Jahr 2011 laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) 456 Mio. Menschen davon betrof-

### LESETIPP

Neu erschienen:

**Von der Werkbank zur Weltbank – Chinas neue Rolle verändert die Welt**  
Erfahrungsberichte und Reflexion einer gewerkschaftlichen Chinareise II.

Der Ergebnisbericht der gewerkschaftlichen Begegnungsreise kann unter [www.weltumspannend-arbeiten.at](http://www.weltumspannend-arbeiten.at) bestellt werden.

fen. Erwerbsarm sind jene Erwerbstätigen, die mit weniger als 1,25 USD pro Tag ihr Auslangen finden müssen, das heißt, trotz Arbeit ist kein Leben in Würde möglich. Vom Rückgang der Erwerbsarmen um 233 Mio. seit dem Jahr 2000 sind alleine 158 Mio. dem Wirtschaftswachstum in China zuzuschreiben.

Ob Chinas wirtschaftliche Entwicklung wohl auch fähig ist, die Zielvorgabe der Millenniumserklärung – „Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen“ – zu erfüllen? Millionen von WanderarbeiterInnen in den Fabriken erhalten keine existenzsichernde Bezahlung, sie müssen unmenschliche Wochenarbeitsstunden leisten und unzureichende Sicherheitsmaßnahmen schützen sie nicht vor chronischen Erkrankungen. Das überstrenge Management stellt hierbei oft eine zusätzliche psychische Belastung dar. In diesem Zusammenhang sei an die Selbstmordserie beim Apple-Zulieferer Foxconn im Jahr 2010 erinnert, bei der zehn junge Menschen ihr Leben ließen. Ein hoher Preis für das Wachs-

**Und trotz der positiven Zahlen Chinas ist zu bedenken, dass dort zwar der Mittelstand wächst, die Schere zwischen Arm und Reich aber gleichzeitig auseinandergeht.**



### INFO & NEWS

Im September 2000 verabschiedeten 189 Länder auf einem Gipfel der Vereinten Nationen in New York die Millenniumserklärung. Sie umfasst acht Entwicklungsziele für das Jahr 2015:

- » Den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbieren.
- » Allen Kindern soll eine Grundbildung ermöglicht werden.
- » Die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frauen.
- » Die Senkung der Kindersterblichkeit.
- » Die Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter.
- » HIV/Aids, Malaria und andere schwere Krankheiten bekämpfen.
- » Die ökologische Nachhaltigkeit sichern.
- » Eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen.

tum! Derartige Vorfälle zeigen, wie fern das Ziel der menschenwürdigen Arbeit trotz verheißungsvoller Zahlen noch ist.

### Die Sorge um die Umwelt

Großes Sorgenkind ist der Klimaverbrauch einzelner Länder. Jetzt, wo etwa China, Indien, Brasilien etc. aufholen und immer mehr Energie verbrauchen, ist die Angst vor einer Klimakatastrophe groß. Wie soll mit den noch vorhandenen Ressourcen umgegangen werden und wie kann der Energiebedarf reduziert werden? Führender Bösewicht bei den Top 15 Treibhausländern ist China, gefolgt von

den USA, Indien, Russland, Japan, Deutschland, Südkorea, Kanada, Iran, Großbritannien, Saudi-Arabien, Mexiko, Indonesien, Italien und Brasilien. Wenn man aber den Pro-Kopf-Ausstoß betrachtet, schaut es schon ganz anders aus: Schwellenländer wie China oder Indien sind in dieser Liste weiter hinten angesiedelt. Geführt wird hier das Ranking von Katar, Kuwait, Trinidad und Tobago.

CO<sub>2</sub>-Emissionen waren in den letzten Jahrzehnten eng mit dem Wachstum des Nationaleinkommens in Ländern wie China, Indien, Brasilien etc. verbunden. Die Entwicklung erfolgt zulasten der Umwelt und saubere Luft wird in vielen Großstädten zunehmend zum Luxusgut, wie gerade jüngst über Peking in den Medien zu lesen war. Die Smog-Belastung erreichte eine Dimension, die über das menschlich verträgliche Maß hinausging.

Die Zerstörung der Umwelt trifft die ärmsten Haushalte besonders hart. Existenzgrundlagen werden vor allem in Entwicklungsländern zum Beispiel durch die Rodung der Wälder und die damit einhergehende Arten- und Bodenzerstörung und Gewässerverschmutzung vernichtet. Laut dem Bericht der Vereinten Nationen 2011 ist Mangelernährung zur Hälfte auf Umweltfaktoren zurückzuführen.

Die Wälder spielen im Kohlenstoffkreislauf eine wichtige Rolle. Der globale Waldverlust beträgt jährlich gut fünf Mio. Hektar. Kompensiert werden diese Regenwald-Rodungen – vor allem in Südamerika und Afrika – durch Aufforstungsprogramme in China, Indien und Vietnam. Asien konnte somit in den

letzten zehn Jahren einen Nettozugewinn an Wäldern von jährlich 2,2 Mio. Hektar verzeichnen.

### Statistiken reichen nicht aus

Ein Land wie China trägt statistisch zur Verringerung der weltweiten Armut, zur Verlangsamung des Waldverlusts, zur rückläufigen Erwerbsarmut etc. bei. Aber im Grunde genommen reicht es nicht, sich lediglich weltweite Statistiken anzusehen. Wenn ein Bericht sagt, das Ziel der Verminderung der extremen Armut wird höchstwahrscheinlich erreicht, ist genau hinzuschauen. Sind es nur die aufstrebenden Wirtschaftsmächte, die es innerhalb weniger Jahre geschafft haben, hunderte Millionen aus der Armut zu befreien, oder spielen auch Afrikas Länder südlich der Sahara bei diesen Zahlen eine Rolle?

Und trotz der positiven Zahlen Chinas ist zu bedenken, dass dort zwar der Mittelstand wächst, die Schere zwischen Arm und Reich aber gleichzeitig auseinandergeht. Obwohl sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in gut 30 Jahren nach Kaufkraft mehr als verdreißigfach hat, landet die zweitstärkste Wirtschaftsmacht der Welt damit im Jahr 2011 lediglich auf dem 93. Platz und gut jede/r zehnte Chinesin/Chinese im Land lebt weiterhin unterhalb der Armutsgrenze.

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[eva.prenninger@oegb.at](mailto:eva.prenninger@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Wasser, Müll und Co. vor Ausverkauf

*Eine Europäische Bürgerinitiative soll die Liberalisierung von Wasserversorgung und -entsorgung doch noch verhindern.*

**Autor: Ronald Pötzl**

*Referat für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der GdG-KMSfB*

Im kommenden März wird im EU-Parlament darüber abgestimmt, ob Städte und Gemeinden mehr Wettbewerb zulassen müssen. Geht es nach dem Plan von EU-Binnenmarktkommissar **Michel Barnier**, sollen die Kommunen ihre Konzessionen für Dienstleistungen wie Wasser, Energie, Abfall, Gesundheitsdienste und Verkehr EU-weit ausschreiben. KritikerInnen fürchten den Ausverkauf der Wasserversorgung und die Liberalisierung weiterer Leistungen der Daseinsvorsorge.

## Interessanter Markt

Dienstleistungskonzessionen haben enorme wirtschaftliche Bedeutung. Laut Angaben der Kommission machen sie rund 60 Prozent aller Partnerschaftsverträge zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen aus, was konservativen Schätzungen zufolge einem Wert von rund 118 Mrd. Euro entspricht. Ein Markt, der für Wasserriesen wie Veolia, Suez, RWE oder Thames Water von höchstem Interesse ist. Die EU-Kommission will nun neue, striktere Regeln für nationale und regionale Behörden in Europa durchsetzen, die Konzessionen etwa für den Betrieb von Wasserwerken oder die Abfallentsorgung vergeben. Ziel der Kommission ist mehr Transparenz, Rechtssicherheit und Wettbewerb bei solchen Dienstleistungskonzessionen.

So sollen in Zukunft Dienstleistungskonzessionen, mit denen staatliche

## INFO & NEWS

### EU-Bürgerinitiative organisiert Widerstand gegen Ausverkauf

Die Gewerkschaften mobilisieren mit einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) zum Schutz der Wasserversorgung und -entsorgung. Die EBI wird vom Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) europaweit und von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) national getragen. Darüber hinaus unterstützt eine Vielzahl von Organisationen, Vereinigungen und NGOs in allen 27 Mitgliedsstaaten der EU diese Initiative.

Die Ziele der EBI „Wasser ist ein Menschenrecht“ sind:

- » Wasser und sanitäre Grundversorgung als Garantie für alle Menschen in Europa.
- » Keine Liberalisierung der Wasserwirtschaft.
- » Universeller Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung.

Unter folgendem Link kann die Initiative online unterstützt werden: [www.right2water.eu/de](http://www.right2water.eu/de)

Auch eine Unterstützung der Initiative mittels Unterschriftenlisten, die auf der Kampagnenseite zum Download bereitstehen, ist möglich.

Die EBI ist ein Werkzeug der direkten Demokratie (Volksbegehren) auf EU-Ebene. Die EU-Institutionen sind verpflichtet, die Forderungen der EBI zu behandeln, wenn bis Ende September 2013 mehr als eine Million EU-BürgerInnen in mindestens sieben Mitgliedsstaaten diese unterstützen.

oder kommunale Aufgaben an Privatunternehmen übertragen werden und deren Vertragswert über die gesamte Laufzeit gesehen mindestens fünf Millionen Euro beträgt, vom europäischen Vergaberecht erfasst werden. Das betrifft so sensible Bereiche wie Wasser, Energie, Abfall und Verkehr. Die EU-Kommission argumentiert, den Vergabebehörden einfachere Verfahren zu ermöglichen und besonders den klein- und mittelständischen Unternehmen leichteren Zugang zum öffentlichen Auftragswesen zu eröffnen. Sie verspricht weiters mehr Wachstum und Beschäftigung, indem sie für eine rechtssichere, transparente und flexible Vergabepaxis Sorge.

Diese Argumentation geht allerdings ins Leere, denn auch wenn das europäische Vergaberecht die Dienstleistungskonzessionen bisher nicht erfasste, so bestand trotzdem durch die Judikatur des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) bereits eine Definition derselben sowie die Klarstellung, dass auch im Bereich der Konzessionsvergabe die Grundprinzipien des Primärrechts (Transparenz, Nichtdiskriminierung, Verhältnismäßigkeit) zur Anwendung gelangen. Daraus ergibt sich, dass der Entwurf wohl weniger der Transparenz als einer Liberalisierung der kommunalen Grundversorgung dient. Fest steht, dass mit der derzeitigen Rechts-



**Geht es nach dem Plan von EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier, sollen die Kommunen ihre Konzessionen für Dienstleistungen wie Wasser, Energie, Abfall, Gesundheitsdienste und Verkehr EU-weit ausschreiben.**



lage durchaus ein Auslangen gefunden werden kann, ohne Transparenz einzu-büßen.

Genauso blendet die EU-Kommission den Umstand aus, dass es sich hier um besonders sensible Dienstleistungen handelt, die für alle zu leistbaren Preisen und flächendeckend zur Verfügung stehen sollen. Ihre besondere Bedeutung für den sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Union wird auch durch das **Europäische Primärrecht** (Art 14 AEUV, Protokoll Nr. 26) hervorgehoben. Die Erfahrungen zeigen, dass Privatisierung oder Einführung von wettbewerbsähnlichen Strukturen in diesen Bereichen vielfach geringere Qualität, höhere Preise, weniger Investitionen, Beschäftigungsabbau, schlechtere Arbeitsbedingungen und hohen Regulierungsaufwand mit sich bringen. Ohne jedoch auf diese primärrechtliche Vorgabe einzugehen und die negativen Erfahrungen von Privatisierungen zu würdigen, begründet die Kommission die Notwendigkeit eines Rechtsaktes ausschließlich mit Gründen der Marktöffnung.

### **Breite Kritik am Entwurf!**

Neben Gewerkschaften und NGOs lehnt auch der österreichische Bundesrat den Entwurf ab. Er hat im EU-Ausschuss vom 1. Februar 2012 eine Subsidiaritätsrüge beschlossen und darin ausgeführt, dass die „Kommission [...] nicht nachvollziehbar darlegen [kann], warum eine Regelung erforderlich ist“ sowie „die einseitig marktwirtschaftliche Ausrichtung des Rechtsaktes“ kritisiert. Das Europäische

Parlament hat in seiner Entschließung vom 18. Mai 2010 zu neuen Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen (**Rühle-Bericht**) unter den gegebenen Voraussetzungen einen Rechtsakt zu Dienstleistungskonzessionen abgelehnt, da etwaige Verzerrungen beim Funktionieren des Binnenmarktes nicht feststellbar seien. Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss** (EWSA) wiederum stellt fest, dass bezüglich der Notwendigkeit dieses Richtlinienentwurfes erhebliche Zweifel bestehen und fordert vorab eine umfassende Folgenabschätzung.

In den vergangenen Wochen erlebte die Diskussion der Pläne rund um die Abstimmung im Binnenmarktausschuss des EU-Parlamentes einen ersten massiven Höhepunkt. Mit 28 Pro-Stimmen, zehn Gegenstimmen und zwei Enthaltungen wurde eine abgeänderte Textfassung zu der von der Kommission vorgelegten Konzessionsrichtlinie beschlossen. Vom aktuellen Entwurf sind bestehende Verträge tatsächlich ausgenommen, das gilt ebenfalls für Wasserversorger, die zu 100 Prozent in öffentlichem Eigentum stehen. Die Erneuerung oder Neuvergabe von Konzessionen ist allerdings nicht ausgenommen, und das bedeutet: Zukünftig wird es schwerer, neue Konzessionen an öffentliche Dienstleister zu vergeben, etwa bei interkommunaler Zusammenarbeit. Aber auch dann, wenn sich die öffentliche Hand entscheidet – oft durch marode Gemeindekassen entscheiden muss – Anteile öffentlicher Dienstleister zu verkaufen, muss die Vergabe der Konzession europaweit ausgeschrieben werden. Damit treten jene Kriterien, die

dem Gemeinwohl geschuldet sind – wie etwa soziale, ökologische, volkswirtschaftliche oder beschäftigungspolitische Bedingungen –, in den Hintergrund und werden von marktwirtschaftlichen Zielsetzungen abgelöst.

### **Behandlung des RL-Entwurfes**

In Brüssel wird der Kampf um die Wasserhoheit weitergehen: Das Parlament stimmt im März/April über die Richtlinie ab, bei grünem Licht folgen Verhandlungen mit Kommission und Ministerrat. Gerungen wird noch um wichtige Details, etwa ob Wasser und andere Dienstleistungen der Grundversorgung aus dem Anwendungsbereich genommen werden, ab welchem Vertragsvolumen eine Ausschreibung zwingend ist und bis zu welchem Anteil eine Teilprivatisierung nicht europaweit ausgeschrieben werden muss.

Auch wenn die Kommission Kompromissbereitschaft signalisiert, werden sich Gewerkschaften und KritikerInnen weiter dafür starkmachen, dass die Richtlinie nicht kommt. Eine Ablehnung im Parlamentsplenarium oder im Rat scheint denkbar.

---

Internet:

Mehr Infos unter:  
[www.right2water.eu/de](http://www.right2water.eu/de)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[ronald.poetzl@gdg-kmsfb.at](mailto:ronald.poetzl@gdg-kmsfb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**Abramowitsch, Roman Arkadjewitsch:** russischer Geschäftsmann und Oligarch, geb. 1966; schon als Student der Ingenieurwissenschaften gründete er sein erstes Unternehmen. In den 1990er-Jahren baute Amramowitsch ein weit verzweigtes Firmenimperium auf. Lange galt er als wichtigster Oligarch von Wladimir Putin, 2000 bis 2008 war er Gouverneur der Region Tschukotka. Obwohl er durch die Finanzkrise (vorübergehend) einen großen Teil seines Vermögens verloren hatte, zählt Amramowitsch zu den reichsten Männern weltweit. (Seite 12)

**Barnier, Michel:** französischer Politiker, geb. 1951, 2004/05 Außenminister, 2007–2009 Minister für Landwirtschaft und Fischerei, seit Februar 2010 ist der konservativ-neo-gaullistische Politiker EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen. (Seite 44)

**Boettke, Peter:** US-Wirtschaftswissenschaftler, geb. 1960, er ist Anhänger der sogenannten österreichischen Schule, die u. a. auf den Ideen von Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek und Eugen von Böhm-Bawerk beruht. (Seite 21)

**Bourdieu, Pierre:** französischer Soziologe (1930–2002), beschäftigte sich vor allem mit Kulturosoziologie. Nach Bourdieu gibt es für die menschliche Freiheit viele Begrenzungen, unter anderem durch unbewusste verinnerlichte Faktoren, Illusionen, durch sozioökonomische Strukturen, historische Gegebenheiten, Geschlecht, Nationalität und Weltanschauung. Innerhalb seiner Grenzen hat jeder Mensch einen individuellen Handlungsspielraum, der umso größer ist, je komplexer die Gesellschaft organisiert ist. (Seite 25)

**depriviert:** unter einem Mangel leidend (Seite 23)

**disguise englisch, sprich disgeis:** verkleiden (Seite 38)

**diskursiv:** (von Begriff zu Begriff) methodisch fortschreitend, im Gegensatz zu intuitiv (Seite 19)

**diversifizieren:** vielfältig erweitern (Seite 25)

**Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss:** gegründet 1957, beratendes Organ, in dem Arbeitgeber, Gewerkschaften, Landwirte, Verbraucher und andere Interessensgruppen vertreten sind. (Seite 45)

**Europäisches Primärrecht:** zentrale Rechtsquelle des Europarechts im engeren Sinne, das aus den zwischen den Mitgliedsstaaten geschlossenen Verträgen inklusive Beitrittsverträgen besteht. (Seite 45)

**Friedrich August von Hayek Institut:** 1993 gegründete Forschungseinrichtung mit Sitz in Wien. In Kooperation mit dem Wissenschaftsministerium sponsert das Institut Gastprofessoren aus aller Welt, die im Sinne der österreichischen Schule an österreichischen Universitäten lehren. (Seite 20)

**Friedrich-Ebert-Stiftung (FES):** 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten sozialdemokratischen deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. 1933 wurde sie vom NS-Regime verboten, 1947 wiederbegründet. Sie ist heute in über 100 Ländern aktiv. Ziele: politische Erneue-

rung der sozialen Demokratie, Stärkung der politischen Teilhabe und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Vertiefung des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Politik etc. (Seite 18)

**Gesundheitsreform:** Die von Bund, Ländern und Sozialversicherung ausgehandelte Reform wurde Mitte Jänner im Ministerrat beschlossen. Ziel ist, dass die öffentlichen Gesundheitsausgaben in Zukunft höchstens um 3,6 Prozent jährlich (d. h. nicht höher als das Wirtschaftswachstum) steigen sollen. Die Spitäler sollen entlastet, Behandlungen vermehrt ambulant oder in Tageskliniken durchgeführt werden. (Seite 33)

**Gramsci, Antonio:** italienischer Schriftsteller, Journalist, Politiker und Philosoph (1891–1937), Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens. 1926, nachdem nach einem Mordversuch an Mussolini sämtliche Oppositionsparteien verboten wurden, wurde auch Gramsci verhaftet. Die dort entstandenen „Gefängnishefte“ gelten als bedeutendes Werk der marxistischen Philosophie. (Seite 21)

**Hayek, Friedrich August von:** österreichischer Ökonom und Sozialphilosoph (1899–1992), wichtigster Vertreter des Neoliberalismus. 1974 erhielt er gemeinsam mit Gunnar Myrdal den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für die Pionierarbeit auf dem Gebiet der Geld- und Konjunkturtheorie und ihre Analysen des Zusammenhangs zwischen ökonomischen, sozialen und institutionellen Phänomenen. (Seite 19)

**Hegemonie:** Vormachtstellung (Seite 20)

**IHS (Institut für höhere Studien):** 1963 gegründetes unabhängiges Non-Profit-Institut in Wien, das vor allem in den Bereichen Ökonomie, Politik und Soziologie forscht. (Seite 21)

**implizit:** mit gemeint, aber nicht ausdrücklich gesagt (Seite 18)

**Keynes, John Maynard:** britischer Ökonom, Politiker und Mathematiker (1883–1946); seine zentrale Theorie war, dass das marktwirtschaftliche System auch bei flexiblen Preisen und Löhnen nicht automatisch zur Vollbeschäftigung tendiert, was bedeute, dass der Staat zeitweise regulierend eingreifen müsse (Keynesianismus mit Wohlfahrtsstaat, gelenkter Volkswirtschaft etc.) Seine Theorien dominierten bis Mitte der 1970er-Jahre in den meisten westeuropäischen Staaten. (Seite 20)

**Kompositum:** hier: zusammengesetztes Hauptwort (Seite 18)

**LGBT:** Akronym für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender (Seite 40)

**Mont Pelerin Society (MPS), französisch, sprich Mo pelereu:** 1947 gegründeter Zusammenschluss liberaler Intellektueller, die Initiative dazu ging von Friedrich August von Hayek aus, der 1947 rund 35 dem Liberalismus nahe stehende Wissenschaftler an den Genfer See (am Fuße des Mont Pèlerin) eingeladen hatte, um über die Zukunft liberalen Gedankenguts nach dem Zweiten Weltkrieg zu diskutieren. Heute hat

die Society rund 500 Mitglieder und ist weltweit vernetzt. (Seite 20)

**Oligarchie:** gesetzlose Herrschaft von Reichen, die nur an ihrem eigenen Vorteil interessiert sind (Seite 40)

**Philanthrop:** Menschenfreund (Seite 10)

**Placet/Plazet:** Zustimmung, Einwilligung (Seite 21)

**Private Equity:** von Privaten oder Institutionen bereitgestelltes Eigenkapital, mit dem Beteiligungsgesellschaften (Private-Equity-Gesellschaften) Unternehmensanteile für einen begrenzten Zeitraum erwerben, um rasch Rendite zu erwirtschaften. (Seite 13)

**Rühle-Bericht:** Von der Grünen Europa-Abgeordneten Heide Rühle im Jahr 2009 verfasster „Bericht über Neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen“. Die darin enthaltenen Forderungen wurden im Juni 2010 vom Europaparlament verabschiedet. Der Bericht kritisierte, dass nicht nur die angestrebte Vereinfachung des Auftragswesens nicht erreicht worden war, sondern Rechtsprobleme und -unsicherheiten sogar zugenommen hatten. (Seite 45)

**Sachs, Jeffrey:** US-Ökonom, geb. 1954, seit 2002 Sonderberater der Development Millennium Goals von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon. Sachs engagiert sich unter anderem für einen weitgehenden Schuldenerlass für extrem arme Staaten und die Finanztransaktionssteuer. (Seite 10)

**Sen, Amartya:** indischer Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph, geb. 1933; beschäftigt sich vor allem mit den Themen Armut und Wohlfahrtsökonomie. Auf Sens Vorschläge geht die Einrichtung des Human Development Index zurück, den das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen seit 1990 regelmäßig herausgibt. 1998 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Werke: Die Idee der Gerechtigkeit, Die Identitätsfalle: Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, Development as Freedom etc. (Seite 22)

**Slumdog Millionaire:** In dem 2009 mit acht Oscars ausgezeichneten Film erzählt der aus den Slums von Mumbai stammende Jamal der Polizei, wie es dazu kam, dass er ohne zu betrügen auch die schwierigsten Fragen einer Quizshow beantworten konnte. Vorlage für den Film war der Roman „Rupien! Rupien!“ des indischen Autors und Politikers Vikas Swarup. (Seite 39)

**Smith, Vernon:** US-Wirtschaftswissenschaftler, geb. 1927; einer der bedeutendsten Vertreter der experimentellen Kapitalmarktforschung. 2002 erhielt er gemeinsam mit Daniel Kahneman den Wirtschaftsnobelpreis. (Seite 21)

**Terra incognita:** unerforschtes (Wissens-)Gebiet (Seite 38)

**Winter, Max:** österreichischer Reporter, Schriftsteller und Politiker (1870–1937), gilt als Schöpfer der Sozialreportage im deutschsprachigen Raum. Winter bekleidete mehrere hohe politische Ämter, ein besonderes Anliegen war ihm aber die Sozialpolitik, u. a. war er bis 1930 Obmann der Kinderfreunde. 1934 emigrierte Winter in die USA. (Seite 38)

Verlag des Österreichischen  
 Gewerkschaftsbundes GmbH  
 Kontaktadresse: Fachbuchhandlung  
 Rathausstraße 21 | 1010 Wien  
 Telefon: +43 1 405 49 98-132  
 Fax: +43 1 405 49 98-136  
 fachbuchhandlung@oegbverlag.at  
 www.oegbverlag.at

## ARM TROTZ ERWERBSTÄTIGKEIT

Working poor in Österreich



Studien und Berichte

Walter J. Pfeil, Clemens Sedmak

2012 || 176 Seiten || EUR 29,90

ISBN: 978-3-7035-1544-6

Die Zahl der Personen, die trotz Erwerbstätigkeit arm oder armutsgefährdet sind, ist in den letzten Jahren europaweit gestiegen. Auch in Österreich sind mehr als eine Viertel Million Menschen von dieser Entwicklung betroffen. Das Buch analysiert die Ursachen und diskutiert Strategien und Handlungsoptionen aus sozialwissenschaftlicher, ökonomischer, juristischer und ethischer Perspektive. Der Text basiert auf Vorträgen, die im Rahmen einer wissenschaftlichen Tagung an der Universität Salzburg im November 2011 von zwei interdisziplinären Einrichtungen („Recht, Wirtschaft und Arbeitswelt“, „Zentrum für Ethik und Armutsforschung“) veranstaltet wurde.

**BESTELLUNG:**

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at) || per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at)

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

**JA, ICH BESTELLE ...**

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			



# Ich putze für Gleichberechtigung!

## Wir fordern:

- » **NEUE ARBEITSZEIT-MODELLE**  
für bessere Vereinbarkeit
- » **RECHTSANSPRUCH AUF RÜCKKEHR**  
von Teil- auf Vollzeitarbeit
- » **ANSPRUCH AUF ELTERNTEILZEIT**  
unabhängig von Betriebsgröße

Hausarbeit, Kinderbetreuung,  
Pflege gerecht verteilen –  
dann können mehr Frauen Vollzeit arbeiten.



**OGB** | Frauen  
[www.oegb.at/frauen](http://www.oegb.at/frauen)

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

Besten Dank

AW